

D 9817F

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

4. Quartal 1987

15

Partizipation
and Habitat



Partizipation und Habitat

Einleitende Bemerkungen zum Thema des Heftes

Begriffsfeld „Partizipation“

Das Bedeutungsfeld von „Partizipation“ erscheint im Deutschen begrenzter als im Englischen und in den romanischen Sprachen, wo der Begriff ganz allgemein mehr Teilnahme, Teilhabe meint. Im Deutschen wird er mehr im Sinne von **Mitbestimmung** gebraucht oder offensiv im Sinne von Erweiterung der Selbstbestimmung bzw. **Einschränkung der Fremdbestimmung**, und zwar von **Gruppen oder Kollektiven**. Genau dies meinen die anderen Idiome, wenn sie von „*community or popular participation*“, bzw. „*participation populaire*“ oder „*participacion popular*“ sprechen. Dieses Bedeutungsfeld überlappt sich teilweise mit dem des Begriffs „Selbsthilfe“. Dieser Begriff ist - wie auch das „self-help“ des Englischen - indifferent in Bezug auf das Subjekt (Kollektiv oder Individuum) und in der Frage der Verfügungsgewalt (Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung). Diese Unschärfe scheint von einigen Kritikern der Selbsthilfe (zum Beispiel Harms 1983) übersehen worden zu sein. Im Französischen bezieht sich dagegen der entsprechende Begriff „*auto-assistance*“, oder im Portugiesischen das Wort „*mutirao*“, auf das Kollektiv und selbstbestimmte Verfügung.

Wie immer auch im einzelnen abgegrenzt, sinnvoll ist der Begriff „Partizipation“ nur zu verwenden in Bezug auf eine mehrstufige Gesellschaftsstruktur, in welcher die Macht asymmetrisch verteilt ist. Das bedeutet in der Regel, daß es einen Gesamtrahmen der Gewaltenausübung gibt, innerhalb dessen „oben“ oder „zentral“ entschieden wird, welcher Freiraum gesellschaftlichen Teilgruppen „unten“ für Entscheidungen und Handlungen zugestanden wird. Dieser Freiraum mag traditionell gegeben und institutionell gesichert oder auch nur fallweise zugestanden sein.

Drei Konzepte von „Partizipation“

Mit Blick auf die europäischen und insbesondere die angelsächsischen politischen Systeme lassen sich drei Konzepte von „Partizipation“ unterscheiden. Diese entstanden ohne theoretische Ambitionen aus der Praxis der Sozialarbeit und dem Engagement für bestimmte benachteiligte Gruppen der Bevölkerung. Diese Konzepte lassen sich als „kooperationsbereit“, „konfliktsuchend“ und „strukturändernd“ kennzeichnen.

Das „kooperationsbereite Konzept“ unterstellt, daß die „höhere“ oder „zentralere“ Ebene, die über den Zugang zu öffentlichen Gütern (Infrastruktur, Leistungen der öffentlichen Verwaltung) entscheidet, ein Interesse an ihrer gleichmäßigeren Verteilung hat. Um sie zu erreichen, wird die Zusammenarbeit von Zentrale und lokaler Gruppe für zweckvoll erachtet. Gemeinwesenarbeiter, *community workers, animateurs*, sollen folglich die lokalen Gruppen zur Artikulation ihrer Bedürfnisse animieren und sie - quasi zum Beweis für deren Echtheit - dazu bringen, sich an der Verbesserung ihrer Lage mit eigenen Leistungen zu beteiligen (vgl. u.a. Roß 1955; Knorr 1974; Alexander 1975).

Das „konfliktsuchende Konzept“ begreift die ungleiche Versorgung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen mit öffentlichen Gütern als Symptom für die unterschiedliche Verteilung von gesellschaftlicher Macht. Wahre *community workers* verbinden sich deshalb mit den benachteiligten Gruppen, um für diese bestimmte Rechte zu erkämpfen. Es geht um ein größeres Stück aus dem Gesamtkuchen der Versorgungsleistungen. Je weniger Eigenbeiträge von den Unterprivilegierten zu leisten sind, desto höher ist ihr Gewinn im politischen Nullsummenspiel. Die Rolle der Gemeinwesenarbeiter kann die von Aufwieglern, notfalls die von Führern des Lumpenproletariats sein, die sich, auch wenn sie aus der Mittel- oder Oberschicht stammen, mit ihren Klienten bis hin zu subversiven Handlungen identifizieren (u.a. Alinsky 1953; Specht 1969).

Nach dem dritten, dem „strukturändernden Konzept“ genügt es nicht, Benachteiligten teilweise durch Aktivierung, Solidarisierung und von außen kommende Unterstützung abzubauen. Es kommt vielmehr darauf an, kurzfristig gewonnene politische Vorteile langfristig in einen höheren Grad an Selbstbestimmung umzuwandeln. Dies erfordert eine gefestigte und politisch durchsetzungsfähige Struktur der Basisgruppen. Dabei zählen Eigenleistungen weniger als Negativbetrag im Nullsummenspiel, sondern mehr als Gewinn in Form von Strukturfestigung und Zuwachs an Kompetenz, kurz, als Entwicklung der Gruppe.

Hinsichtlich der Schaffung derartiger Strukturen werden wiederum zwei unterschiedliche Strategien vertreten, bei denen den Gemeinwesenarbeiter unterschiedliche Rollen zukommen. Wird das Hauptproblem in dem Fehlen von Basisstrukturen gesehen, haben die Gemeinwesenarbeiter die Aufgabe, geeignete kollektive Verhaltensweisen einzuüben (u.a. Hauser / Hauser 1971, UN 1978 und UNCHS 1983). Werden die autochthonen Strukturen als tragfähig angesehen, haben die Gemeinwesenarbeiter die lokalen Führungsgruppen nur zu beraten (vgl. Castells 1983).

Impressum:

Herausgeber und Verleger von TRIALOG ist die „Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern“ e.V. (gemeinnützig).

Redaktions- und Vereinsanschrift:
TRIALOG
Ploenniesstr. 18, D-6100 Darmstadt
V.i.S.d.P.: J. Oestereich, H. Ghaemi
Layout + Umbruch:
J. Oestereich und H. Ghaemi

ISSN Nr.: 0724-6234
Gesamtherstellung: Gebrüder Meurer,
Darmstadt 1987

Gedruckt mit Unterstützung der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeber / innen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle gestattet. Artikel, inhaltliche Beiträge und Informationen sind an die Vereinsadresse oder an die regionalen TRIALOG-Kontaktpersonen zu richten:

- Kosta Mathéy, TRIALOG Geschäftsstelle Süd, Hofangerstr. 21, 8000 München 83, Tel.: 089 / 400715
- Florian Steinberg, z. Zt. c/o Institute for Housing Studies, BIE, P.O. Box 20718, NL-3001 JA Rotterdam
- Hans Harms, Ulrike Zschaebitz, TU Hamburg-Harburg, FSP 6, Städtebau III, Schwarzenbergstr. 93c, 2100 Hamburg 90, Tel.: 040 / 77170-269-(2670)
- Joanna Kotowski-Ziss, TRIALOG Geschäftsstelle Mitte, Dambachtal 9, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121 / 526162
- Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38, 6000 Frankfurt / M 90, Tel.: 069 / 7681443
- Bernd Janssen, Universität Dortmund, Institut für Raumplanung, Postfach 500500, 4600 Dortmund 50, Tel.: 02231 / 755-2398
- Gisliind Budnick, Christophstr. 6, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 643923
- Joachim Baldermann, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Uni Karlsruhe, Postfach 6380, 7500 Karlsruhe 1, Tel.: 0721 / 608-2170
- Rita Mrotzek-Sampat, Ingrid Hermannsdörfer, c/o Planen und Bauen in Entwicklungsländern, THD, Petersenstr. 15, 61 Darmstadt, Tel 06151 - 163637 / 423233
- Hassan Ghaemi, Rhönring 117, 61 Darmstadt, Tel 06151 - 784444

TRIALOG Aboservice und Vertrieb:
L. N. VERTRIEB, Gneisenastraße 2
D-1000 Berlin 61, Tel. 030-6934029
TRIALOG 13/14 kostet als Doppelheft DM12.-
(zuzüglich Porto und Verpackung):
TRIALOG kostet im Abonnement (4 Ausgaben):
für Student / inn / en 24,- DM
für Einzelpersonen 32,- DM
für Institutionen 48,- DM
Die Kündigung des Abonnements ist dem Vertrieb
spätestens nach Erhalt des berechneten vierten
Heftes mitzuteilen.

Tolerierung partizipativer Elemente

Insbesondere für einen zentralistischen Staat stellt Gemeinwesenarbeit in jeder Form eine Herausforderung dar. Im Nullsummenspiel politischer Macht erscheinen Gewinne an Kompetenz der unteren lokalen Ebene als Verluste der zentrale.

Wenn dennoch die Forderung nach mehr Partizipation zum Beispiel in der „Vancouver Declaration on Human Settlement“ (UN 1976) wenig bzw. wenig kontrovers diskutiert wird, so mag das zum einen an der Unklarheit und Mehrdeutigkeit des Konzeptes „Partizipation“ liegen, zum anderen scheint es darin begründet zu sein, daß unter bestimmten Bedingungen in der Dritten Welt eine Art mittlerer Weg gangbar scheint.

Denn

- Erstens ist bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern das Defizit so offensichtlich, daß ausländische Organisationen, die irgendwo im Lande Schulbau, Gesundheitswesen, Wasserversorgung usw. bei Mitbestimmung der Betroffenen unterstützen, schlecht zurückgewiesen werden können (und wenn sich jemand allzu sehr „einmischen“ sollte, kann man ihn immer noch ausweisen).
Tatsächlich hat sich in den 70er Jahren ein Komplex von Hilfs- und Unterstützungsorganisationen gebildet, die als Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) bezeichnet werden. (Eine unscharfe Terminologie rechnet diesen gelegentlich auch Basisorganisationen und vor allem Zusammenschlüsse von Basisorganisationen zu.) Diese NRO übernehmen jene Aufgaben der Daseinsfürsorge, welche die Staatsapparate nicht leisten können oder wollen. Von einigen Regierungen wird ihre Arbeit gefördert oder wenigstens toleriert, von anderen werden sie voller Mißtrauen beobachtet und gegängelt.
- Zweitens finden sich so viele benachteiligte Gruppen, daß unter ihnen eine Auswahl nach dem Kriterium der politischen Konformität möglich erscheint. Im übrigen hat die Erfahrung gezeigt, daß verelendende Dörfer und Stadtquartiere, denen partizipatorische Mitsprache gewährt wird, tendentiell die bestehende Struktur - vorausgesetzt sie ist bereits hinreichend etabliert - festigen und nicht in Frage stellen. Die Unterstützung zwar benachteiligter, aber voraussichtlich staatstragender Gruppen wird also zugelassen.
- Drittens ist in weiten Bereichen der relativ jungen Staatswesen die technische Kompetenzverteilung ungesichert. Die häufig demonstrativ vorgetragene Absicht der „Dezentralisation“ ist ein Beleg dafür, daß der Herrschaftsgruppe selbst die vorhandene, von den Kolonialherren geerbte Struktur nicht gesichert erscheint. Unter Umständen ist also eine Festigung lokaler partizipativer Strukturen, die die Führungsgruppe selbst nicht in Frage stellt (oder zu stellen scheint), durchaus willkommen.

Allgemein scheint die Rolle von gesellschaftlicher Macht (nach Max Weber die Chance, Individuen fremden Willen aufzuzwingen) in Bezug auf Partizipation wenig reflektiert. Wird der fremde Wille auch mittelbar über Kollektive durchgesetzt? Gibt es in einem Gesellschaftssystem eine endliche Menge von Verfügungsgewalt, einen Kuchen, den sich die verschiedenen Ebenen, und auf diesen die Institutionen und Personen untereinander aufteilen? Gibt es qualitativ verschiedene Arten von Macht, ökonomische, politische, geistigreligiöse oder personenbezogene, welche so wenig zusammengezählt werden können wie Äpfel und Kartoffeln? Hat Macht unterschiedliche Bedeutung für die Beteiligten, zum Beispiel wenn sie als kulturkonform, als institutionell, als basisnah und als berechenbar wahrgenommen wird im Gegensatz zu kulturfremd, personenzentriert oder abstrakt? Diese Fragen wären von einer Theorie der Partizipation zu beantworten. Soweit wir sehen können, existiert eine solche nicht. So basieren die Beiträge dieses Heftes auch eher auf unbewußten, nicht ausgeführten oder impliziten Arbeitshypothesen.

Grundzüge partizipativer Strukturen

Die in den Beiträgen des Heftes dargelegten Beobachtungen entstammen unterschiedlichen Kulturkreisen.

Zwar haben Arbeitshypothesen, Beobachtungsrahmen und Themenschwerpunkte beträchtliche Gemeinsamkeiten. Dennoch ergibt sich kein gleichmäßig ausgeleuchtetes, schlüssiges Gesamtbild.

Bereits die ersten beiden Beiträge, die auf Beobachtungen im indischen Bundesland Maharashtra basieren, widersprechen einander. **Florian Steinberg** beschreibt die staatliche und städtische Ebene in Bombay als egozentrisch-machtbewußt. Demgegenüber stellt **Shashikant Mohandas** die Stadtverwaltung von Poona als kooperationswillig dar, so daß es an den Squattern selbst und ihrer Fähigkeit sich zu organisieren liegt, ob sie ihre Bedürfnisse befriedigen oder nicht.

Die meisten Beiträge, wie die von **Quratul Ain Bakhteari** und die **HIC-Studiengruppe** über den Stadtteil Baldia in Karachi sowie über Squattersiedlungen in Belo Horizonte

INHALT

Impressum	2
Jürgen Oestereich und Hassan Ghaemi Partizipation und Habitat Einleitende Bemerkungen zum Thema des Heftes	2
Florian Steinberg Bombays illegale Siedler: Der Kampf um das Recht auf Wohnung	4
Shashikant K. Mohandas Selbstorganisation - Selbstentwicklung Die Slumsiedlung Ganeshnagar in Poona	9
Habitat International Coalition (HIC) Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan Auszug aus einer Sammelstudie	11
Quratul Ain Bakhteari Basisorganisationen in Baldia, Karachi Anmerkungen zu ihrer Rolle bei der Slumsanierung	13
Jürgen Oestereich Das Quartier als Siedlungseinheit Kollektive Selbstbestimmung in afrikanischen Großstädten	16
Philipp Langley Partizipation als Cargo-Kult?	24
Günther Wehenpohl Anna Lúcia Florisbela dos Santos Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas - Die Rolle der Bewohnervereine -	28
Harald Lossack Städtische Sozialbewegungen in Mexiko: Der Fall des „Comité Unión de Colonias Urbanas de Tijuana Asociación Civil“	33
Buchbesprechungen	40
Zeitschriften	41
English Summaries	42
Autorenverzeichnis	43
Call for papers	44

von Günther Wehenpohl und Anna Lúcia Florisbela dos Santos beschreiben ein Lavieren der Basisgruppen zwischen Kooperation und Konflikt. Harald Lossack zeichnet die Geschichte der städtischen Sozialbewegung CUCUTAC in Tijuana, Mexiko, als ein Oszillieren zwischen Kooperation, die die Basisgruppen anstreben, und Konflikt, der durch die zynische Gegenstrategie der Behörden entsteht. Typisch ist auch, daß der Konflikt zwar die Interessen der Mitglieder beeinträchtigt, gleichzeitig aber ihre Organisation stärkt, sie also zunehmend konfliktfähig macht.

Die Beiträge von Jürgen Oestereich über die Selbstorganisation von Stadtquartieren in Afrika und Philip Langley über dörfliche Selbstorganisation in Kamerun versuchen die politischen Strukturen von Basisgruppen auszuleuchten, wohlwollend oder, insbesondere was Kamerun betrifft, kritisch.

Die Beiträge des vorliegenden Heftes befassen sich in der Mehrzahl mit lokalen Problemen, wobei der gesellschaftliche Rahmen nur angedeutet wird. Daß eine Teilnahme am rahmenbildenden Prozeß möglich und nötig ist, deuten die Beiträge aus Bombay und Tijuana an, führen es aber nicht aus. So liegt das Augenmerk vor allem auf den lokal begrenzten Basisgruppen. Tatsächlich sind die meisten dieser Gruppen nicht nur geographisch begrenzt, sie definieren sich geradezu durch ihr Territorium als Dorfgemeinschaften, Nachbarschaften oder städtische Quartiere. Im Englischen ist als Oberbegriff "local communities" gebräuchlich. Jürgen Oestereich wählt die neutrale Bezeichnung „sozio-territoriale Einheiten“. Die Funktion solcher Einheiten ist u.a. die Gestaltung und die Kontrolle ihres „Habitat“, definiert als **Territorium eines Kollektivs mit seinen naturgegebenen Potentialen und Restriktionen.**

Grundrecht auf selbstbestimmtes Habitat

Zunächst und vor allem scheint es einen moralischen Grund für die kollektive Mitbestimmung bei der Gestaltung und Kontrolle des Habitats zu geben, der sich aus dem Anspruch auf Erfüllung der Grundbedürfnisse ableitet. Das Recht auf Wohnung ist zusammen mit dem auf Nahrung und auf Kleidung eines fundamentalsten menschlichen Bedürfnisse. Die Sozialwissenschaftler sprechen von einer Sequenz von Grundbedürfnissen von den physischen über die sozialen zu den psychologischen (vgl. H. Hondrich). Kommunikation ist ein soziales Grundbedürfnis, denn der Mensch ist unfähig, allein zu überleben. Ebenso braucht er Sicherheit und Identität, die er nur in einer Gruppe findet. Der Mensch als „wir-loses Ich“ und die Gruppe als schlichte Addition dieser „Iche“ ist eine unrealistische Fiktion, wie Norbert Elias sagt. Kommunikation, Sicherheit und Identität aber ergeben sich aus der Art und Weise, wie das Grundbedürfnis Wohnen erfüllt wird. Alles zusammen bildet das „Habitat“ einer Gruppe. Dieses kann nur durch das kollektive Handeln einer bestimmten, lokalen und territorial begrenzten Gruppe geformt werden. Weil das Grundbedürfnis Wohnen untrennbar von den Grundbedürfnissen Kommunikation, Sicherheit und Identität ist, welche in Selbstbestimmung auszuüben zu den Menschenrechten gehört, ist Partizipation im Rahmen sozioterritorialer Einheiten selbst ein menschliches Grundrecht.

Dieses Grundrecht hat im Juni 1987 auch das *Habitat Forum Berlin '87* postuliert, ohne Begründung zwar, aber auch ohne Widerspruch. Die meisten der folgenden Beiträge unterstellen gleichermaßen, daß die Mitwirkung an der Gestaltung der Wohnumwelt ein menschliches Grundrecht ist, in der Regel allerdings implizit. Explizit beziehen sich Florian Steinberg und Harald Lossack in ihren Beiträgen auf die alte, weniger radikale Forderung nach dem „Recht auf Wohnung“ für jedermann.

Insoweit die Volkswirtschaftslehre, auch in ihrer marxistischen Variante, Versorgung und Produktion als absoluten Wert setzt, votiert sie dafür, daß sich die Wohnbedürfnisse den Produktionsbedingungen unterordnen, daß die Menschen dorthin gehen, wo der Produktionsapparat sie benötigt. Die Migrationsströme auf der ganzen Welt scheinen diese Sicht zu rechtfertigen. Die Statistik, indem sie die Menschen nicht nur als „wir-lose“, sondern - auch nach Elias - als Summe „welt-loser Iche“ sieht, blendet jedoch nur aus, daß die Wanderungen in einem sozialen und territorialen Bezugssystem stattfinden. In der Regel kommen die Zuwanderer als Mitglieder einer Gruppe an einen dieser mehr oder weniger bekannten Ort. Er mag nicht mehr als eine mehr oder weniger prekäre Überlebensnische sein. Diese wird durch das alltägliche Leben physisch und sozial gestaltet, verbessert oder zerstört.

„Partizipation“ legalisiert letztlich nur, was ohnehin stattfindet und befreit die lokale Gruppe teilweise von der Bevormundung durch die höheren Ebenen gesellschaftlicher Macht. So macht die Setzung einer Aggregationsebene „sozio-territoriale Einheit“ sichtbar, was durch die Fiktion der „welt- und wir-losen Iche“ der orthodoxen Rechts- und Humanwissenschaften aus dem Blick geraten war: der Umwelt- und der Sozialbezug menschlichen Siedelns. Diesem Bezug und damit den territorial definierten Gruppen widmen Mohandas, Bakhteari, die HIC-Studiengruppe, Oestereich, Langley, Wehenpohl und Floris Bela vor allem ihre Aufmerksamkeit.

Kompetenzrahmen der Selbstbestimmung

Die Qualität des Habitat für ihre Bewohner ergibt sich aus dem Grad, in welchem es entsprechend der Wertmaßstäbe der Gruppe gestaltet werden kann. Welche Funktionen im einzelnen ausgeübt werden, hängt zweifellos vom Rahmen des politischen Gesamt-

Florian Steinberg

Bombays illegale Siedler: Der Kampf um das Recht auf Wohnung

Der Kampf der illegalen Siedler (Squatter) und Bürgersteig- oder Trottoirbewohner von Bombay gegen ihre gewaltsame Vertreibung und Umsiedlung dauert nun schon seit Mitte der 70er Jahre an. Aus der Verteidigung einzelner Fälle hatte sich später mit der Unterstützung von Bürgerrechtsbewegungen eine breite Solidarität in der Öffentlichkeit entwickelt. Der Versuch einer Massenumsiedlung im Jahre 1981 initiierte dann als neue Kampfform die legalistische Auseinandersetzung, die die Einschaltung der Gerichte, zur Folge hatte. Der negativen Entscheidung des Bundesgerichtshofes von 1985 (das temporäre Recht auf Verbleib der illegalen Siedler wurde nicht anerkannt) folgten schon bald neue Umsiedlungsaktionen mit blutigem Ausgang.

Durch die zunehmende Tätigkeit von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und der zum „Internationalen Jahr der Menschen in Wohnungsnot“ (IYSH 87) geführten *National Housing Rights Campaign* erhält die Bewegung der illegalen Siedler nun eine ständig wachsende Unterstützung.

Diese Serie von Kämpfen um das Recht auf Lebensraum, auf Wohnraum ist ein neues soziales Phänomen. Die „neuen sozialen Bewegungen“ haben nicht nur die städtischen Armen erfaßt; ihre Wohnungsnot ist Anlaß für ständige Konflikte in der „Stadtpolitik“ geworden.

Bombays illegale Siedler organisieren sich

Vor dem ersten organisierten Zusammenschluß der illegalen Siedler in Bombay steht der lange Konflikt um die Umsiedlung der Janata Colony. Diese Siedlung von 70.000 illegalen Siedlern befand sich im Nordosten der Stadt auf einem Gelände des Baba Atomic Research Centre,

Literatur

- Alexander, Ch. (1975): *The Oregon Experiment*; Oxford et al.
Alinsky, S. (1971): Die Rolle informeller Führer beim Aufbau von Volksorganisationen, in: Müller, C. W. / Nimmermann, P., eds., *Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit*; München: 194 - 207
Castells, M.: *The City and the Grassroots*; London
Elias, N.: *Die Gesellschaft der Individuen*; Frankfurt
Harms, H. (1983): Zur Geschichte der Selbsthilfe; Praxis und Ideologie; in: *Triolog* 1: 9 - 13
Hauser, R. u. H.: *Die kommende Gesellschaft*; München
Hondrich, K. O. (1975): *Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung*; Reinbek

das die Räumung ihres illegal besetzten Grundstücks für den Bau von Angestelltenwohnungen forderte und 1975 - begünstigt durch die Notstandsregierung tatsächlich auch erreichte. Etwa 50.000 der ehemaligen Siedler wurden in einer Art "sites and services"-Projekt unweit des ursprünglichen Standortes wieder angesiedelt; ca. 20.000 der Siedler verschwanden jedoch in anderen Squattergebieten, ohne daß sie von den Umsiedlungsmaßnahmen profitieren konnten. Dieser Fall, welcher als Interessenkonflikt in der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit und Solidarität erhalten hatte, stimulierte die baldige Gründung der *Bombay Slum Dwellers United Front* (BSDUF), welcher mehr als 50 kleine NRO aus den verschiedensten Squattergebieten angehörten. Ihre erste Kampagne richtete sich gegen die Bestimmungen des *Vacant Lands Act*, welcher alle nach der Durchführung des *Slum Census* im Jahre 1976 errichteten, und daher nicht erfaßten Squatter-Hütten als nicht existent wegdefinierte. Später bemühte sich die BSDUF um die Rücknahme der neu eingeführten Verpflichtung zu monatlichen Gebühren, welche die Squatter an die Stadtverwaltung zu zahlen haben, und die schon eine Gebühr zur Kostendeckung ihrer möglichen, späteren Umsiedlung, das heißt Vertreibung, einschloß. Außerdem formulierte die BSDUF konkrete, programmatische Vorschläge für „upgrading“-Maßnahmen und besonders für die Infrastrukturversorgung der illegalen Siedlungsgebiete. Viele mit Polizeischutz durchgeführte Abrißmaßnahmen in Squattersiedlungen wurden von der BSDUF mit Selbstverteidigungsmaßnahmen, mit Demonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit für die von Obdachlosigkeit bedrohten Squatter und Trottoirbewohner beantwortet.

Fortsetzung S. 6

- Knorr, Th. (1974): Gruppendynamische Methoden der Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau; Meisenheim
- Mill, J. S.: On Liberty, Representative Government, The Subjection of Women; Three Essays; World Classics, London
- Ross, M. R. (1968): Gemeinwesenarbeit; Theorie, Prinzipien, Praxis; Freiburg
- Specht, H. (1969): Social Work; New York
- UN (1976): The Vancouver Declaration on Human Settlements and the Vancouver Action Plan, o. O.
- UN (1978): A Manual and Resource Book for Popular Participation Training; New York
- UNCHS (1983): Community Participation for Improving Human Settlements; Nairobi

systems ab, aber daß bestimmte lokale Probleme besser vor Ort zu lösen sind und daß sie, wenn sie dort nicht gelöst werden, das zentrale politische System belasten, war bereits den Römern („divide et impera“) nicht fremd. Dies nun bedeutet, den lokalen Einheiten sowohl Kompetenzen der Entscheidungsfindung als auch der Durchführung zuzugestehen. Denn Entscheidungen ohne Mittel der Realisierung sind leer, und die Durchführung von Programmen, ohne über sie verfügen zu können, ist Ausbeutung. Beide Arten von Kompetenz haben eine externe und eine interne Seite. *Extern* bei der *Entscheidungskompetenz* ist der Aspekt der Übernahme von Rechten und Pflichten innerhalb des politischen Systems, das heißt verkürzt, die Ausübung von Macht zum Zwecke der Daseinsfürsorge der sozio-territorialen Einheit. Genau dieses wird in den Studien über Ganeshnagar, Baldia und die Quartiere in afrikanischen Großstädten beschrieben, und zwar in dem Sinne, daß Grenzziehungen im Schwebezustand bleiben. *Intern* bei der *Entscheidungskompetenz* kann die Legitimierung von Verfahren des Entscheidens, der Bestimmung örtlicher Führer und schließlich der Entscheidungen selbst genannt werden. Dabei spielen bestehende Verhaltensroutinen, erwartungshaltungen und Wertsysteme eine entscheidende Rolle. Alle Aufsätze unseres Heftes gehen von der Bedeutung dieser kulturbedingten Faktoren aus. Einige wie die über afrikanische Stadtquartiere und kamerunische Dörfer thematisieren diesen Aspekt. Die *externe Seite der Durchführungskompetenz* besteht im Zur-Verfügung-Stellen von materiellen und personellen Mitteln. Daß dies notwendig ist, ergibt sich aus der politischen Asymmetrie, durch welche zunächst alle Ressourcen in der Zentrale zusammenfließen. In manchen Ländern der Dritten Welt hat sich heute neben der Zentralregierung ein Komplex von NRO gebildet, der ebenfalls über Mittel verfügt. Die Studie von Baldia weist auf die entsprechende Rolle der UNICEF hin. Die Beispiele Poona und Belo Horizonte erwähnen die Delegation von kommunalen Kompetenzen an Squattergruppen. Aber nicht in allen Fällen ist in den Großstadtquartieren Afrikas und Mexikos die Zuweisung von Mitteln entscheidend. So kommt es letztlich auf die *interne Seite der Durchführungskompetenz* an. Diese besteht in der Fähigkeit der sozio-territorialen Einheit, ihre Mitglieder zu einem gemeinsamen oder wenigstens aufeinander abgestimmten Handeln zu motivieren sowie materielle und personelle Beiträge zu mobilisieren. Das Maß interner Durchführungskompetenz erscheint eng verknüpft mit interner Entscheidungskompetenz. Oft ist es nur den traditionell legitimierten Führern möglich, die Basisgruppen zu besonderen Leistungen anzuregen. Dagegen ist die Beziehung interner Durchführungskompetenz zu externen Mitteln ambivalent. Die Frage, die bisher nicht ausreichend beantwortet werden konnte, lautet: Wodurch kann Gruppeninitiative geweckt werden, woran erstickt sie? Auch die Beiträge dieses Heftes thematisieren diesen Punkt nicht. In der Mehrzahl sind es distanzierte Beobachtungen, bei denen zwar der Aspekt der Mobilisierung interner Mittel registriert, aber die Wirkung externer Eingriffe, nicht verfolgt wird. Die Hinwendung zu neuen Fakten ist eben nur ein erster Schritt zur Erkundung der bisher vernachlässigten Ebene der sozio-territorialen Einheiten. Eine theoretische Vermessung und die Analyse dieser Landschaft sollten folgen.

Partizipation als Schlüssel für Entwicklung

Als letztes Thema in dieser Einleitung sei noch auf den Bezug von Partizipation zu Entwicklung allgemein hingewiesen. Diesen Bezug hatte bereits John Stuart Mill gesehen. Mit seinem Diktum „Though individuals may not do the particular thing so well, on the average, as the officers of government, it is nevertheless desirable that it should be done by them, rather than by the government ...“ gab er zunächst einen bürgerlich-liberalen und dezentralen Staatsverständnis Ausdruck. Aber damals schon (der Essay „on Liberty“, dem das Zitat entstammt, erschien 1859) rechtfertigte er die lokale Kompetenz mit dem Hinweis auf „Entwicklung“ „... as a mode of *strengthening* their active faculties, *exercising* their judgement, and giving them a familiar knowledge of the subjects with which they are left to deal“. (Hervorhebungen d. A.)

Die Aufsätze dieses Heftes bleiben in der Mehrzahl indifferent zum Paradigma des Entwicklungsfortschritts. Nach ihnen stellt sich, den Squatter und Unterprivilegierten Entwicklung als Bedrohung dar, auf die sie reagieren müssen, die sie aber auch mit Geschick zum Guten wenden können. Nur zwei Aufsätze nehmen eine dezidierte Stellung ein: Die Botschaft des Falles Ganeshnagar ist, daß sich die Squatter mittels Partizipation an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen können. Im Gegensatz dazu läßt der Fall Südwest-Kamerun Entwicklung als ein Phantom erscheinen, das zu einem Götzenbild stilisiert wird, dem mittels ritueller „Partizipation“ gehuldigt wird und das damit von wahrer Entwicklung ablenkt.

Die Sammlung von Aufsätzen in einer Zeitschrift sollte Informationen vermitteln und zum Weiterdenken anregen, wozu auch beiträgt, wenn das Bild widersprüchlich bleibt. In unserer Einführung haben wir versucht, eine Art Koordinatensystem über eine weitgehend unerschlossene Landschaft zu legen. Das Thema scheint uns vertiefungswürdig und vertiefungsfähig. Die Leser sind eingeladen, weitere Erkundungsberichte, Reflexionen und Theorieversuche zu formulieren und der *Trialog*-Redaktion zu senden. Als Redakteure dieses Heftes würden wir begrüßen, wenn auf diese Weise eine Fortsetzung der Diskussion zustande käme.

Jürgen Oestereich

Hassan Ghaemi



Temporäre Erfolge wie die zeitweilige Aussetzung von weiteren Räumungsaktionen wurden erreicht, und in den ersten Wahlen nach der Notstandsregierung 1980 wurden die Slumbewohner mit zahlreichen Wahlversprechungen betreffs der Sicherheit ihrer Siedlungen und baldiger Wasserversorgung geködert. Doch in der Folgezeit sollte sich der Konflikt um die Squatter und Trottoirbewohner erneut heftig aufheizen, denn die Lobby der städtischen Grundbesitzer forderte eine drastische Veränderung der Situation der chaotischen, unkontrollierbaren Landnahme innerhalb der Stadt; „Recht und Ordnung“ wurde gefordert.

Das „Kann Bombay noch gerettet werden?“-Syndrom

Spätestens zu Beginn der 80er Jahre taucht in Bombays bürgerlichen Kreisen das Phantom vom „Untergang“ der Stadt auf, hervorgerufen von der in unerträglichem Ausmaße wachsenden Bevölkerung der illegalen Siedler, welche der einst so großartigen, modernen und aufstrebenden Stadt angeblich nur Dreck und Umweltbelastungen, Beschäftigungs- und soziale Probleme bringen, so daß bald der entscheidende Schritt zur Wende erfolgen muß, ehe Bombay als Stadt auf einer Halbinsel von den Armen überrannt, an diesen Problemen erstickt. Tatsächlich sind die Zahlen Bombays beeindruckend: Von der Gesamtbevölkerung von 8,75 Millionen (1983) leben mehr als die Hälfte (ca. 4,5 Mill.) in Slums, das heißt in illegalen Siedlungen auf staatlichem oder privatem Boden und ca. 100.000 Personen haben nur auf den Bürgersteigen der Stadt Platz für ihre provisorischen Hütten. Bombays Bewohner haben natürlich eine wichtige Rolle in der Ökonomie dieser Stadt, die einen großen Bedarf an billigen Industriearbeitern und an billigen Dienstleistungen hat. Die schlechten Wohnverhältnisse der Armen werden als selbstverständlicher Teil des ökonomischen Systems nicht in Frage gestellt. Aber als Bürger der Stadt werden sie nicht akzeptiert, als „Wohnort“ wird die

Stadt ihnen streitig gemacht, werden ihnen nur Randpositionen in schlechtesten Lagen oder die ständig drohende Verdrängung angeboten. Für die Bewohner der illegalen Siedlungen Bombays gibt es keine andere Alternative als das Wohnen in der unhygienischen, beengten Situation ihrer aus nicht dauerhaften Baumaterialien und Abfällen hergestellten Hütten, auf nicht entwässerbarem, während des Monsun oft überflutetem Boden, ohne ausreichende Wasserver- und -entsorgung zu leben, weil der formelle Wohnungsmarkt ihnen keine bezahlbare Alternative bietet.

Von Seiten der bürgerlichen Kreise Bombays wird der Gegensatz der „Habenden“ und „Habenichtse“ noch zusätzlich akzentuiert durch die immer wieder hochgehaltene Psychose der „Bodenknappheit“ auf der dicht besiedelten Halbinsel. Es heißt, daß Bombay schon jetzt kein freies Bauland mehr habe. Scharfe Maßnahmen, die Stadt gegen neue Zusiedler abzuriegeln und durch forcierte Umsiedlung ausdünnen, umreißen das Schlachtfeld dieser Psychose.

Die Bodenkrise Bombays ist in Realität jedoch fiktiv, wie unter anderem die *People's Union for Civil Liberties* (PUCL) 1983 nachgewiesen hat. Innerhalb von Greater Bombay mit 45.000 ha Stadtgebiet gibt es immerhin noch ca. 10.000 ha unbebautes



Land, während die gegenwärtige Anzahl der illegalen Siedler (mit ihren durchschnittlich 15 qm kleinen Hütten) nur ca. 1.350 ha Nettofläche einnehmen. Ihr gesamter Flächenbedarf in der Stadt wird auf nur 3% geschätzt. Die für das Jahr 2000 erwartete Gesamtbevölkerung von 15 Mill. wäre somit jedenfalls technisch auf diesen Landreserven unterzubringen. Wie so oft handelt es sich hier also um eine Frage der Stadtpolitik!

Gesetze zur Bodenverteilung, wodurch die Landesregierung den ungenutzten privaten Boden durch eine Baupflicht dem sozialen Wohnungsbau zugänglich machen sollte, haben bisher keine Auswirkung gehabt. Die in angeblicher Erfüllung der Gesetzesvorschriften gebauten Wohnungen wurden zu teuer und stellten alles andere als sozialen Wohnungsbau dar. Oft sind sie nur gegen astronomisch hohe Mieten oder als Eigentumswohnungen zu haben. Auch haben unrealistisch hoch angesetzte Baustandards daran ihren Anteil, daß bezahlbare Billigwohnungen, welche den Bau durch Selbsthilfe mit einbeziehen könnten, bis 1985 nicht gebaut wurden. (Erst seit kurzem gibt es „sites and services“ Projekte der Weltbank, welche durch niedrige Standards und das Wachstum in mehreren Schritten den Armen eher zugänglich sein könnten).

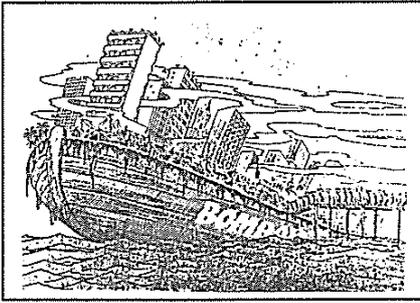
Die Sache der illegalen Siedler vor Gericht

Am 23. Juli 1981 startete der damalige Ministerpräsident des Bundeslandes Maharashtra ein massives Programm, die „*Pavement Clearance*“ (die Säuberung der Trottoirs), um die ca. 100.000 Trottoirbewohner und einige tausend Squatters aus der Stadt zu schaffen und sie auf dem Lande außerhalb Bombays auszusetzen oder sie per Bahn zu so entfernten Gegenden wie Gujarat und Tamil Nadu zu bringen.

Die Aktion gegen die illegalen Siedler provozierte sofort einen Aufschrei öffentlicher Empörung über soviel Brutalität und noch am selben Tage beantragte die PUCL eine seit den Tagen der Notstandsregierung aktive Bürgerrechtsbewegung, unterstützt von 20 Rechtsanwälten, stellvertretend für die Trottoirbewohner und Squatter beim Bombay High Court eine einstweilige Verfügung gegen diese menschenverachtende Aktion und erreichte damit ihren vorläufigen Stop.

Tatsächlich konnte ein temporäres Verbleibrecht (*stay order*) bis Mitte Oktober 1981 unmittelbar erwirkt werden, und die Landesregierung von Maharashtra gab zu erkennen, daß in der nächsten Zukunft keine illegalen Siedler deportiert würden, sofern sie vom Slum Census von 1976 erfaßt worden waren. Im Stadtteil Kamraj Nagar wurde den Squatters sogar der Wiederaufbau ihrer Hütten gestattet.

Im Oktober 1981 wurden von der PUCL und einer Privatperson zwei umfassende Petitionen in der Sache der illegalen Siedler beim Obersten Gerichtshof Indiens in New Delhi eingereicht. Eine weitere



einstweilige Verfügung sicherte das Fortbestehen der vor Oktober 1981 illegal gebauten Hütten bis zur endgültigen Gerichtsentscheidung bzw. sicherte Ersatzwohnungen im Falle einer Umsiedlung zu. Vor dem Obersten Gerichtshof in New Delhi konnte die PUCL das Versagen der Landespolitik von Maharashtra im Punkte der Wohnungspolitik nachweisen, und die möglichen Alternativen einer konstruktiveren Bau- und Bodenpolitik für die Armen aufzeigen. Im Januar 1983 schloß sich der Oberste Gerichtshof der Meinung der PUCL an, daß die Landesregierung und die Stadtverwaltung von Bombay eine positive Lösung im Sinne der vom Kläger vorgeschlagenen "sites and services"-Programme finden sollte.

Die Vertreter der Politik der Stadt Bombay behaupteten zynisch, daß es nie Deportationen gegeben habe, daß die Squatter und Trottoirbewohner immer freiwillig gegangen seien und die Zerstörung der Hütten „im Interesse der Öffentlichkeit“ geschehen sei. Die PUCL hielt dem entgegen, daß nicht die illegalen Siedler die Verunreinigung der Stadt verursacht hätten, sondern die Regierung, welche nicht einmal die fundamentalste Infrastruktur zur Verfügung gestellt hätte. Die Argumentation der PUCL gipfelte in der Bezugnahme auf die Verfassung Indiens, in der es heißt: „keiner Person soll das Lebensrecht oder die persönliche Freiheit aberkannt werden ...“ (Art. 21) - und auf den Beschluß des Obersten Gerichtshofes von 1981 selbst, daß „das Recht auf Leben (gemäß Art. 21) nicht auf eine animalische Existenz reduziert werden darf“. Das Recht auf Leben schließt das Recht auf ein Leben in menschlicher Würde ein mit allem, was dazugehört, namentlich die elementaren Lebensnotwendigkeiten wie angemessene Ernährung, Kleidung und Obdach“. (Bhogilal 1983)

Auch die Artikel 41 und 46 der Verfassung sichern den Slumbewohnern und den Armen und - als schwächstem Teil der Gesellschaft - öffentliche Unterstützung und Förderung der ökonomischen Belange sowie den Schutz vor sozialer Ungerechtigkeit zu. (... Wie Märchenbücher lesen sich die moralischen Erklärungen der indischen Sozialgesetzgebung! ...)

Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung der bürgerlichen Klasse, daß die Petition das Recht der Squatters und Trottoirbewohner, sich niederzulassen, wo immer sie wollen, forderte, hob die PUCL auf den Respekt vor den lebensnotwendigen Grundvoraussetzungen ab. Bezogen auf das Wohnen der illegalen Siedler hieß

dieses, daß Umsiedlung und Abbruch ihrer Hütten nur dann erfolgen dürfte, wenn ihnen ein angemessener alternativer Wohnstandort angeboten würde. Nicht das Recht auf beliebige Standortwahl, sondern Sicherheit vor Willkür lautete die Forderung.

Erst im Juli 1985 - nachdem sich die öffentliche Meinung Indiens an der Horrorvorstellung, daß die illegalen Siedler das Recht zum ungehinderten Siedeln zugesprochen bekämen, gespalten hatte - fällt der Oberste Gerichtshof sein Urteil: Er erklärte, daß es *kein* fundamentales *Recht* auf Landnahme aus Wohnungsnot gäbe, ob es sich nun um Trottoirs oder unbebaute, öffentliche Grundstücke handele. Zusätzlich stellte der Oberste Gerichtshof jedoch auch fest, daß die Vertreibung der Squatter sie ihrer Lebensgrundlage - das heißt besonders der Nähe zu Einkommensmöglichkeiten durch kleine Dienstleistungstätigkeiten, Gelegenheitsbeschäftigung etc. berauben würde.

Mit diesem trotz seines Verständnisses für die Notlage der illegalen Siedler insgesamt negativen Urteil hat der Oberste Gerichtshof den Weg für weitere Verfolgung und Vertreibung der auch nach 1976 ständig anwachsenden Squatterbevölkerung, welche ohne den relativen Schutz des Slum Census von damals auskommen muß freigegeben.



Kein Ende der Repression - aber neue Optionen und Hoffnungen

Noch während die Petition der PUCL beim Obersten Gerichtshof in Delhi zur Entscheidung anstand, hatte die Regierung ein neues, repressives Gesetz beschlossen: der *Maharashtra Regional and Town Planning Act* stellte nun jedem Squatter eine Haftstrafe von drei Jahren oder eine Geldstrafe von Rs 5.000 in Aussicht. Es ist ein Gesetz, das formell die weitere illegale Landnahme eindämmen will, aber wegen unmöglich zu handhabender praktischer Konsequenzen nur die Korruption der Bezirkspolitiker und -polizei weiter begünstigt, ihnen noch bessere Gelegenheit zum Abkassieren von Schmiergeldern gibt. Selbst während der Jahre 1983 - 1985 kam es zu mehreren plötzlichen, unangekündigten und (wegen des noch laufenden Verfahrens beim Obersten Gerichtshof) illegalen Fällen von gewaltsamer Vertreibung der Squatter und der Zerstörung ihrer Hütten. Mit der endgültigen Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom Juli 1985 steigerten sich die Befürch-

tungen der PUCL, daß nun erneut großangelegte Aktionen zur Verwirklichung eines „sauberen Bombays“ bevorstünden. Ende 1985, nach der Regenzeit, kam es denn auch zu einer Serie von Räumungen, diesmal mit voller legaler Absicherung. Der Unterschied zu 1981 war nur, daß die Behörden statt der befürchteten Massendeportationen nun die „Salamiaktik“ anwandten, um eine breitere Solidaritätsbewegung zu erschweren und die Logistik der Polizei zu erleichtern. Doch Ende November 1985 war das Maß wieder einmal voll: Die Squatter Bombays demonstrieren erneut in der Innenstadt, bis die Demonstration von Polizeischüssen auseinandergetrieben wurde und 50 Verletzte auf der Straße zurückblieben.

Da im Frühjahr 1986 Landeswahlen anstanden, konnte die Situation bald wieder durch die üblichen Wahlversprechungen beruhigt werden, und ein Klima verstärkter Sicherheit für die illegalen Siedler wurde spürbar. Doch die siegreiche Shiv-Sena Partei, eine reaktionäre Hindu-Partei, hatte sich der Parole des "Mumbai (= Bombay) Beautiful" verschrieben, und damit sollen auch die Umsiedlungsaktionen weiter fortgeführt werden.

1985 hatten die seit mehreren Jahren vorbereiteten, von der Weltbank geförderten Programme *squatter upgrading* (für 600.000 Familien) und *sites and services* (für 85.000 Häuser) begonnen. Die *squatter upgrading*-Programme - wie zum Beispiel in dem riesigen Squattergebiet Dharravi (500.000 Einwohner) - erfassen nur die durch den *Slum Census* von 1976 registrierten Gebiete. Die vielen tausend Siedler, welche seitdem durch eigenen Hausbau oder Anmieten von Zimmern in illegalen Gebieten untergekommen sind, werden von diesen Programmen nicht begünstigt. Denn ungeachtet dessen bauen die Armen weiter ihre Hütten auf jedem nur denkbaren, freien Fleckchen Boden, forciert durch die Bedingungen des formellen Wohnungsmarktes und die ausweglose Versorgungslage im sozialen Wohnungsbau. Bombay ist eben eine Stadt der großen Hoffnungen und selbst Zerstörung von Häusern und Vertreibung ihrer Bewohner kann nicht den verzweifelten Optimismus der Armen stoppen. Folglich wird weiter illegal gebaut, wo immer es möglich ist, der Bedarf regelt die Entwicklung.

Im Rahmen der vom Ministry of Urban Development (dem zentralen Ministerium in Delhi) geförderten Demonstrationsprojekte für das Internationale Jahr der Menschen in Wohnungsnot wurde im März 1986 ein innovatives Projekt zur Umsiedlung von Trottoirbewohnern mit Hilfe einer NRO begonnen. Die Umsiedlung von 300 Familien von den Trottoirs der E. Moses Road zu der Umsiedlungskolonie *Dindoshi Nagar* in Goregaon (East) wurde von der feministischen NRO SPARC (Society for Promotion of Area Resource Centres) betreut. Ansatzpunkt für SPARC war die Diskussion mit den Frauen, denen klar wurde, daß sie nicht auf irgendwelche Programme der Regierung warten konnten, sondern ihre eigenen Vorschläge entwickeln

mußten. Vor der Umsiedlung organisierte SPARC die Frauen soweit, daß die Vorstellungen vom Wohnen nach der Umsiedlung definiert wurden, und in einem dynamischen und kollektiven Prozeß wurden Entwürfe für die späteren Haustypen entwickelt. Es entstand ein geradezu muster-gültiges Beispiel von partizipatorischem Entwerfen und später des kollektiven Eigenbaus der Häuser (SPARC 1987). Das Beispiel von SPARC ist natürlich ein anregendes partizipatorisches Projekt, und man möchte es gerne als ein Modell für andere Umsiedlungsmaßnahmen von Squattern oder Trottoirbewohnern sehen, doch stellt der Kontext dieses Projektes die Modellhaftigkeit in Frage: IYSH ,87-Projekte sind „Vorzeigeprojekte“ mit außergewöhnlichen Bedingungen und die Politik der Zentralregierung ist nicht gleichzusetzen mit der Politik der einzelnen Bundesstaaten. Letzteres ist besonders von Maharashtra zu sagen, wo die destruktive Linie der „Stadtverschönerung“ mit dem Ziel der Beseitigung der von den Squattern verursachten „Schandflecken“ auf dem Programm steht.

Die National Housing Rights Campaign

1986 wurde mit Hinblick auf das internationale Jahr der Menschen in Wohnungsnot von der NRO Unnayan aus Kalkutta die National Housing Rights Campaign (NHRC) gestartet. Innerhalb relativ kurzer Zeit konnte sie eine große Anzahl Förderer in NRO und Fachkreisen ganz Indiens finden. Hauptanliegen der Kampagne ist die Verankerung des Grundrechts auf Wohnung in der indischen Verfassung, um mit einer solchen Verfassungsvorschrift den illegalen Siedlern in ganz Indien Schutz vor willkürlicher Vertreibung zu geben und langfristig zur Erfüllung der Forderung nach einem *“secure place to live in dignity“* beizutragen.

Auf zahlreichen regionalen und nationalen Treffen hat der NHRC für seine Position geworben und durch seine Zeitschrift „Housing Struggles“ Hintergrundinformationen verbreitet. Ende 1987 will die NHRC mit Unterstützung der Oppositionsparteien im Parlament den Entwurf der *People's Bill of Housing Rights* einbringen.

Die Reaktion der indischen Parteien auf die NHRC war im allgemeinen zurückhaltend, teilweise ignorant. Selbst der Anlaß des IYSH '87 konnte das Interesse für diese konfliktreiche Forderung nicht steigern. Durch den im Januar 1987 bzw. im März 1987 (zweite Fassung) herausgegebenen Entwurf einer Nationalen Wohnungspolitik - der ersten seit Indiens Unabhängigkeit vor 40 Jahren - hat die NHRC einen willkommenen Auftrieb bekommen. Die Auseinandersetzung mit diesem Gesetzesentwurf und seinen schönen Allgemeinplätzen eines programmlosen Wunschenkens hat dem NHRC zusätzlich Inspiration und Konfliktstoff verschafft, da im Gesetzesentwurf bislang keine klare Politik im Interesse der illegalen Siedler sichtbar, geschweige denn ein Grundrecht auf Wohnung erklärt wird.

Der lange Kampf um das Wohnrecht für illegale Siedler

Die Entwicklung seit den 70er Jahren zeigt, daß die „Squatter-Bewegung“, unterstützt von Bürgerrechtsorganisationen, progressiven Fachleuten und den in der Sozialarbeit tätigen NROs ihr Hauptziel, die Sicherung der illegalen Siedlungen, die nicht durch den Census von 1976 „geschützt“ sind, bislang nicht erreichen konnte. Aber immerhin haben sich die Rahmenbedingungen schon etwas verschoben: Heute gibt es keine Massendepotierungen mehr, die ersten Experimente zur Umsiedlung und Rehabilitierung von illegalen Siedlern zeigen Erfolg, durch die großen Weltbankprojekte werden neue, reformfreudigere Denkansätze in Bom-bays Bürokratie gebracht und der Rechtsanspruch der Squatter ist nun - trotz des negativen Urteils des Obersten Gerichtshofes-Gegenstand einer nationalen Kampagne geworden.

Die Forderung um das Wohnrecht bleibt damit nicht nur in der Diskussion, sie wird auch Maßstab für die Beurteilung der zukünftigen Wohnungspolitik sein; und das ist immerhin auch ein taktischer Erfolg.

Bibliography

- Bhogilal, D. / People's Union for Civil Liberties, The Shunned and the Shunted, The Slum and Pavement Dwellers of Bombay, Bombay Oct. 1983.
- Bombay Slum Dwellers' Front, A Movement in the Making, in: Build News, Bombay Febr. 1979, pp. 2 - 6.
- Bombay Slum Dwellers' Front, in: Build News, Bombay July 1981, pp. 28 - 33.
- Das, S. K., Bombay, India, in: Sarin, M. (ed.) / UN / ESCAP, Policies Towards Urban Slums, Bangkok 1980, pp. 101 - 113.
- Fürst, C., Bombay will Menschen von den Straßen kehren lassen. In: Frankfurter Rundschau 26. 7. 1985.
- Morcha against demolitions, in: Indian Express, Bombay 1. 10. 1983.
- Sarin, M., Professional Advocacy and Housing. Policies for the Urban Poor in India, in: Bruno, E.; Koerte, A.; Mathéy, K. (eds.), Development of Urban Low Income Neighbourhoods in the Third World, Darmstadt 1984, pp. 307 - 314.
- Shet, D. L., Human Rights-New Approaches, in: The Illustrated Weekly of India, Bombay 3. 6. 1984, pp. 40, 41.
- Singh, R., Bombay, Slum Dwellers Organize, in: HOW, New Dehli Nov. 1979, pp. 3 - 6.
- SPARC, Women & Housing, Bombay 1987
- Srinivasan, K., The right to a roof, in: Indian Express, Bombay 19. 9. 1982.
- Srinivasan, K., Bombay Slumdwellers Case, What happened in court, in: Business India, Bombay 5. 12. 1983, pp. 116 - 123.
- Srinivasan, K., Bombay: Behind the Razzmatazz, in: The Illustrated Weekly of India, Bombay 15. 1. 1984, pp. 36 - 41.
- Tellis, O., A Citizen Fights for the Urban Poor, in: HOW, New Dehli Sept. 1982, pp. 10 - 14.

(Fotos: F. Steinberg)

Sie fragten mich:
Deine Augen oder
Deine Heimat,
Was von beiden liebst du mehr?

Ich sagte: Meine Augen, meine Heimat—
Ich liebe das eine wie das andere.
Aber nimm sie, meine Augen.
Und laß mein Kind
Frei
In meiner Heimat sein.

Faryad Fazil Omar (Kurde aus dem Irak)
aus: Das Leuchten aus der Stimme
(Rosnay) la dangawa), Berlin 1986, Express Ed.



Foto: Anne Lax

Sieben Jahre Golfkrieg:

Bis zu anderthalb Millionen Kriegstote, hundertausende Vertriebene und Flüchtlinge, Iraner wie Iraker, Schiiten, Sunniten und Christen, kurdische Yezidi, Bahai und Mandäer, Juden und Armenier, Kurden, Assyrer und Turkmenen ... Giftgas gegen unschuldige Männer,

Frauen und Kinder,

mörderische Repressionen, abertausende Hinrichtungen.

Wir sind mitverantwortlich:

Beenden wir die deutsche Unterstützung des Golfkrieges!

Auch durch bundesdeutsche Waffenlieferungen und durch Ausbildungshilfe wird der schon sieben Jahre dauernde iranisch-irakische Krieg verlängert.

Unterstützen Sie unseren Aufruf gegen den Golfkrieg!
Fordern Sie unser Kampagnenblatt an:

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach2024
3400 Göttingen
☎ 0551/55822

Selbstorganisation - Selbstentwicklung Die Slumsiedlung Ganeshnagar in Poona

Im Würgegriff der Slumlords

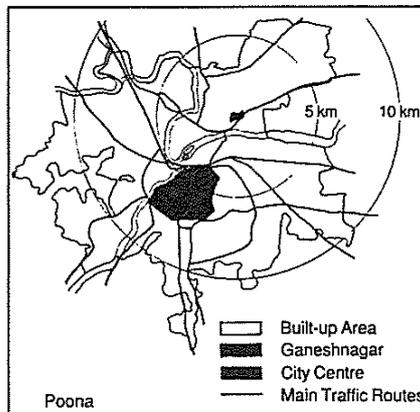
Poona ist eine der zehn größten Städte Indiens. Sie liegt im westindischen Staat Maharashtra. In vorkolonialer Zeit war sie Hauptstadt des mächtigen Maratha Reiches. Unter den Briten wurde sie Garnisonsstadt, Schulstandort und ein geschäftiges Handelszentrum. Heute ist Poona auch Industriestandort. Mit der Ansiedlung von Großbetrieben in und um die Stadt hat die Bevölkerung beträchtlich zugenommen.

1,2 Millionen Einwohner. Gegenüber 1981 (900.000) hatte die Stadt 600.000 im Jahr 1961. Die Wachstumsrate von 43,3% im Zeitraum 1961 - 1972 ging auf 40,5% im Zeitraum 1972 - 1981 zurück. Man schätzt, daß die Bevölkerung bis 1991 auf 1.530.000 Einwohner angewachsen sein wird. 1976 führte die Stadtverwaltung von Poona eine Volkszählung in den Slumgebieten durch, wobei 327 Slumsiedlungen registriert wurden, die ungefähr 16% der von der Stadtverwaltung zum Wohngebiet erklärten Fläche einnahmen. Zur Zeit lebt etwa ein Drittel der Stadtbevölkerung in diesen Siedlungen, und man rechnet damit, daß es bis 1991 etwa die Hälfte sein wird. Im Zeitraum von 30 Jahren zwischen 1951 und 1981 nahm die Slum-Bevölkerung in Poona um 1003% zu, während der gesamte Bevölkerungszuwachs der Stadt nur bei 139% lag.

Die Slumsiedlungen sind über die ganze Stadt verteilt und können in 3 Gruppen eingeteilt werden. Die Slums der ersten Gruppe liegen im Stadtzentrum, die der zweiten Gruppe befinden sich zwar außerhalb des Zentrums, aber noch innerhalb der städtischen Bebauung, während die der dritten Gruppe am Stadtrand liegen. Die meisten Slums dieser letzten Gruppe sind vor nicht allzu langer Zeit entstanden; sie bestehen seit 15 bis 20 Jahren. Die Hauptgründe für die Entstehung dieser peripheren Siedlungen waren eine Hungersnot in den ländlichen Gebieten von Maharashtra Ende der sechziger Jahre sowie das industrielle Wachstum in und um Poona. Der Großteil dieser Slums befindet sich im Vorort Yerawada, nordöstlich des Stadtzentrums.

1968 ereignete sich im Bezirk Khadiki, an der nördlichen Grenze von Poona, eine Explosion in einer staatlichen Munitionsfabrik. Viele der betroffenen Familien zogen in den angrenzenden Stadtteil, nach Yerawada, und siedelten dort auf einem Gelände, das der Regierung gehörte. Weder die Regierung noch die Stadtverwaltung ergriffen irgendwelche Maßnahmen gegen die Siedler. Dies veranlaßte örtliche

Grundeigentümer, die bereits Hüttenkomplexe vermieteten, weitere Buden auf Regierungsländ in der Nähe zu errichten. Diese wurden an Zuwanderer und andere von der Explosion in der Munitionsfabrik Betroffene vermietet. Ganeshnagar war eine der Siedlungen, die auf diese Weise entstanden. Zur Zeit der Entstehung umfaßte Ganeshnagar etwa 1.000 Familien. Seit 1970 zählte man 1.200 Haushalte, die in der Mehrzahl von dem Verdienst in einem der Industriebetriebe in der Nähe lebten. Sie wohnten zur Miete in ärmlichen Hütten, die Umgebung war verdeckt und die Siedlung entbehrte aller Infrastruktur. Die Slumlords forderten nicht nur die Miete für die Hütten, sondern auch ein Schutzgeld, das die Hausbewohner vor jeglicher Gefahr der Vertreibung oder des Niederreißen ihrer Hütten durch die Stadtverwaltung schützen sollte. Dafür belästigten gedungene Rowdies ständig die Bewohner.



Trunkenheit, Straßenkämpfe und Schlägereien waren an der Tagesordnung. Die Siedler, obschon ihre Zahl gestiegen war, vermochten nicht, sich vor den Übergriffen der Slumlords zu schützen.

Als die Bodenpreise stiegen und das Land für den Bau zusätzlicher Hütten knapp wurde, verlangten die Grundeigentümer von den Bewohnern höhere Mieten. In einigen Fällen waren die Bewohner gezwungen die Siedlung zu verlassen, da ihre Hütten an andere Familien vermietet wurden, die mehr zahlen konnten.

Wenn eine Familie den Versuch unternahm, gegen die Slumlords zu protestieren, wurde ihre Hütte niedergerissen oder ihr Besitz zerstört. Die Wohn- und Umweltbedingungen verschlechterten sich rapide, da von den Grundeigentümern keine Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt wurden. Ohne Aussicht einer Alternative hatten die Bewoh-

ner nicht nur Miete und Schutzgeld zu zahlen, sie mußten auch noch Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten machen. Einige Familien, die diese Situation nicht ertragen konnten, begannen sich mit anderen zusammenzuschließen, um gegen die Unterdrückung zu kämpfen und die Siedlung vom Würgegriff der Slumlords zu befreien. Schnell gewannen sie breite Unterstützung und begannen, den Widerstand zu organisieren. Die gesamte Einwohnerschaft stand vereint und weigerte sich, weiter Miete zu zahlen. Da die Slumlords nun keine Macht mehr hatten, machten sie von sich aus den Vorschlag, den Bewohnern die Buden zu verkaufen. In der Mehrheit nahmen die Familien die Gelegenheit wahr. Sie erwarben ihre Wohnungen zu einem wegen der Rückendeckung durch die Gemeinschaft günstigen Preis. Einige Haushalte, die nicht einmal dazu das Geld aufbringen konnten, weigerten sich überhaupt zu zahlen und zwangen die Slumlords, ihnen ihre Buden kostenlos zu überlassen.

Die Organisation der eigenen Entwicklung

Ende 1970 hatte sich die Siedlerschaft vollständig von der Kontrolle durch die Slumlords befreit. Sie sammelte sich um die selbsternannten Führer. Die erste Unternehmung war ein siebentägiges Fest zu Ehren von Lord Ganesh, einer Hindu-Gottheit. Die Familien, die zunächst gemeinsam - ob Hindus, Moslems, Christen, Buddhisten, Bahais usw. - gegen die Slumlords gekämpft hatten, beteiligten sich daran ohne Ausnahme und sicherten so den großen Erfolg des Festes. Der Erfolg regte die Einwohner und ihre Führer an, Programme und Pläne zur Verbesserung der Wohnbedingungen zu erwägen. Um die vollständige Unterstützung der Gemeinschaft zu haben, wurde beschlossen, einen Sprecherrat der Siedlerschaft wählen zu lassen. Die gesamte Siedlung wurde in neun Bezirke von gleicher Einwohnerzahl aufgeteilt, für die jeweils ein Sprecher zu wählen war. Die Wahl von Anfang 1971 war allgemein und geheim. In dem auf diese Art gewählten Komitee befanden sich auch die Führer des Aufbruchs.

Die erste Maßnahme des Komitees war die Vorbereitung eines Bebauungsplanes für Ganeshnagar. Es gab keine richtigen Wege oder offene Flächen in der Siedlung, die Hütten standen dicht zusammengedrängt und waren wahllos angeordnet, die Installation von Versorgungseinrichtungen war unmöglich.

Das Komitee brauchte einige Zeit, um den neuen Bebauungsplan fertigzustellen, da der Abriß von Hütten möglichst vermieden werden sollte. Es wurde beschlossen, daß jeder Haushalt über das Grundstück verfügen sollte, das er beim Kauf der Hütte erworben hatte. Die Siedlergemeinschaft verstand, daß durch den Plan ihre Wohnbedingungen verbessert wurden, billigte ihn einstimmig und machte sich alsbald daran, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Er war nach Phasen ausgelegt. Bereits nach einem Jahr waren 80% der Maßnahmen durchgeführt. Soweit am Rand der Siedlung Land verfügbar war, wurde es in Beschlag genommen. Die Siedler wurden angewiesen, die Straßen und Gassen freizuhalten. Das Komitee achtete strikt darauf, daß die öffentlichen Flächen respektiert wurden.

Nachdem die Straßen, Gassen und Plätze angelegt waren, erwachte in den Bewohnern das Bedürfnis nach weiterer Infrastruktur. Bisher mußten sie weite Wege zurücklegen, um Wasser zu holen. Da es keine Toiletten gab, wurden die Bedürfnisse auf freiem Feld außerhalb der Siedlung erledigt. Ohne Kanalisierung und Entwässerung blieb das Wohnumfeld weiter unhygienisch. Um 1974 wurde all das so sehr zum Problem, daß die Einwohner begannen, das Vertrauen in ihre Führer zu verlieren. So begannen die Führer ihrerseits, Unruhe zu schüren und die Stadtverwaltung unter Druck zu setzen. Die örtlichen Stadtverordneten unterstützten die Anliegen der Siedler. Gegen Ende 1974 machte sich die Stadtverwaltung daran, Pläne für die Versorgung von Ganeshnagar mit Infrastruktur auszuarbeiten.

In der Folge wurde die Notwendigkeit der formalen Legitimierung deutlich. Deshalb ließ sich die Bewohnerorganisation unter dem Namen "Shri Ganeshnagar Mandal" registrieren. Hierfür war ein Statut vorzulegen, in welchem u.a. die Ziele und die Verfahren der jährlichen Rechnungslegung und Rechnungsprüfung dargelegt werden mußten.

1975 stattete die Stadtverwaltung die Siedlung mit dem notwendigsten an Infrastruktur aus. Zunächst wurden einige Gemeinschaftszapfstellen und zwei Gemeinschaftstoiletten angelegt. Die Straßen und Gassen wurden gepflastert und mit Abwasserkanal und Straßenbeleuchtung ausgestattet. Damit glaubten die Bewohner und ihre Führer sich der alltäglichen Sorgen ledig. Innerhalb kurzer Zeit wurde aber klar, daß die Probleme nicht vollständig gelöst waren, denn es war offengeblieben, wer diese Einrichtungen unterhalten sollte. Abfall wurde in den Winkeln der Straßen und in den Gräben deponiert. Die Kanäle verstopften und die Toiletten waren bald überfüllt. Daß es in dieser Hinsicht keinen Gemeinsinn gab, wurde den Einwohnern erst jetzt bewußt. Sie drängten darauf, schnell Leute einzustellen, die die öffentlichen Einrichtungen in Stand halten sollten.

Das Komitee beschloß, freiwillige Beiträge in den Haushalten zu sammeln, um zehn Frauen aus der Siedlung, die Arbeit suchten, dafür zu bezahlen, daß sie Kanalisa-

tionsrinnen, Toiletten, Straßen und Wege sauberhielten, sowie den Abfall beseitigten. Dadurch wurde das Problem den Leuten auch bewußt, was bewirkte, daß sie die Siedlung gemeinsam sauber hielten. Diese Initiative veranlaßte die Stadtverwaltung dazu, zusätzliche Toilettenanlagen und Wasserzapfstellen einzurichten.

Entwicklung fördert Entwicklung

Nach der Volkszählung in den Slum-Gebieten im Jahr 1976 wurde Ganeshnagar von der Stadtverwaltung zu einer anerkannten Slum-Siedlung erklärt. Die Stadtverwaltung erwarb das Land von der Regierung und vom Golfclub. Dies erhöhte für die Bewohner die Sicherheit der Besitzverhältnisse und spornte sie dazu an, Ersparnisse in die Verbesserung der Wohngebäude zu investieren. Die Hausbewohner bauten Säulenplatten und Fundamente aus Bruchstein oder Steinen aus den nahen Steinbrüchen für ihre Häuser. Durch die Verwendung von Ziegeln oder Steinen für die unteren Wände und einer Reihe von Bauteilen aus zweiter Hand für den Rest der Wohnung wurde ein vollständiges Wohnverbesserungsprogramm durchgeführt.

In den Jahren 1979 - 1980 übernahm die Stadtverwaltung die Instandhaltung der Versorgungseinrichtungen als Teil einer stadtweiten politischen Entscheidung. Die Bewohner trugen nicht nur dazu bei, die Siedlung sauber zu halten, sie überwachten auch die Arbeit der Stadtbediensteten. Nach Anerkennung der Siedlung und der Installation von Versorgungseinrichtungen setzte das Komitee verschiedene neue Gemeinschaftsprojekte in Gang. Die offene Fläche wurde planiert und etwas erhöht. Es wurde diskutiert, einen Kindergarten, eine gemeinschaftliche Bethalle und eine Sportstätte zu bauen. 1979 wurde der Kindergarten mit Hilfe der Stadtverwaltung errichtet. Es wurde eine Frauenorganisation gebildet, um eine Tagesstätte für die Kinder von berufstätigen Eltern zu leiten und ein Ernährungsprogramm für die unterernährten Kinder durchzuführen. Vom Sozialfürsorgeamt des Bundesstaates erhielt die Organisation auch Nähmaschinen, um Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr Einkommen durch die Ausführung von Näharbeiten zu verbessern. 1980 wurde mit dem Bau des Bethauses begonnen, das 1984 fertiggestellt wurde.

Durch die Zunahme von Gemeinschaftsprojekten und -aktivitäten war das Komitee mit neun Mitgliedern nicht mehr ausreichend. Man beschloß, Komitees auf der Ebene der Wahlbezirke sowie Subkomitees für spezielle Projekte zu schaffen. In den darauffolgenden Wahlen wurden in jedem Wahlbezirk zehn Personen gewählt, von denen je einer als Sprecher den Bezirk im Zentralkomitee vertreten und die anderen sich auf die Bezirks- und Projektkomitees verteilen sollten.

Auf diese Weise sind bei den Entscheidungen über Gemeinschaftsprojekte 90 Personen beteiligt, die auch in der Ge-

meinschaft und beim Betrieb der Versorgungseinrichtungen nach dem Rechten sehen. Subkomitees wurden gebildet, die sich um das Bethaus, den Kindergarten und um die Festveranstaltungen kümmern.

Die Jugendlichen der Siedlung führten verschiedene Sportveranstaltungen durch, die das Komitee dazu gebracht hatten, die Anlage einer Sportstätte zu beschließen. Folglich wurde ein Ausschuß für Bau und Betrieb des Platzes eingerichtet.

Einige Einwohner, welche Zeitungen und Zeitschriften abonniert hatten, regten die Einrichtung einer Leihbibliothek an, der sie dann ihre Schriften spendeten. Um diese Bibliothek zu führen, wurde ebenfalls ein Ausschuß gebildet. Inzwischen werden auch Tageszeitungen für öffentliche Lesungen abonniert.

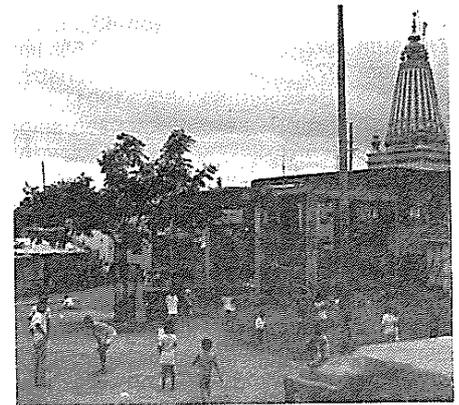


Foto: S. K. Mohandas

Ein weiteres Subkomitee organisiert für die Bewohner Bildungsreisen in andere Teile Indiens. In den vergangenen Jahren fuhren die Bewohner mit ihrer Unterstützung der Gemeinschaftsorganisation und den Verbesserungsmaßnahmen für ihre Wohnhäuser und ihre Umgebung fort. Fast alle Häuser sind nun aus beständigem Material gebaut. Viele haben ihre Vorderräume zu Läden oder kleinen Unternehmen umgestaltet, während die Wohlhabenderen ein zweites Stockwerk auf ihre Häuser gebaut haben. Manche Haushalte haben aus eigenen Mitteln einen eigenen Wasser- und Stromanschluß gelegt. Viele teilen sich diese Einrichtungen mit ihren Nachbarn.

Im August 1986 verfügten ungefähr 40% der Familien über einen Wasseranschluß mit eigener Wasseruhr, während es 20 öffentliche Wasserzapfstellen mit insgesamt 50 Wasserhähnen gibt. Es sind zehn Toilettenanlagen mit jeweils zehn Kabinen in Betrieb. Es gibt fünf große Müllcontainer, die regelmäßig von den Bediensteten der Stadtverwaltung gereinigt werden, zusammen mit der Kanalisation und den Toilettenanlagen. Fast alle Hauptstraßen und -wege der Siedlung sind inzwischen gepflastert.

Gemeinschaft als Schlüssel zur Entwicklung

Ganeshnagar läßt die Schlüsselrolle erkennen, die eine autonome Gemeinschaftsorganisation in den Verbesserungsprogrammen und bei der lokalen Entwicklung spielt. Es veranschaulicht die Verbesserung der sozialen und umweltbezogenen Qualität, die möglich wird, wenn die Bewohner für ihre eigenen Wohnprogramme verantwortlich sind - und dies sogar im einkommensschwachen Milieu.

Die Selbstorganisation ermöglicht es der Gemeinschaft, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu mobilisieren und einzusetzen, sowie von der Regierung Unterstützung zu erhalten. Für lokale Probleme werden den örtlichen Gegebenheiten entsprechende Lösungen gefunden, weil die Bewohner selbst die notwendigen Entscheidungen treffen. In anderen Siedlungen, in denen sich die Bewohner nicht organisieren, bleiben sie den Slumlords ausgeliefert, und es finden keine Verbesserungen statt.

Ein Beispiel dafür ist Laxminagar, ein Slumgebiet mit rund 5.000 Haushalten, das nahebei ebenfalls im Vorort Yerawada liegt. Es bildete sich 1974 auf trockengelegtem Marschland. 1976 formierten sich die Bewohner zu einer Organisation und verlangten von der Stadtverwaltung den Bau von Grundversorgungseinrichtungen. Es wurden Zapfstellen für Trinkwasser, öffentliche Toiletten sowie eine offene Kanalisation installiert.

Die Gemeinschaftsorganisation spaltete sich jedoch in kleine Gruppen ohne Koordination untereinander. Die Bewohner waren nicht in der Lage, sich zu organisieren, um weitere Einrichtungen zu fordern. Heute werden die bereits bestehenden Versorgungseinrichtungen nicht instandgehalten, und die Umgebung verschlechtert sich rapide, da die Häuser allmählich wieder im Sumpf versinken. In den Gruben der Steinbrüche steht Monsun- und Abwasser und stellt eine Gefahr für die Gesundheit dar.

18 Jahre nach seiner Entstehung ist Ganeshnagar keine Slumsiedlung im eigentlichen Sinne mehr. Die Verbesserungsmaßnahmen blieben nicht nur auf den Umbau der Häuser beschränkt. Mit der Unterstützung der Stadtverwaltung ist es den Bewohnern gelungen, die zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse erforderliche Infrastruktur verfügbar zu haben.

Was noch wichtiger ist: Ganeshnagar hat sich aus dieser Erfahrung zu einer Gemeinschaft entwickelt. Niemand kann in Zahlen ausdrücken, wie sehr sich die Qualität der sozialen Beziehungen in Ganeshnagar verbessert hat im Vergleich zu der Zeit, als die unglücklichen Bewohner ständig von den Banden gedungener Rowdies belästigt wurden. Keine Regierung hätte diese Verbesserung alleine zustande gebracht.

Übersetzung:
Edith Kobelbauer und George Richard

Kollektive Selbsthilfe bei Entwässerungsprojekten in Karachi, Pakistan

Auszug aus einer Sammelstudie der Habitat International Coalition (HIC)*

In diesem Band werden u.a. zwei große, quasi im Wettbewerb stehende Sanierungsprojekte beschrieben, welche bei gleichem Grundansatz, die Partizipation der Slumbewohner über die Lösung des Entsorgungsproblems zu wecken und zu stärken, zwei völlig unterschiedliche Wege einschlagen.

Baldia

Baldia nimmt mit seinen 200.000 Einwohnern in 28.000 Haushalten über 430 ha ein. Wie insgesamt zwei Drittel der Einwohner Karachis haben sich auch die Siedler von Orangi ihre Häuser selbst gebaut, auf illegal erworbenen Grundstücken und mit örtlichen Materialien auf Kredit. Nach nunmehr zwanzig bis vierzig Jahren bestehen die Häuser nicht mehr aus Lehm, sondern aus Zement und Beton. Wasser, das einst nur eine Stunde jeden zweiten Tag kam, ist nunmehr an KMC-Zapfstellen täglich für zwei Stunden erhältlich.

Als das Projekt 1979 begann, wurden für Abfälle und Exkremete Eimer benutzt, welche durch Löcher in der Wand auf die Straße entleert wurden. Den Abfall beseitigt in unregelmäßigen Abständen dann städtische Straßenkehrer. Urin, Wasch- und Küchenwasser lief direkt auf die ungepflasterten Straßen. Diese Umstände und mangelnde Kenntnisse der Gesundheitspflege verursachten periodische Seuchen, sowie hohe Kindersterblichkeit. BSPP propagierte einfache Sickergruben mit langer Lebensdauer, die nur alle 10 bis 25 Jahre geleert werden müssen. Aus ländlicher Tradition heraus war die Bevölkerung abgeneigt, derartige Gruben in ihrem Haus zu haben. Indem die Einwohner über ihre eigenen Gruppierungen an dem Bau der Sickergruben beteiligte, erhoffte man sich weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen, insbesondere der Kinder.

Unter Anleitung von UNICEF wurden zunächst 430 Sickergruben erstellt, die im Schnitt 1.300 Rs kosteten. Modifikationen ermöglichten es, die Kosten auf 600 Rs zu senken. Bis Ende 1984 hatten die Einwohner davon 2.630 selbstgebaut. 1985 hatten sich 26 der 29 Nachbarschaften (mohallas) von Baldia organisiert, um das Entwässerungsproblem zu lösen. Aktionen im Gesundheits- und Bildungssektor, die die Lebensbedingungen von 80.000 Einwohnern verbesserten, folgten. Der Bau von weiteren 1.000 Modell-Sickergruben, finanziert auch durch die UNICEF, löste den Bau von 4.000 Gruben durch die Einwohnerschaft aus. BSPP bildete 60 Männer und 100 Familien aus. Diese Methoden wurden von 3 Nachbarschaften

außerhalb von Baldia übernommen. KMC konnte un dazu gebracht werden, Straßen und Gehwege zu befestigen, die Wasserversorgung zu verbessern und Elektrizität und Straßenbeleuchtung zu legen.

Technologie allein konnte die Probleme nicht lösen. Das Projektteam verbrachte das erste Jahr, indem es von Haus zu Haus ging. Es hatte kein Fahrzeug und kein Büro. Die Mitarbeiter erklärten die Sickergruben, identifizierten die lokalen Gruppierungen und ihre Führer, baten um Hilfe und bauten so eine Beziehung zur Bevölkerung auf. Das Projekt baute auf der bestehenden Gemeindestruktur auf. So war es kein Zufall, daß es 18 Monate dauerte, bis das erste Komitee zum Bau von Sickergruben stand. Das Team konzentrierte sich auf einen kleinen Bezirk und verließ sich darauf, daß die Begeisterung der Bewohner überspringen würde. Als die Idee schließlich Wurzeln geschlagen hatte, verbreitete sie sich in den nächsten drei Jahren in weiteren Bezirken mit zusammen mehr als 40.000 Einwohnern. ...

Zunächst brauchte es zwei Jahre der Diskussion mit Männergruppen, um sie dazu zu bewegen, den weiblichen BSPP-Teammitgliedern Kontakt mit ihren Frauen zu gestatten, denn es kam dem Projekt darauf an, vor allem die Frauen für die Innovationen zu gewinnen. Heute betreiben junge Frauen, denen die Tradition bisher nur Hausarbeit erlaubte und die ihre Wohnung nicht verlassen durften, Alphabetisierung in Baldia und sogar außerhalb.

Der Schulbesuch von Mädchen wird in Pakistan nicht gefördert. Sie bleiben bis zur Heirat zu Hause. Nahezu 80% der Frauen sind Analphabeten, aber auch fast 60% der männlichen Haushaltsvorstände ... BSPP bildete junge Frauen aus, die 107 Heimschulen - Alphabetisierungsschulen in ihren eigenen Wohnungen - einrichteten. Diese Heim-Lehrerinnen wurden und werden von der Einwohnerschaft bezahlt und sind von der Regierung anerkannt. Es wurde auch ein technisches Ausbildungszentrum eingerichtet. ...

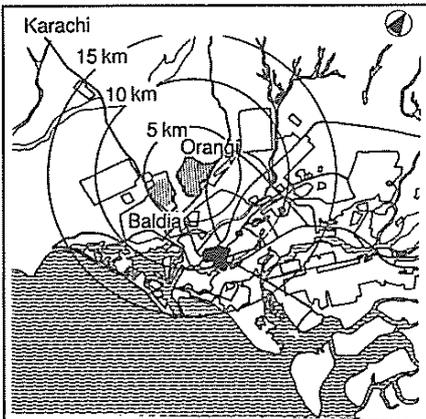
BSPP richtete zwölf Basisgesundheitsstationen (Primary Health Care Centers) ein und bildete 13 der Heim-Lehrerinnen zu medizinischen Assistenten (Health Workers) aus. ... Über 1.000 Mütter ließen sich registrieren, und ein Drittel wurde in der Kinderpflege ausgebildet. 50 Mütter arbeiten inzwischen als Assistenten (Primary Health Care Workers). ...

Daß die Frauen als Hauptansprechpartner von BSPP sich bald so stark engagierten, war nicht erwartet worden. Frauen sind sowohl Betreiber als auch Nutzer der Heimschulen und der Gesundheitsstationen. ... Sie lernen über Gesundheit und

Hygiene und wie sie ihr Entwässerungssystem zu Hause benutzen und instandhalten. Heute sind es die Frauen, die die Entwicklung in Baldia bestimmen.

Orangi

Das „Orangi Pilot Project“ (OPP) unterscheidet sich vom BSPP vor allem in den technischen Aspekten. Orangi ist mit 700.000 Einwohnern das größte der „Katchi abadis“ Karachis. Es entstand 1965. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt mit Rs 1.000 bei einem Drittel von Karachi insgesamt. In den meisten Haushalten befinden sich zwei Erwerbstätige, von denen jeder etwa den offiziellen Mindestverdienst nach Hause bringt - gerade genug, um die Familie zu ernähren und ohne Rest für Wohnung, Kleidung, die Fahrt zur Arbeit usw.. Etwa 5% der Einwohner von Orangi verdienen sogar weniger als dieses Minimum gegenüber 10% in Karachi insgesamt. Bevor OPP seine Arbeit aufnahm, hatte sich durch primitive Formen der Deponierung von Exkrementen, schlecht ausgelegte Abwassergräben und das Fehlen von Regenwasserdrainage eine gefährliche und unhygienische Umwelt gebildet, die soziale Konflikte sowie Krankheiten und Sterblichkeit verursachte.



Projektkonzept

Nach Meinung des OPP ergaben Gassen mit 10 bis 15 Häusern auf jeder Seite als Grundeinheit den angemessenen menschlichen Maßstab für das Projekt. Man konnte davon ausgehen, daß die 20 bis 30 Haushalte einander kannten und damit weniger Mißtrauen zueinander entwickeln würden. Die vorhandene Führungsgruppe (im wesentlichen jene, die die Grundstücke parzelliert und dann illegal verkauft hatten) funktionierte vor allem auf der höheren Nachbarschaftsebene der „mohallas“. Indem das OPP sich um die Ebene darunter kümmerte, vermied sie es, deren Feindschaft zu wecken.

Die Organisation der Einwohner in den Gassen erfolgte in vier Phasen:

1. Öffentliche Versammlungen. Bezahlte Mitarbeiter des OPP mit Diapositiven, Modell und Handzetteln erläuterten das Programm und seinen Nutzen. Die

Einwohner mußten darüber aufgeklärt werden, daß der Anschluß an die Entwässerung durch die Stadtverwaltung nicht kostenlos sein würde, daß ein solches konventionelles System sogar unbezahlbar teuer käme, dagegen sie selber mit der Unterstützung des OPP in Eigenarbeit ein erschwingliches System installieren könnten.

2. Organisation der Gassen. Die Gruppen wählten ihre eigenen Führer, die dann formell die Unterstützung des OPP beantragten.
3. Das OPP gewährte Unterstützung. Mit Hilfe von Studenten und anderen Freiwilligen wurde unter Mitarbeit der Gassengemeinschaft die Gasse vermessen, ein Kanal geplant und die Kostenschätzung vorgenommen.
4. Die Gassengemeinschaft übernahm die Verantwortung. Die gewählten Führer, viele von ihnen Frauen, gaben die Informationen des OPP weiter, sammelten die Umlage (1.000 Rs, etwa ein durchschnittliches Monatseinkommen pro Haushalt) und organisierten die Arbeit. OPP überwachte die Arbeit, verwaltete aber nie selbst das Geld der Gruppen. Die Instandhaltung wurde und wird je nach Bedarf von den Gassengemeinschaften selbst und informell vorgenommen.

Am Anfang beantragten nur jene Gassen eine Unterstützung vom OPP, die nahe an den Vorflutern lagen. Es hätte das Programm gefährdet, wenn nicht andere Gassen im Einzugsgebiet, die eiter entfernt lagen, sich mit den ersten zusammengetan hätten, um das notwendige System von Sammlerkanälen zu bauen. Das OPP unterstützte dies, indem es eine Höhenvermessung in den Wahlbezirken der Stadtverordneten vornahm. Studenten führten die Vermessung durch, nahmen Kontakt mit der Bevölkerung auf und beteiligten sie an der Durchführung zu beiderseitigem Nutzen. So verstanden die Einwohner besser die Notwendigkeit von Abwassersammlern, und die Idee von Entwicklung durch kollektive Eigenhilfe bewirkte mehr professionelles Engagement in den Universitäten.

Die Ergebnisse der Vermessungen und OPP Informationsmaterial wurden den Stadtverordneten ausgehändigt. Die Einwohner, die davon erfuhren, setzten jene wegen der Sammler unter Druck. Dies

führte dazu, daß ganze Gruppen von Gassengemeinschaften zusammenkamen und das OPP um Unterstützung für die Abwassersammler baten.

In der Zeit vor dem OPP waren die illegalen Grundstücksverkäufer die selbsternannten, oft ausbeutenden Führer in Orangi gewesen. Sie werden nunmehr von OPP Sprechern und Führern von Gassengemeinschaften herausgefordert. Diese haben durch ihre Projekterfahrung das notwendige Selbstbewußtsein gewonnen und zwingen die alte Führungsgruppe dazu, sich demokratischer zu verhalten. Drei OPP-Sprecher haben in den Gemeindewahlen kandidiert. Einer von ihnen ist zum Stadtverordneten gewählt worden.

Planung von unten nach oben

OPP versuchte sicherzustellen, daß die Gassengemeinschaften bereit und in der Lage waren, mit Unterstützung und den angemessenen Mitteln ein Entwässerungssystem anzulegen, das sie sich auch leisten konnten. Das Konzept baute auf örtlichen Erfahrungen und Vorlieben auf, indem es das, was die Leute bereits versucht hatten, modifizierte und korrigierte, statt fremde Methoden einzuführen. Experimente mit Gruben und Sickerschächten waren unbefriedigend verlaufen, die Leute hatten ihre eigenen Kanäle installiert, oft parallel, nah an der Oberfläche, mit ungenügenden Durchmessern oder Revisionschächten und unkorrektem Gefälle, so daß sie oft versagten.

Kanalsysteme sind komplex und hierarchisch. Normalerweise wird ihre Planung und ihr Bau von den großen Endeinheiten her begonnen. Hätte OPP diesen konventionellen Ansatz gewählt, hätte man von oben nach unten planen müssen und damit den Konflikt mit der örtlichen Führungsgruppe einerseits und mit der Verwaltungsbürokratie andererseits riskiert. Die Gassen waren aber mehr oder weniger nach dem System der Vorfluter ausgerichtet, die sich in der kurzen aber heftigen Regenzeit bildeten. An diesen konnten sich Planung und Durchführung orientieren, also von unten nach oben stattfinden. Zwischen September 1982 und Januar 1984 begutachteten einige Funktionäre und professionelle Planer das OPP. Sie



hielten dessen stückweise Planung von unten nach oben für eine Einladung zur Katastrophe. Diese internationalen Experten wollten nicht glauben, daß Entwässerungssysteme von unten nach oben, stückweise und vor Ort entwickelt werden können, indem man sich an der Oberflächenentwässerung orientiert.

Die Kommission empfahl, die Arbeiten solange einzustellen, bis ein Gesamtplan vorlag und zwei andere Empfehlungen berücksichtigt worden seien: a) Auslegung eines Doppelkammersystems für die Exkremente einerseits und offen abgeführtes Haushaltswasser andererseits und b) Verwendung kleinerer und billigerer Kunststoffrohre.

Das OPP widersprach. Die Einwohner hatten sich mit Blick auf Gesundheitsrisiken und Instandhaltungsprobleme für ein unterirdisches System entschieden. Die Doppelkammern würden sich auch schnell füllen, wenn bei Vollendung des Dammes am Hub-River der Wasserverbrauch zunähme. OPP wies auf die sozialen und politischen Momente hin, die von einer solchen kurzfristigen und daher teuren Lösung ignoriert wurden. Seit der Fertigstellung des Dammes 1983 ist die Wasserversorgung ausreichend. Die Voraussagen des OPP haben sich als richtig erwiesen.

(Im englischen Text wird an dieser Stelle auf die Arbeit mit Frauengruppen, die ähnlich wie die in Baldia ist, hingewiesen.)

Zusammenfassung

Seit 1980 hat OPP unter seinem Gründer Dr. Akhtar Hameed Khan etwa 200.000 Menschen in 20.000 Haushalten mit geringem Einkommen zur Finanzierung und zum Bau eines Kanalan schlusses verhol-fen. Die Kosten betragen 28,5 Mio. Rs. Wäre die gleiche Arbeit durch die Regierung und Bauunternehmer durchgeführt worden, hätte sie fast fünf Mal soviel gekostet. Die Leute dagegen investieren ihre Zeit und 27 Mio. Rs, das heißt pro Haushalt ein monatliches Durchschnittseinkommen. OPP hat 1,5 Mio. Rs für Experimente und Beratung ausgegeben, die ihm von der pakistanischen Bank of Credit and Commerce dank ihres Präsidenten, Aga Khan Abadi, zur Verfügung gestellt worden sind. Wie konnte so viel durch die Armen selbst und mit so guten Nebeneffekten erreicht werden? Die Antwort liegt in den vom OPP Programm angewandten Methoden:

1. Selbstorganisation der Bevölkerung und Beteiligung in der Auslegung und Durchführung des Programms;
2. Angemessene und anpaßbare Techniken, die den Betroffenen ermöglichten (bei verminderten Anforderungen an ingenieurmäßiger Planung und Ausführung), die Arbeiten sehr kostenmindernd durchzuführen, und dadurch:
3. Maximierung der Verwendung lokaler Ressourcen wie Spareinlagen, persönliche Initiative, manuelle und organisa-

torische Fähigkeiten, welche ergänzt und zur Entfaltung gebracht wurden durch den Einsatz von Experten.

Diese drei Aspekte des OPP-Ansatzes ließen - nicht zuletzt auch, weil die Lebensqualität (und der Grundstückspreis) in der Siedlung stieg - die Selbstachtung und das Selbstvertrauen der Bevölkerung wachsen und damit auch die Bereitschaft zu kooperieren und zu investieren. Konflikte, die anfangs durch die ungesunden Lebensbedingungen verursacht worden waren, gingen zurück, der Geist guter Nachbarschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit breitete sich aus.

* Beide Fallstudien werden in dem im Oktober 1987 erscheinenden Band Bertha Turner, general editor, "Building Community: A Third World Case Book", Intermediate Technology (IT) Publications in Collaboration with Habitat International Coalition, Niederlande, und Habitat Forum Berlin (West), abgedruckt. "Building Community" ist eine Sammlung von 20 Fallstudien basisbezogener, nicht-staatlicher Wohnungsbau- und Quartierssanierungsprojekte, die als Beitrag zum Internationalen Jahr der Obdachlosen 1987 zusammengestellt wurde, gefördert von der "Habitat International Coalition" in Zusammenarbeit mit AHAS, London, (Projekt-Koordination), GRET, Paris, und PGC, Löwen, (Fallberater). Der Baldia-Bericht wurde von Dr. Laique Azam und Dr. Quratul Ain Bakhteari, Karachi University, Department of Social Work, Karachi, Pakistan, vorbereitet, gefördert von dem Planning Committee for NGO Activities of the World Conference of the UN Decade for Women, New York, N.Y.. Der Orangi Bericht wurde vorbereitet von Dr. Arif Hasan, Consultant to OPP, Karachi, gefördert von IDRC, Ottawa, Canada. Berater beider Fallstudien war John F. C. Turner, AHAS, London. Die Textauszüge wurden von George Richard übersetzt.

Quaratul Ain Bakhteari

Basisorganisationen in Baldia, Karachi

Anmerkungen zu ihrer Rolle bei der Slumsanierung

Das Konzept der Slumsanierung in Karachi

Von 1975 an wurde in Pakistan, insbesondere in Karachi und Lahore, ein neuer Ansatz zur Lösung der Squatterprobleme versucht. Dieser bestand darin, die Slums "Katchi Abadis" (das heißt Selbsthilfe-Siedlungen) genannt, zu sanieren, anstatt sie wegzuräumen. Die Grundgedanken dabei waren:

- a) Anerkennung und, soweit möglich, Legalisierung der bestehenden Bodennutzung,
- b) Erschließung mit minimaler städtischer Infrastruktur und
- c) Eigenfinanzierung der Sanierung über das Mietkaufprinzip.

Das Konzept der Sanierung der Katchi Abadis durchlief zunächst die Phasen Forschung und Ausarbeitung von Programmen, bevor es die Stadtverwaltungen

zur Durchführung übernahmen. Damit war aber noch nicht gewährleistet, daß sie so verwirklicht wurde, wie sie es hätte sein können oder sollen. Die für die Katchi Abadis zuständige Abteilung war personell unterbesetzt, erstickte in Akten und wurde gleichzeitig von Anträgen zur Sanierung von allen Seiten überschwemmt. In Karachi gibt es wenigstens 360 Katchi Abadis mit einer auf mehr als 2 Millionen geschätzten Einwohnerzahl.

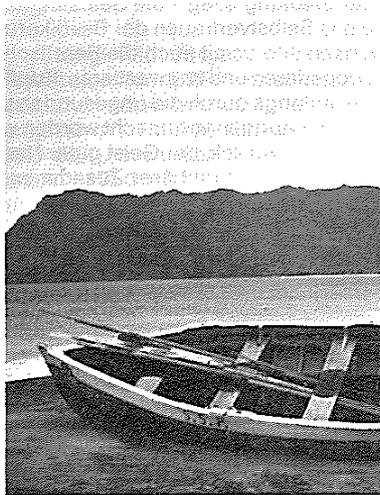
Zur Erprobung der Sanierungspolitik war von der Stadtverwaltung der Bezirk Baldia ausgewählt worden. Das Konzept beinhaltete sowohl physische als auch soziale Komponenten. Für die physischen Elemente (Straßen, Bodenrecht, Wasserversorgung usw.) war die Stadtverwaltung, für die sozialen (Hygiene, Abwasser, Gesundheitsdienst, Schulen usw.) UNICEF zusammen mit Pakistan Jaycees und der Abteilung für Sozialwesen der Universität

Karachi zuständig.

UNICEF unterstützte diese beiden Institutionen vor allem auch in einem Niedrigkosten-Abwasserprojekt, dem Baldia Soak-pit Pilot Project (BSPP).

Das Projekt setzt auf der Ebene der Siedlungsgemeinschaften an, indem es diese mit dem Prinzip kostengünstiger, lang nutzbarer Sickerschächte bekannt machte. Das Konzept baute auf Vorgefundenem auf, denn Sickergruben waren eine über-lieferte Technik. Obgleich technisch un-ausgereift, waren sie bei fast 30% der Bevölkerung üblich. Diese Technologie wurde durch das Projekt verbessert. Wichtig war, daß die Veränderungen nicht mit rein technischen Mitteln, sondern mit Instrumenten der Gemeinwesenarbeit in die Wege geleitet wurden. Es war die bestehende Struktur der Basisorganisationen, die gestärkt und beim Sickergrubenbau eingeschaltet wurde.

FRAUEN IN BAUSTOFFKOOPERATIVEN



Kap Verde – wunderschöne Inseln auf den ersten Blick. 500 Jahre portugiesischer Kolonialismus und die Ausbreitung der Sahel-Zone zeigen tiefe Spuren, wenn man genauer hinsieht: die Männer Kap Verdes arbeiten fast durchweg als Emigranten im Ausland, die im Land gebliebenen Frauen ringen dem kargen Boden die Nahrung für sich und ihre Familien ab. Die Frauen in Kap Verde sind stark und selbstbewußt, mußten es werden.

In den letzten Jahren haben sich viele Frauen in Kap Verde in ländlichen Kooperativen zusammengeschlossen.

Ein Beispiel unter vielen: auf der Insel Maio haben Frauen eine Baustoffkooperative gebildet: hier brennen sie Kalk und Gips, verkaufen ihn in der Umgebung zum Bau der Häuser. Damit schaffen sie sich und dem Land eine bescheidene Unabhängigkeit gegenüber dem teuren Import von Zement oder Beton. Der Weltfriedensdienst unterstützt den Aufbau von Kooperativen mit Kooperanten, um die Gruppen fachlich zu beraten und auszubilden, z. B. in Buchhaltung, aber auch durch die Vergabe von Krediten für Material, Lagerhäuser usw.

Wir suchen Spender.

WFD-Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft
Konto 8888 (BLZ 100 101 11)
Kennwort: Kap Verde

Weltfriedensdienst e. V.
Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61

Wir bedanken uns für den kostenlosen Abdruck.



Die Grundstruktur der Basisorganisation

Die jahrelange Arbeit in dem Stadtbezirk erlaubte es, die Basisorganisationen, ihr Potential, ihre Aufgabengebiete und ihre Effizienz einzuschätzen, sowie die Grundlinien einer Struktur zu erkennen, die auf einem Geflecht der sozialen Ressourcen aufbaut, das in den *Katchi Abadis* existiert. In den 32 "*Mohallas*" (Nachbarschaften) von Baldia existieren 48 solcher Basisorganisationen und 20 Moschee-Komitees. Nicht alle sind gleichermaßen rührig, aber sie führen Gesundheits-, Bildungs- und Gemeinwohlprojekte durch und zwar in Form von Gemeinschaftsaktionen.

Die Unterschiede, die bei der Organisations- und Führungsstruktur in Siedlungen der unteren Einkommensschichten gefunden werden, können mehreren Faktoren zugeschrieben werden. Neben den grundlegenden Faktoren wie Kultur, politische und administrative Strukturen haben die Herkunft der Siedler, die Geschichte der Siedlung und die Stellung der Siedlung im städtischen Bereich Einfluß. „Stellung bedeutet hier mehr als Standort, denn die Integration einer Siedlung in das politisch-administrative System einer Stadt ist nicht nur eine Funktion der Zentralität, sondern auch der Entstehungszeit und der Kategorie, in welche die Siedler von den anderen Einwohnern der Stadt und den Behörden eingeordnet werden. Die Einwohner von Baldia gehören in etwa der gleichen sozioökonomischen Schicht an, kommen aus ähnlichen Verhältnissen und gruppieren sich entsprechend. Einige *Katchi Abadis* bestehen überwiegend aus Angehörigen jeweils einer kulturellen, linguistischen, ethnischen oder Stammesgruppe. Andere sind zusammengesetzt aus zwei oder mehr Gruppen, die ihrerseits von unterschiedlichen Identitätsmerkmalen dominiert werden. In Baldia zeigt sich auch, daß Nachbarschaften, die traditionellen Strukturen folgen, ihr mitgebrachtes organisatorisches Prinzip auf die städtischen Bedürfnisse hin modifizieren. Eine wichtige Rolle der Gruppen ist, die notwendige Solidarität sich gegen Vertreibung zu wehren, zu schaffen.

Gleichzeitig scheinen fast alle diese Basisorganisationen Druck auf die Behörden auszuüben, um in den Genuß von Wasser, Strom und Bodeneigentum zu kommen. Die Familien neigen dazu, *Mohallas* zu bilden auf der Basis von Verwandtschaft, Ethnie, Heimat oder Zunft, die dann entsprechende Namen bekommen trotz der herrschenden Armut sind die *Katchi Abadis* und *Baldia* insgesamt gekennzeichnet durch erstaunlichen Erfindungsgeist, Zusammengehörigkeitsgefühl und einen Reichtum an kulturellen Traditionen.

Die erste der Siedlerorganisationen bildet sich üblicherweise um eine Moschee in Form des Moschee-Komitees. Dieses besteht aus den älteren Einwohnern, welche Geld für den Bau des Bethauses sammeln, das dann nach und nach entsteht. In der Gründungsphase der Siedlung ist das Komitee auch mit der Wasserversorgung und -zuteilung befaßt. Da Wasser eines der Grundbedürfnisse ist, wird die Moschee zum Zentrum aller Aktivitäten. Die Moschee ist auch der Platz, wo man zusammenkommt und die sozialen Konflikte regelt. Eine weitere grundlegende Rolle spielt die Moschee auch bei der religiösen Erziehung der Kinder.

Die etwa 20 Moscheen Baldias bestehen seit nunmehr fast 20 Jahren. In diesen Jahren wuchs die Einwohnerzahl auf über 200.000 Einwohner. Da es die Möglichkeiten der Moschee-Komitees überstieg, den komplexer werdenden Problemen der Stadtbevölkerung gerecht zu werden (Legalisierung von Grund und Boden, Versorgung mit Wasser und Strom, Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Schutz vor Polizei und Behörden), aktivierten die Siedler ihre tradierten Basisstrukturen oder formten nach Bedarf neue. Diese Organisationen waren es, welche Baugebiete parzellierten und Gassen, Plätze, Wasserreservoirs, Schulen und Gesundheitsposten anlegten, lange bevor sich offizielle Organisationen darum kümmerten. Die Basisorganisationen entwickelten auch ihre eigenen Verfahren, um die internen Konflikte zu regeln. Denn die Bewohner lieben es in der Regel nicht, externe Institutionen, wie Polizei oder Gerichte,



für ihre eigenen Angelegenheiten zu bemühen, zum einen, weil die Siedlung oft nicht legalisiert ist, zum anderen, weil das beträchtliche Kosten verursachen kann.

Das Beispiel der Tanzeem-e-Nau

Eine dieser Basisorganisationen ist die Tanzeem-e-Nau of Camblepur Colony. Mit ihren ca. 300 Familien, die 1956 aus dem Punjab kamen, stellt sie ein Beispiel für die Übersetzung traditioneller Dorfstrukturen in eine registrierte Basisorganisation dar. Ihre Hauptaufgaben sind zum Beispiel Begräbnisse für die Mitglieder, oft einschließlich der Überführung der Leiche in das Heimatdorf, durchzuführen, Regelung von persönlichen Konflikten und der Schutz vor der Polizei in Bagatellfällen und Verhandlung mit den Behörden zwecks Wasser- und Stromversorgung, sowie das Verfechten von Grundstücksinteressen. Die Organisation besitzt ein eigenes Büro, einen Versammlungsraum und ein Gästehaus. Sie erhebt monatliche Mitgliederbeiträge. Ein Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben wird an der Bürotür ausgehängt, ebenso wie Mitteilungen an die Organisation und andere Informationen. Die Tanzeem-e-Nau-Sprecher werden jährlich gewählt.

1985 nahm das BSPP Kontakt mit Tanzeem wegen des Baus von Sickergruben auf. Vom Camblepur-Zweig des BSPP überwacht, grub die Einwohnerschaft 90 Schächte. Bei dieser Gelegenheit brachten die Siedler und ihre Sprecher das Anliegen vor, irgendeine Art von Gesundheitsstation einzurichten, da eine solche in dem gesamten Bereich fehlte. Das BSPP gab diese Anfrage an die Behörden weiter. Nach mehreren Treffen der Führer mit den Behörden wurde festgelegt:

- die Regierung wird das Personal stellen;
- das Hilfspersonal kommt aus der Siedlung und wird von der Regierung bezahlt;

- die Gemeinde stellt der Regierung gegen eine Miete von 1.000 Rs 3 Räume zur Verfügung;
- Tanzeem wird die Verwaltung der Station unterstützen, sowie für Einrichtung und Medikamente sorgen und darüber Rechenschaft führen.

Auf Grund dieser Vereinbarung baute die Gemeinde innerhalb von zwei Wochen drei Räume. Doch der zuständige Beamte kam mit der Mitteilung, daß die Regierung nur einer Miete von 400 Rs zugestimmt hätte.

Dies erregte die Siedler, und die Diskussionen gingen ein Jahr lang hin und her. Tanzeem fürchtete von den Behörden zu sehr abhängig zu werden, da diese einmal angemietete Räume erfahrungsgemäß nicht wieder freigeben.

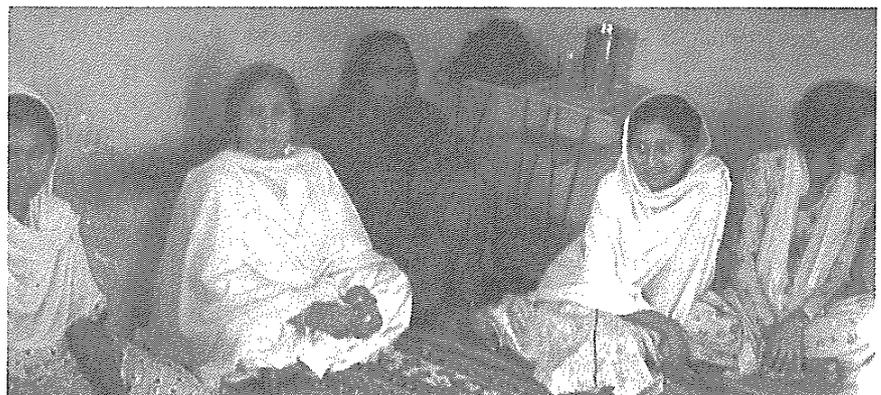
Die Siedler waren auch entmutigt von dem unvermeidlichen Papierkrieg. Das wesentliche Hindernis aber war, daß letztlich die Absichten und Programme der Regierung undurchsichtig blieben. Die Leute wußten nicht, wieweit sie gehen konnten und welche Rechte und Pflichten ihnen das Regierungsprogramm gab. So verging mehr als ein Jahr, bevor die Station eröffnet werden konnte. Seit sie in Betrieb ist, scheinen die Siedler zufrieden, und die Führer beteiligen sich am Familien-Sozialprogramm.

Schlußbemerkungen

Die Existenz derartiger Sozialstrukturen in Slumquartieren ist unbestreitbar. Oft jedoch werden sie von den politisch Verantwortlichen übersehen oder falsch eingeschätzt. Dieses führt zu Engpässen in der Durchführung von Entwicklungs- und Sanierungsprogrammen. Wenn die Basisstrukturen ihre Unterstützung verweigern, verlieren die Programme ihre Wirksamkeit.

Indem ein Planungs- und Entwicklungskonzept die Betroffenen partizipierend einbezieht, führt es bei geringerem finanziellem Aufwand zu besseren Ergebnissen und zu mehr Integration, die insbesondere den Frauen und Kindern zugute kommt. Unsere Darstellung lokaler Initiativgruppen vermuten, daß es ein Bedürfnis für eine wohlgeplante Förderstruktur mit sozialen, technischen und organisatorischen Aspekten gibt. Durch eine solche kann die Gemeinwesenentwicklung unter Einbeziehung der Basisorganisation in einen allgemeinen institutionellen Rahmen gebracht werden.

Gekürzte Fassung des Arbeitspapiers „Grass-root NGOs and their role: Some examples“, welches der Autor auf dem *Habitat Forum Berlin 1987* vorstellte. Übersetzung aus dem Englischen: Hartwig Herrmann.



Jürgen Oestereich

Das Quartier als Siedlungseinheit Kollektive Selbstbestimmung in afrikanischen Großstädten

Das Paradigma eines Kontinuums von Siedlungseinheiten nach Größe - mit dem Dorf an einem Ende der Skala und der Metropole am anderen Ende - blendet das Faktum aus, daß innerhalb der Einheiten selbst diskontinuierliche Strukturen eine wichtige Rolle spielen. Bereits der Entstehungsprozeß von Siedlungen geht quasi in Quantensprüngen vor sich, und diese Sprünge bleiben sowohl im Siedlungsgebiet sichtbar als auch im Sozialsystem wirksam. So gesehen erscheinen alle größeren geographischen oder administrativen Siedlungseinheiten ihrerseits zusammengesetzt aus kleineren sozialen Einheiten. Als „Nachbarschaften“ oder „Quartiere“ bestimmen sie den Alltag der Einwohnerschaft.¹

Ein übervereinfachtes, allzu statisches und normativ überfrachtetes Konzept von „Nachbarschaft“ hat die systematische Beschäftigung mit diesem Phänomen diskreditiert². Wo das Konzept nicht gänzlich vermieden wird, ist eher beiläufig und oft austauschbar von „Nachbarschaften“ oder „Quartieren“ die Rede. Hinzu kommt eine gewisse nicht erkannte oder nicht reflektierte Mehrdeutigkeit, die zur Diskreditierung beigetragen haben mag³. Diese ergibt sich aus den verschiedenen Kontexten, in welchen das Konzept gebraucht wird. Die gebräuchlichsten dieser Kontexte sind

- geographische Orientierung - „Quartier“ als Lagebezeichnung
- Verwaltung und Politik - „Quartier“ als Zuständigkeitsbereich
- soziale Gruppenorganisation - „Quartier“ als sozio-territoriale Einheit
- psychologische Identifikation - „Quartier“ als personales Bezugssystem.

Von diesen unterschiedlichen Erscheinungsformen von „Quartier“ ist das Phänomen der sozio-territorialen Einheit für das Verständnis von menschlichem Siedeln insgesamt einerseits besonders wichtig und andererseits höchst erklärungsbedürftig. Dabei sind einige der damit zusammenhängenden offensichtlichen Fragen, soweit ich sehen kann, bisher kaum untersucht worden. Zumindestens der Stadtplaner, aber auch der Verwaltungsfachmann sollte in Bezug auf derartige sozio-territoriale Einheiten wissen:

- a) wo die Ober- und Untergrenzen nach Einwohnerzahl oder Fläche für diese Einheiten liegen;
- b) welche Rahmenbedingungen diese Ober- und Untergrenzen bzw. das Funktionieren der Nachbarschaft insgesamt beeinflussen;
- c) welche Merkmale des physischen Umfeldes für die Einheiten konstitutiv sind und

- d) welche Wechselwirkungen zwischen physischem Umfeld und Sozialstruktur bestehen, das heißt, ob sich ein Quartier selbst und wenn ja, wie, strukturieren, gestalten und planen kann.

Mit den folgenden Beobachtungen in 5 Quartieren afrikanischer Metropolen - es sind erste Ergebnisse der Testphase eines einschlägigen Forschungsvorhabens mit Prof. Sieverts an der TH Darmstadt - wird versucht, einige vielleicht vorläufige Antworten auf diese Fragen zu geben.

In Dakar wird die Entstehung zweier Quartiere und der unterschiedliche Verlauf ihrer Konsolidierung und Herausbildung von Quartiersidentität beobachtet.

In Lusaka wird die Auswirkung von ungünstigen institutionellen Vorgaben und deren Überwindung, die zur Formierung von Quartieren führt, skizziert.

Im Slumgebiet Mathare Valley in Nairobi lassen die ursprünglichen Quartiersstrukturen noch das Vermögen der Bewohner zur Selbstorganisation erkennen. Die gegenwärtige Verfassung zeigt den Zusammenbruch dieser Siedlungseinheiten, der durch die übermächtigen politisch-administrativen und ökonomischen Verhältnisse bewirkt wurde, sowie zaghafte Versuche zur Neuformierung nach den alten Prinzipien.

1. Dakar

1.1 Gounass, Pikine irrégulier⁴

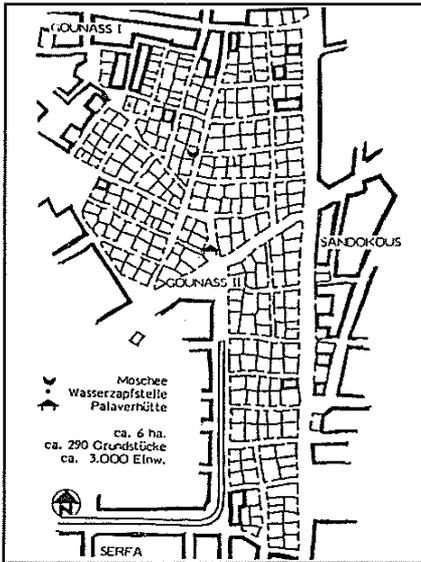
Groß-Dakar, das heißt die Cap Vert genannte Halbinsel, ist in die drei Verwaltungsbezirke Dakar-Ville (700.000 EW), Pikine (300.000 EW) und Rufisque (200.000 EW) aufgeteilt. Pikine, das im wesentlichen als ein Basic Site and Service Scheme entstand, wurde zunächst als ein großes Quartier angesehen. Seit zwei Jahren hat es selbst Stadtrechte. Es wartet allerdings noch darauf, in administrative Quartiere unterteilt zu werden. Immerhin sind diese als Großquartiere bereits mehr oder weniger klar identifizierbar. Es sind dies a) die einstigen offiziellen Minimalkosten Grundstückparzellierungen (*Basic Sites and Service* oder *parcelles assainies*) *Pikine ancien*, *Pikine extension*, *Guediawaye*, b) ursprüngliche Dörfer *Thiaroye* und *Malika* mit ihren Erweiterungen und c) die inoffiziellen Parzellierungen *Pikine irrégulier*, *Thiaroye gare* usw.. Im Rahmen dieser im Entstehen begriffener Verwaltungsbezirke ist „Gounass“ zunächst eher ein geographischer Begriff, welcher die Umgebung einer nach dem islamischen Pilgerort „*Medina Gounass*“ genannten Moschee und damit den Nord-

bereich von *Pikine irrégulier* bezeichnet. In eingegrenzter Bedeutung wird der Name „Gounass“ für einige (untereinander durch zusätzliche Nummern spezifizierte) Wohnquartiere verwendet, die Teil des geographischen Bereiches sind. Von diesen werden wir insbesondere eins genauer betrachten.

Dieses Quartier wurde von Omar gegründet und geplant. Er war in jungen Jahren aus dem Landesinneren gekommen und hatte nach einigen Jahren Tagelöhnerarbeit in Dakar hier draußen von einem der Einheimischen, die über die Bodenrechte verfügten, Land vor allem zum Anbau von Gemüse für den Markt von Dakar gepachtet. Daß das Grundstück im Schutzbereich des nahen Artillerie-Übungsplatzes der französischen Kolonialtruppen lag und deshalb an bestimmten Wochentagen während der trockenen Jahreszeit nicht betreten werden konnte, war unerheblich, da die Bodenbestellung während der Regenzeit stattfand. Er baute sich ein Haus im nahen Dorf Thiaroye.

Um 1952 wurden von der Kolonialregierung einige Kilometer westlich die ersten Grundstücke eines *Basic Site and Service*-Projektes ausgewiesen. Es war für jene Leute bestimmt, deren Hütten in der Innenstadt von Dakar das Bild störten. Die Grundstücke, einige 20 km von den Arbeitsplätzen in der Stadt entfernt, waren zunächst nicht attraktiv. In dem Maße, in dem einige der zwangsumgesiedelten Gruppen dennoch den Standort annahmen und andere Familien Sozialwohnungen für kleine Beamte bezogen, wurde das Gebiet akzeptabler. Um 1960 war die Parzellierung bis an die Grenze zu den Feldern des Dorfes *Thiaroye* durchgeführt, die Besiedlung allerdings noch sehr lückenhaft. Die Nachfrage nach Baugrundstücken begann jetzt sprunghaft zu steigen, denn in einem in der Nähe ausgewiesenen Industriegebiet entstanden die ersten Fabriken und die Artillerie des nunmehr selbständig gewordenen Senegal hatte das Schießen auf dem Übungsplatz eingestellt.

Die dörflichen Grundbesitzer konnten nun erwägen, ihre Ländereien auf eigene Faust in Bauland umzuwandeln und zu verkaufen. Omar wurde zu einem Mittelsmann, der Interessenten an die Besitzer verwies und die Grundstücksaufteilung und die Auswahl der Käufer wesentlich mitbestimmte. 1962 war sein Pachtland - ca. 2 ha - parzelliert. Die ersten Käufer - „Freunde“ von Omar - fingen an, Häuser in einfacher Bauweise zu errichten. Die ersten Käufer waren zumeist Leute aus seiner Heimat, Wolof, wie er. Einer der Freunde, *Toucouleur* aus dem Norden des Senegal, brachte seinerseits Interessen-



Gounass II Lageplan Quelle: S. Mack (1976)

ten, Nachbarn aus seinem Heimatdorf, an Leute, denen er bereits Stellen als Gärtner bei der Stadtverwaltung verschafft hatte. Nicht alle Interessenten konnten sich ein ganzes Grundstück von ca. 300 qm, "concession" genannt, kaufen, man einigte sich, eine Reihe der concessions zu halbieren.

Die Siedler hatten in der Regel ein recht bescheidenes Einkommen. Es reichte aber aus, um nicht nur den Grundstückspreis zu bezahlen (in der Regel in Raten und unter Mobilisierung von Ersparnissen anderer Familienmitglieder), sondern auch, um ihre Familien zu ernähren und die nicht unbeträchtlichen aufzubringen. Laut Omar hat niemand sein Grundstück wieder verkauft, sei es, weil er sich verkalculiert hatte, sei es, weil er eine Gelegenheit zum spekulativen Verkauf sah.

Um 1965 waren mehr als die Hälfte der von Omar parzellierten und vermittelten insgesamt ca. 300 Voll- und Halbgrundstücke verkauft und ein großer Teil davon - auch wenn es Baustellen waren - bereits bewohnt. Die ersten Jahre müssen Jahre des begeisterten Schaffens gewesen sein, in denen sich die Siedler ständig gegenseitig halfen und aushalfen, Transporte für Baumaterial und vor allem für Wasser - die nächsten Zapfsäulen waren ca. 1.000 m entfernt - organisierten usw..

Omar selbst hatte, nachdem sein Gartenland vollständig bebaut war, einige Grundstücke (oder Häuser?) vermietet und sich selbst ein Haus gebaut, in welchem er eine dritte Frau, die er bei Fertigstellung geheiratet hatte, unterbrachte. Bald jedoch trennte er sich von ihr und zog nach Thiaroye zurück. Da es ihm dort jedoch nicht mehr gefiel, er wohl auch „sein“ Quartier im Griff behalten wollte, installierte er sich bald mit ganzer Familie endgültig in Gounass. Zu dieser Zeit hatte sich die Rangordnung des Quartiers mit Omar und einigen Notablen an der Spitze fest etabliert. Sie wurde intern sichtbar in der Höhe der Spenden für den Bau der Moschee des Quartiers, die man nun in Angriff nahm.

Omar und seine Notablen formten eine Ortsgruppe der Mehrheits- (und zeitweiligen Einheits-)partei des Landes. Sie beantragten bei der Administration die Anerkennung des Quartiers unter dem Namen Gounass mit Omar als "chef de quartier". Der in Aussicht genommene Name "Gounass" wurde auch von dem östlich gelegenen, fast gleichzeitig entstandenen Nachbarquartier beansprucht. Man einigte sich auf Gounass 1 und Gounass 2, die dann als Amadou und Omars Gounass bezeichnet wurden.

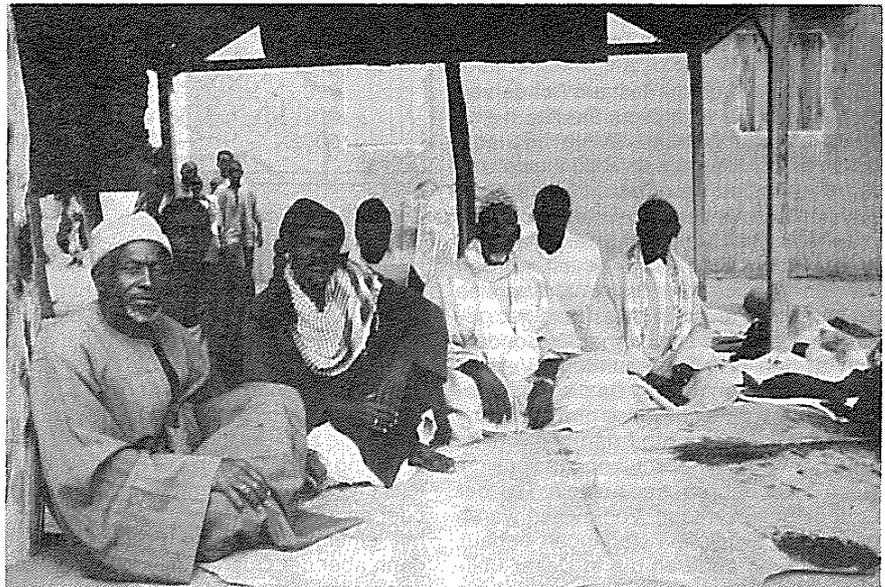
Man errichtete ein Schattendach, unter dem von nun an die Notablen zu finden waren, ihre Gebete verrichteten, an dem Leben ringsherum Anteil nahmen und für Rat und Tat zur Verfügung standen. Omar und sein Kabinett waren als Autorität für die kleinen Probleme des täglichen Lebens anerkannt. 1970, mit dem erfolgreichen Verkauf von über 200 Mitgliedskarten der Partei, akzeptierte diese Omars Ortsgruppe, nach einiger Zeit wurde er von der Verwaltung als "chef de quartier décisionnaire" oder "délégué" bestätigt. Dies war nicht ohne Konflikt abgegangen. Eine oppositionelle Gruppe vor allem jüngerer Leute hatte ihrerseits versucht, eine Ortsgruppe zu etablieren. Sie verfehlten aber die Bedingung, mindestens 150 Mitgliederkarten zu plazieren. So blieb Omars Quartier ungeteilt - zunächst.

Mit seinem Sieg über die Rebellen und dem neuen Status als „délégué“ war ein entsprechender Prestigegewinn verbunden. Außerdem war er von nun an auch Beauftragter des Staates, bezog ein kleines Gehalt in der Größenordnung von 20 US \$ (was für ein bescheidenes Leben ausreichte) und hatte Zugang zu den Behörden. So war es Omar dann möglich, einen Strang der Wasserleitung ins Quartier zu legen und dort eine Sammel-Zapfstelle einzurichten, eine Leistung, die ihrerseits sein Prestige weiter festigte. Sie war darüber hinaus ein Anlaß, zunächst zu solidarischen Anstrengungen wie Geld sammeln, Gemeinschaftsarbeiten und später

zu gemeinschaftlichem Feiern des Erreichten. Alles dies trug zur Festigung des Quartierbewußtseins bei.

Seit die Jahre des Aufbaus vorüber waren und nicht gerade Gemeinschaftsanstrengungen wie bei der Wasserstelle unternommen wurden, bekamen die Unterschiede zwischen den über 300 Familien größere Bedeutung. Neben den Ethnien der Wolof (42%) und Toucouleur (28%) waren andere Ethnien vertreten, die sich alle nun wieder auf bestimmte eigene Sitten und Gebräuche besannen. (Mit welchen Ritualen und Tänzen sollte man jeweils feiern?) Sodann gehörten praktisch alle Familien der einen oder anderen moslemischen Sekte an, was vor allem die Wolof spaltete. (Wer sollte zum Beispiel für die eine Moschee verantwortlich sein?) Es bildeten sich in den Kränzchen der Frauen, vor allem aber in den Straßen und Gassen Nachbarschaftsgruppen, um sich bei der Kinderbeaufsichtigung und sonst im täglichen Leben auszuhelfen. (Mit welchem Recht griffen die Männer in diese Sphäre ein?) Auf leicht formalisierter Ebene (das heißt mit Vorsitzendem und Schatzmeister) bildeten sich religiöse Kränzchen, Gruppen, die sich reihum zu nachmittäglichen Tee oder abendlichem Essen einluden, dazu Sparklubs, Gruppen für Spiel, Sport und Tanz. (Wer sollte die Kasse führen, wer den Kassenswart beaufsichtigen, wer für eventuellen Schaden aufkommen?) Zwar waren viele dieser Gruppierungen nicht an das Quartier gebunden, wurden ihm aber zugerechnet, wenn sie ihren Schwerpunkt dort hatten. Vor allem für die Frauen, die nicht selbst am Rande wohnten, bezeichnete dessen Grenze das Ende der Welt. (Wer durfte sie übertreten?)

Alle diese Fragen des täglichen Lebens und viele der auftauchenden individuellen Konflikte zwischen Nachbarn, Altersgruppen, ja Familienmitgliedern und Ehepartnern waren möglichst von Omar zu regeln. Und je nach seinen Entscheidungen stärkte oder schwächte er die Kohä-



Quartiererrat von Gounass

Foto: J. Oestereich

sion des Quartiers, zog er Aspiranten der Quartiergemeinschaft an oder stieß andere Mitglieder ab. Dabei war die Art und Weise quartiermäßigen Verhaltens selbst nicht völlig eindeutig definiert. Alles in allem waren die Leute mit seinen und „seiner“ Notablen Ratschlägen und Entscheidungen zufrieden. Omars Gounass galt als ein Quartier, wo „man in Frieden leben konnte“.

Mit der Einführung einer neuen Regelung in Bezug auf die Erneuerung von „chefs de quartier“ nach 1982 änderte sich dies. Die alten „délégués“, einmal im Amt, hatten die Frage der Parteimitgliedschaft lässig gehandhabt. Um die Parteibasis für die bevorstehenden Parlamentswahlen zu motivieren, wurde nun die Schwelle der Mitgliederzahl für eine Ortsgruppe - und damit für einen neuen „chef de quartier“ auf 100 gesenkt. Das führte sofort zu einer Halbierung beider Gounass. Als in der Folge auch noch die Bindung des „chef de quartier“ an ein zusammenhängendes Territorium aufgehoben wurde, in der Art, daß sich jeder seine Anhänger sucht, wo er sie findet, teilten sich die Quartiere nochmals. So ist heute zwischen 15 Quartierschefs als Vorsitzende der Ortsgruppen, unterschieden nach Gounass 1 A - D, 2 A - F, 3 A - C und 4 A - C zu wählen.

Omar jedoch und viele Bewohner differenzieren zwischen den beiden alten „chefs de quartier“, die auch noch eine Urkunde als „décisionnaires“ besitzen, und den vielen jungen. Immer noch haben die Alten mehr Autorität. Die Jungen sind zwar ehrgeizig und, da sie im Gegensatz zu den Alten auf keinen Fall Analphabeten sind, vielmehr zum Beispiel Lehrer und mittlere Angestellte, sind sie in aller Regel geschickter in den Papier- und Aktenangelegenheiten, welche für die Bewohner immer mehr Bedeutung bekamen. Auf diesem Feld werden die beiden alten „délégués“ von den jungen herausgefordert und auch kritisiert. Damit ist es letztlich, nach Meinung der Leute, „mit dem Frieden vorbei“.

1.2 Léona, Grand Yoff⁵

Léona ist ein Quartier fast am Rande von Dakar-Ville, ca. 12 km vom Stadtkern entfernt in Richtung Pikine. Es liegt im Stadtteil Grand Yoff, der etwa 80.000 Einwohner hat. Dieses Quartier entstand um 1963 als private Parzellierung verschiedener „propriétaires coutumiers“. In dem Teil, der später den Namen Léona erhielt, wurden vergleichsweise hohe Grundstückspreise angesetzt, da er am Südwestrand des gesamten Quartiers und deshalb besonders nah zu den bereits vorhandenen Versorgungseinrichtungen lag. Da die Parzellierung aber vergleichsweise große Grundstücke von 300 qm und darüber vorsah, ging der Verkauf nur schleppend vor sich. Nach zwei Jahren war nur ein Teil der Grundstücke verkauft. Von diesen waren einige mit stattlichen Gebäuden bebaut, während auf anderen die in Dakar üblichen Baracken standen. Zwar hat sich bis heute die Bebauung verdichtet, das Ne-

beneinander von Fast-Palästen und Hütten ist aber geblieben.

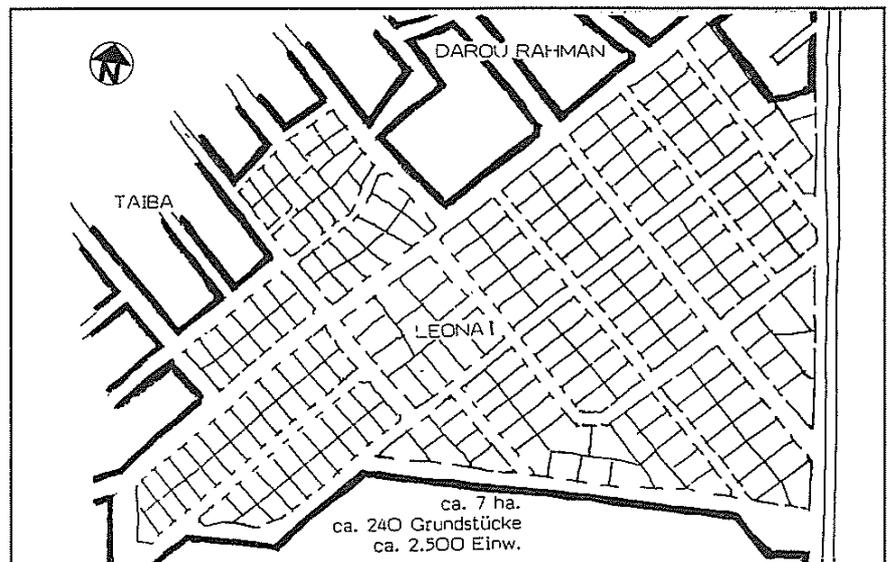
Als „chef de quartier“ wurde Soumaré, als Geschäftsmann einer der wohlhabendsten ersten Einwohner, bestimmt. Dies geschah vor allem, um der Form Genüge zu tun. Um die offiziellen Bedingungen für den „chef de quartier“, vor allem den Verkauf von 150 Parteimitgliedschaften, zu erfüllen, bezahlte Soumaré einen Großteil der Karten aus der eigenen Tasche und berief ein Quartierkomitee von Notablen nach eigenem Gutdünken. Soumaré hatte nie Einfluß auf die Auswahl seiner Nachbarschaft. Er kümmerte sich von sich aus nicht um die persönlichen Angelegenheiten der Einwohner, sondern überließ das, wo es nötig war, seinen Notablen.

Gemeinschaftseinrichtungen waren nicht nötig. Die Angehörigen moslemischer Sekten verteilten sich auf Moscheen in anderen Quartieren. Die Christen fanden ihre Gemeinde ohnehin in weiterer Entfernung. Die Wasserversorgung war durch eine Reihe Hausanschlüsse, von denen aus die übrigen Familien ihr Wasser kaufen konnten, gesichert. Als Versammlungsort des Quartierrates konnte, so selten wie das notwendig wurde, Soumarés eigenes Haus dienen.

Das heterogene Erscheinungsbild des Quartiers drückt nicht nur die großen ökonomischen Unterschiede, sondern auch die Verschiedenheit der Wertmaß-

le das Quartier unter Wasser. Zwar lagen bereits Pläne für Drainagegräben bei der Stadtverwaltung, aber da das Quartier ohne Mitwirkung der Verwaltung entstanden war, fühlte sich diese nun nicht zuständig. In dieser Situation wandte sich Soumaré an den zuständigen Parlamentsabgeordneten, der damals Minister für den öffentlichen Dienst war, mit der Bitte, Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben. Er bot an, das Quartier würde die Hälfte der Kosten aufbringen. Verhandlungen kamen zustande. Es wurde vereinbart, daß die Bewohner außer den Kauf einiger Rohre auch die Erdarbeiten übernehmen würden. Es gelang Soumaré, die Quartierbewohner davon zu überzeugen, diese Beiträge zu leisten. Da sich nur wenige ausgeschlossen, war aus der Sicht der Bewohner mit dieser Gemeinschaftsaktion die Quartieridentität endgültig etabliert. Die Kontakte innerhalb des Quartiers, insbesondere unter den Frauen, häuften sich, ebenso begannen nun die Männer mehr als bisher, Anteil an den Geschäften des Quartiers Léona und des gesamten Stadtteils Grand Yoff zu nehmen.

Die nächste Leistung Soumarés war es, die Eigentumsverhältnisse des Grund und Bodens im Quartier zu regeln, soweit dies überhaupt möglich war. Es ging darum, die verschiedenen, im allgemeinen wenig formalen Kaufverträge mit den Verkäufern noch einmal durchzugehen und in eine



Léona (Lageplan)

Quelle: E. S. Ndioune, (1985)

stäbe aus. Nicht notwendigerweise sind die in den Baracken lebenden Familien arm. Oft sind es Mieter, die nicht an Verbesserung interessiert sind. Doch auch als Eigentümer mögen die Bewohner nicht am Ausbau interessiert sein. Teils führen sie noch ein fast ländliches Leben, indem sie zum Beispiel Kühe zur Milchherzeugung und auf jeden Fall Schafe halten, teils investieren sie in anderen Bereichen oder an anderen Orten.

Mit einem bestimmten Ereignis wurde dann aber der Quartiergeist geweckt, zunächst im Jahre 1970 und schlimmer im Jahre 1972 setzten bedeutende Regenfäl-

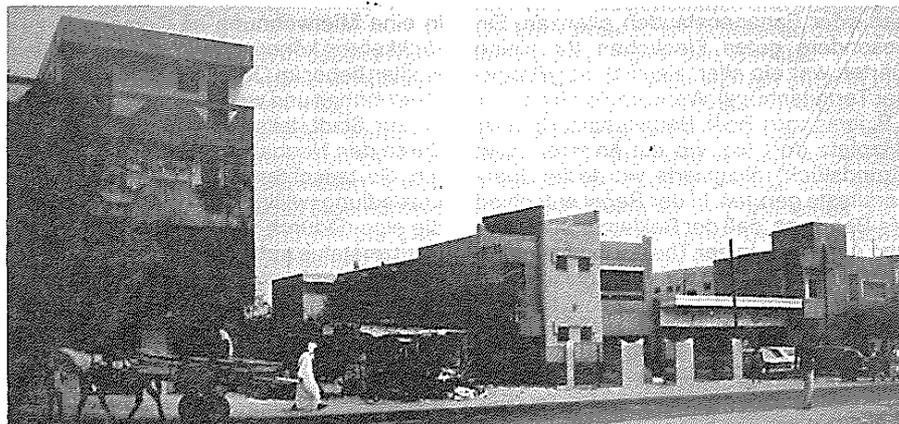
rechtlich gesicherte Form zu bringen. Soumaré beriet dabei die einzelnen Familien, wie er von nun ab ohnehin in vielen Dingen des Hausbaus, in Geldsachen und dergleichen privat um Rat gefragt, und indem er mehr und mehr den einzelnen half, zu einem wirklichen „chef de quartier“ wurde.

Anders als Omar fühlte er sich nicht so sehr für ein Territorium, sondern für einzelne Personen verantwortlich. Deshalb änderte sich mit den neuen Regeln der „chef de quartier“-Wahl weniger für Soumaré als für Omar. Soumarés Quartier, das zunächst mit über 7 ha sehr groß, aber nur

sporadisch besiedelt war, hatte sich durch das Abspalten von „délégués“, denen es gelungen war, mindestens 150 Anhänger zu finden, bis 1980 schon beträchtlich verkleinert. Außer Soumarés Léona 1 gab es bereits vier weitere Teilquartiere. Nunmehr etablierten sich neue Parteikomitees in nächster Nähe, umgekehrt zog er durch die praktische Hilfe, die er die Leute erhoffen ließ, Anhänger aus weiter entfernten Teilen des Quartiers, das als Ganzes immer noch „Léona“ genannt wird, an. Soumarés Prestige stieg außerdem, weil er eine immer wichtigere Rolle im Rat der Quartiersältesten des gesamten Stadtteils Grand Yoff, von dem Léona ein Teil ist, spielte. Er verließ jedoch 1985 Dakar, um sich auf die Pilgerfahrt nach Mekka zu begeben. Von dieser kehrte er nicht zurück. Gerüchte sagen, er sei in Mekka verstorben, in den Augen der Moslems eine große Gnade Gottes. Ohne amtliche Nachricht vom Ableben Soumarés und mangels eines geeigneten Nachfolgers blieb die Frage der Führerschaft in Léona 1 bis zum Zeitpunkt des Abschlusses meiner Studie im Frühjahr 1987 ungeklärt.

1.3 Synthese

Diese Beispiele stehen für viele ähnliche Fälle in Dakar. Sie zeigen, daß der Begriff „Quartier“ in dem engen Sinne als sozio-territoriale Einheit auf eine bestimmte Größenklasse im Hinblick auf Fläche und Einwohnerzahl zielt. In Dakar sind es selten weniger als 200 und kaum mehr als 400 Parzellen. Diese Parzellen werden in der Regel von der Eigentümerfamilie bewohnt, wobei gelegentlich eine weitere Mietpartei, selten mehrere hinzukommen. Bei einer mittleren Parzellengröße von 200 qm beträgt die Bruttofläche eines Quartiers in der Regel 5,5 ha bis 7,5 ha. Gounass und Léona liegen hier im mittleren Bereich.



Léona, Straßenzeile

Foto: J. Oestereich

immer allerdings ist diese Linie trennscharf, es gibt sogar Exklaven und Enklaven. Viele Quartiere haben sich bestimmte Merkmale zugelegt. Hierfür ist Gounass mit Moschee und „Pench“ ein gutes Beispiel. Gelegentlich sind auch erkennbare Eigenarten in der Bebauung zu finden. Für den genauen Beobachter ist der Wechsel von der sehr heterogenen Bauweise von Léona zu den ausgeglicheneren Straßensbildern der angrenzenden Quartiere Taiba und Darou Rahman erkennbar.

Diese verschiedenen Merkmale der Identifizierung wurden im wesentlichen in der Periode der territorialen Verantwortlichkeit der Quartierräte geschaffen. Die Bedeutung dieses Prinzips wird darüber hinaus auch im Falle der Überschwemmung von Léona deutlich, als erst der Kampf dagegen zur Bildung von Quartierbewußtsein führte. In diesem Falle ist das Ergebnis materiell nur faßbar für den, der weiß, wie es früher war. Als Ereignis in der Geschichte des Quartiers aber bleibt es auch überlieferbar. Damit trägt es dazu bei, die Idee „Quartier“ im allgemeinen und ganz konkret zu interpretieren.

aber, als Zambia 1964 unabhängig wurde, Land und Farm verlassen hatte. Von 1966 bis 1973 wuchs die Zahl der Hütten in dem Gebiet und zwar in Form von drei Siedlungskernen, die dann auch die Namen für die erste Unterteilung des Quartiers abgaben: *Chachacha*, *Kathete* und *Chikoloko*. Jeder dieser Siedlungskerne, bestehend aus ca. 100 - 200 Häusern auf 4 - 5 ha, verdichtete sich zunächst, ehe er sich ausbreitete. 1973 wurden dort 800 Hütten mit einer Einwohnerzahl von 40.000 registriert.

Als Siedlergruppe der zweiten Bauwelle um 1986, unmittelbar südwestlich des Kerns von *Chachacha*, entstand *Tizibane* mit zunächst ca. 65 Hütten, die dann bis 1974 um ca. 10 weitere ergänzt wurden. Von Anfang an bildete die Gruppe eine Einheit, ein Dorf und eine Untergruppe der Partei. In der Zeit nach der Haupt-Bauphase, 1969 bis 1977, veränderte sich wenig für *Tizibane*, außer daß das Wasser der ca. 20 Brunnen im Gebiet immer schlechter wurde und die Frauen deshalb dazu übergehen mußten, Trinkwasser von den ca. 1 km entfernt liegenden Wasserstellen eines benachbarten Wohngebietes zu holen und dazu auch noch lange anzustehen. 1973 wurden dann in *George Compound* einige öffentliche Zapfstellen eingerichtet, was den Weg verkürzte.

Das Quartier war nach Westen, Norden und Osten durch Wege und etwas größeren Abstand zu den anderen Häusern auch für einen Außenstehenden zu erkennen, nach Süden war die Grenze deutlich. Hier gab es sich überschneidende Einflußzonen, wie an der Stellung der Häuser zu erkennen ist. Ob sich alle Bewohner des Quartiers mit ihm identifizierten und zum Beispiel von jenseits der Grenzen niemand hinzukam, ist nicht bekannt. Ebensovienig ist die Zahl der Mieter noch die ethnische Zusammensetzung und Zugehörigkeit zu religiösen Vereinigungen und sonstigen Vereinen bekannt.⁷

Abgesehen von den Problemen mit dem Wasser und, damit verbunden, der Gesundheit, galt *Tizibane* als gutes Quartier. Die Häuser waren einfach, die Hüttenbesitzer zahlten keine Abgaben, die Mieter nur maßvolle Mieten. Wer wollte, konnte sich auf den ungenutzten Flächen zwi-

	Gounass (1975)	Léona (1972)
Fläche (ha)	6,0	7,0
Parzellen	290	240
Haushalte	320	310
Eigentümer	240	200
Einwohner	2.500	2.000

Die meisten Quartiere Dakars entstanden innerhalb dieser Ober- und Untergrenzen. Das wurde vermutlich gefördert durch traditionelle Regeln, die eine enge Verknüpfung von Einwohnerschaft und Territorium bewirken. Seit einigen Jahren ist diese Verknüpfung aufgehoben. Aus politischen Gründen werden kleinere personenbezogene Gruppen eingerichtet, aber im Bewußtsein der Bewohner sind die alten Quartiere immer noch existent. Hierzu trägt zweifellos bei, daß diese Quartiere sich im Verlaufe ihrer Entstehung mehr oder weniger deutlich Grenzen gegeben haben. In vielen Fällen, wie auch in Gounass und Léona, werden die Grenzen durch Straßen gebildet. Nicht

2. Lusaka

2.1 Tizibana, George Compound, Lusaka⁶

Tizibana war eine Siedlungseinheit (und ist inzwischen vielleicht wieder eine solche) im Stadtteil *George Compound*, einer der „periurban areas“, das heißt, der durch Sanierung aufgewerteten Squattergebiete Lusakas. Es liegt etwa 5 km nordwestlich des *Central Business District* und der *Light Industries Area* und nur 1 km von der *Heavy Industries Area* entfernt. *George Compound*, das hält der Name bereits fest, war ursprünglich ein Hüttdorf von Landarbeitern des Farmers *George*, der

schen den Häusern Gemüsebeete anlegen oder Bananenstauden pflanzen. Ein besonders gutes Fleckchen für kleine Gärten war ein alter, ziemlich abgetragener Termitenhügel. Wenn es Konflikte gab, z.B. jemandes Beet, Bananenstaude oder Sitzplatz dort lag, wo ein anderer „sein Grundstück“ reklamierte, wurde der Quartierälteste gerufen. In der Regel entschied Mr. Banda so, daß der Reklamierende seinen Anspruch in der Theorie bestätigt bekam, in der Praxis aber die tatsächliche Nutzung beibehalten wurde. Bei solchen Gelegenheiten wurde eine kleine Versammlung der „elders“, die identisch mit dem lokalen Parteikomitee war, einberufen, unter einem Schattenbaum in der Nähe des Termitenhügels, wo auch Spielbretter des Insolo-Spiels in den Boden gekratzt waren, das die Männer lange und mit Leidenschaft zu spielen pflegten.

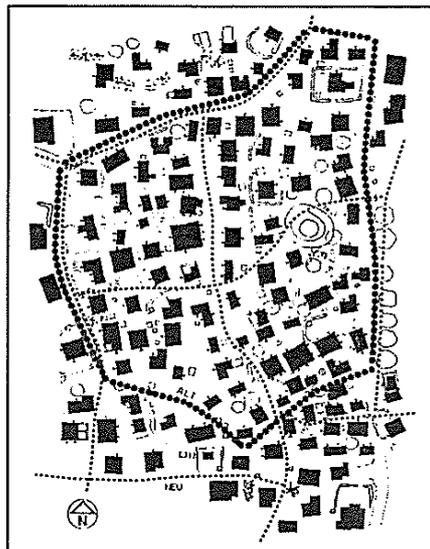
Um 1977 schlugen die Veränderungen, die das Sanierungsprojekt in George Compound mit sich brachte, auf Tizibana durch. Mit dem Ausbau der Wohnsammelstraßen und dem Verlegen des Wasserleitungsnetzes (Gemeinschaftszapfstellen für je 25 Häuser) waren soziale und administrative Umordnungen verbunden. Schon 1973 waren durch Neueinteilung aus den drei branches zwölf geworden, zwei davon auf dem westlichen Reserveland („overspill area“) für Umsiedler aus dem alten Compound, das heißt: jenen, die Infrastruktureinrichtungen aller Art weichen mußten („essential resettlers“) und jenen, die aus Komplexen mit als zu hoch eingeschätzter Wohndichte herausgenommen werden sollten („dedensification resettlers“).

Mr. Banda in seiner Funktion als Vorsitzender des Quartier-Parteikomitees hatte an der Entscheidungsfindung, wo die Straßen verlaufen und die Wasserstellen eingerichtet werden sollten, mitgewirkt. Das Quartier wurde nicht direkt von einer der neuen Straßen berührt. Drei Wasserstellen sollten direkt im Quartier und zwei weitere nicht weit jenseits seiner Grenze angelegt werden. Eines Tages kam die zuständige Arbeitsgruppe des Sanierungsprojektes ins Quartier, um die Details vor Ort festzulegen. Dabei stellte sich heraus, daß die Leute nur sehr vage informiert waren, sei es, daß sie bei den Versammlungen des Quartiers vorher nicht aufgepaßt hatten, sei es, daß Mr. Banda sein Wissen nicht vollständig weitergegeben hatte (vorausgesetzt, er hatte wirklich verstanden, um was es ging). Die Position der Gemeinschafts-Zapfstellen und die Frage, welches Haus aus Gründen der dedensification abgerissen werden sollte, wurde einige Wochen lang diskutiert, dann hatten sich die Fachleute weitgehend durchgesetzt.

Zwei Familien nahmen das Angebot für ein Grundstück im „overspill“ und einen Materialkredit auf ein in Eigenarbeit zu bauendes Kernhaus an. Eine dieser Familien hatte bisher zur Miete gewohnt und kam auf diese Weise zu garantiertem Wohnrecht (Eigentum an Grund und Boden ist in Zambia ausgeschlossen). Dieses ließe sich, so spekulierte man, notfalls un-

ter der Hand versilbern, worauf man dann in eine Mietwohnung im Compound zurückkehren könnte. Zwei weitere Familien wollten lieber im Quartier bleiben, teils aus Gewohnheit und wegen der größeren Nähe zur Stadt, teils weil sie die Belastung durch den Neubau im „overspill“ fürchteten. So tauschten sie mit zwei anderen, umsiedlungswilligen Familien, wodurch die eine dadurch vom Mieter- zum Hausbesitzerstatus aufstieg.

Als die Zapfstellen eingerichtet waren, wurde das gesamte Gebiet neu aufgeteilt, indem immer 25 Häuser eine neue section oder Parteigruppe der Basis bildeten. Die alte Sektion Tizibana war damit aufgelöst. Nach einigen Jahren, um 1982, hatte sich herausgestellt, daß die neuen sections nicht so gut funktionierten wie die alten.



Tzibane, Sections alt und neu

Quelle: eigene Erhebung

2.2 Kalingalinga, Lusaka?

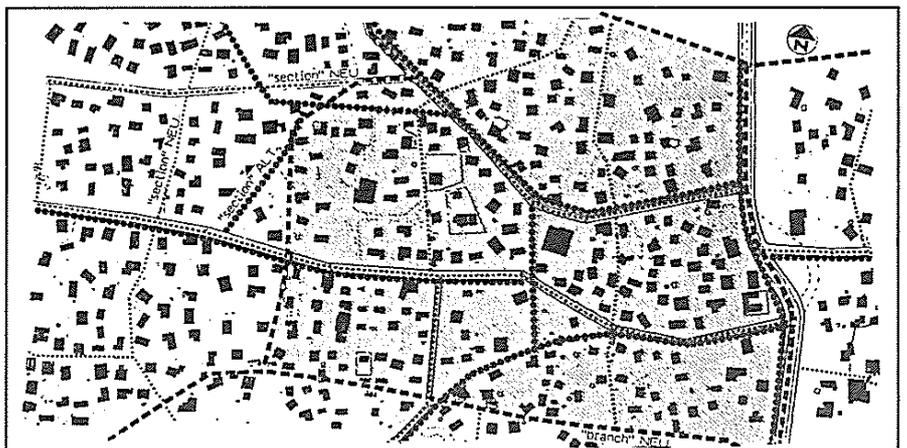
Kalingalinga ist ein Squatterquartier ca. 3 km östlich des Stadtzentrums von Lusaka und der Bezirk eines Stadtverordneten. Ähnlich wie George Compound, aber sehr viel früher, um 1945, entstand es auf dem Gebiet der aufgegebenen Farm eines indischen Händlers. Er zog nun den Profit

Mr. Banda war nun Vorstand der „section“ George 34. Er hatte als „leader“ einer kleineren Gruppe an Autorität eingebüßt, aber die anderen neuen „sectionheads“ hatten noch weniger Autorität gewonnen. Es gelang ihnen nicht, ihre Nachbarn zur Zahlung der nunmehr fälligen Beiträge zu bewegen. Deshalb stellten auch die Bewohner der section 34 die Zahlung ein. Im übrigen war ihr Zapfhahn zerstört worden und gab ebensowenig Wasser wie einige andere Zapfhähne, die entweder ebenfalls reparaturbedürftig oder abgedreht waren, weil die Sektionen ihre Anliegerbeiträge nicht bezahlt hatten. Die Frauen begannen wieder, Wasser von weiter entfernten, noch funktionierenden Wasserstellen zu holen. Auch wiesen die neuen Wohnsammelstraßen bereits wieder große Schlaglöcher auf. Darüber hinaus waren weder alle versprochenen Schulen gebaut noch die neue Gesundheitsstation in Betrieb genommen worden. Folglich argumentierten die Leute des Compounds und ihre Repräsentanten der Partei mit der Stadtverwaltung, daß sie keinen Grund sähen, Anliegerbeiträge zu zahlen, da sie nicht in den vollen Genuß der versprochenen Dienstleistungen kämen.

In dem Sozialverhalten kehren die Leute - zumindestens in diesem Bereich des Compounds - mehr oder weniger zu den alten Gruppierungen zurück. Mr. Banda und die „leaders“ der benachbarten „sections“ treffen sich wieder unter dem Baum am Termitenhügel, nehmen die alten Spiele auf und beraten über die kleinen Konflikte des täglichen Lebens. Die wichtigeren Konflikte werden jetzt vor das Gremium der „branches“ gebracht. Da dieses aber mit der Männerrunde um den Termitenhügel fast identisch ist, hat sich de facto die alte Siedlungseinheit Tizibana mehr oder weniger rekonstituiert.

aus den Miet- und Pachtgebühren. Bis zur Unabhängigkeit hatte die Siedlung ca. 300 Hütten mit höchstens 2.000 Einwohnern. Sie war damals eines der bedeutendsten Squatterquartiere Lusakas.

Nach der Unabhängigkeit, als die Regierung die Besitzer nicht mehr dabei unterstützte, die Mieten einzusammeln, wuchs die Einwohnerzahl Kalingalingas schnell



Kalingalinga, Alte und neue sozio-territoriale Einheiten

Quelle: eigene Erhebung

auf 5.000 Einwohner. Dabei dehnte sich der Siedlungskörper jedoch nicht über die gesamte Farm aus, sondern blieb auf das Gebiet der existierenden Brunnen, ein Areal von ca. 10 - 15 ha, beschränkt. In den folgenden Jahren sank der Grundwasserspiegel, wegen der nahen Latrinen verschmutzten die vorhandenen Brunnen, Krankenstationen und Schulen waren weit entfernt und überfüllt. Das Wachstum kam zum Stillstand.

Ein neuer Wachstumsschub ereignete sich dann nach 1973, als zum einen etwa 20 Wasserzapfstellen installiert wurden und zum anderen einige Familien dem upgrading in anderen Stadtteilen auswichen, indem sie ihre Bauplätze dort verkauften und sich ohne große Kosten in traditioneller Weise Lehm- und Strohhütten in Kalingalinga errichteten.

Wenn bis etwa 1968 das gesamte Viertel eine Siedlungseinheit unter einem Quartierältesten gewesen war, so verlor es jetzt seine Übersichtlichkeit. 1979 hatte es nahezu 13.000 Einwohner, die in 18 "sections" aufgeteilt waren. Die Einheiten waren unterschiedlich groß, im Durchschnitt aber etwa 6,5 ha mit ca. 60 Häusern, das heißt 90 Familien und 500 Einwohnern. Diese sections bildeten die Basiseinheit für die Probleme des täglichen Lebens.

Das im Stadtteil Kalingalinga durchgeführte Sanierungsprojekt ging ähnlich wie seine Vorläufer, zum Beispiel *George Compound*, von einer Basiseinheit von 25 Häusern aus. Anders aber als jenes Projekt wurde hier Wert auf klare territoriale Zuordnungen gelegt. Nach der Neuordnung war das gesamte Stadtviertel unterteilt in sieben "branches" mit 9 bis 12 ha Grundfläche und ca. 2.000 - 2.500 Einwohnern, die ihrerseits aus ca. zehn knapp 1 ha großen "sections" mit 25 - 30 Häusern und etwa 200 bis 250 Einwohnern bestanden.

Heute erweisen sich ähnlich wie in *George Compound* die sections als ungeeignet für die Regulierung des täglichen Lebens. Der Vorsitzende einer solchen Nachbarschaft ist als ein Familienvorstand von etwa 30 Haushalten aus seiner Einheit nicht genügend herausgehoben, um die nötige Autorität zur Führung zu haben. So bekommen, für die Planer unerwartet, auch hier die "branches" besonderes Gewicht als Siedlungseinheiten.⁸

Sie übernehmen nicht nur die Aufsicht über die "sections" und üben sozialen Druck aus, wenn diese ihren Aufgaben wie in-Ordnung-Halten des Gemeinschaftswasserhahns und Säubern des Wassergrabens nicht nachkommen. Sie regeln die Konflikte, die auf der Ebene der "sections" nicht geregelt werden können. Sie sorgen dafür, daß, was immer sich an Sondereinrichtungen auf ihrem Territorium befindet (Markt, Bar, Laden, Spielplatz usw.) in guter Ordnung betrieben wird. Sie bauen sich auch so bald wie möglich einen Versammlungsraum. Damit geben sie sich, nachdem ihre Grenzen entlang der größeren Straßen und Wege ohnehin gut kenntlich sind, ebenfalls eine Mitte als zusätzliches Identifikationsmerkmal.

2.3 Synthese

Diese Beispiele, die auch in Lusaka keine Einzelfälle sind, haben manche Ähnlichkeit mit denen in Dakar vor 1980.

Die Größe der "branches" oder "quartiers" liegt in der Größenordnung von ca. 7 ha mit ungefähr 200 Hauseinheiten. Diese werden größtenteils von den Eigentümern bewohnt, gelegentlich sind ein bis zwei Räume vermietet. Der Unterschied zu Dakar liegt sowohl in der Bauweise (die Häuser sind kleiner, sie stehen mitten auf dem Grundstück, das seinerseits oft nicht eindeutig begrenzt ist), als auch als Folge davon in der geringeren Familienzahl, was bei gleichzeitig kleineren Familien zu weniger einwohnerstarken Einheiten bei geringerer Wohndichte führt.

	Tizibana (1982) ungefähre Schätzung	Branch in Kalingalinga Durchschnitt (1985)
Fläche (ha)	5,0	10,0
Häuser	170	250
Haushalte	200	300
Eigentümer	160	250
Einwohner	1.300	2.000

Die institutionelle Entwicklung verlief in Lusaka entgegengesetzt zu der in Dakar. Hier hatte die Partei zu kleine und zunächst auch territorial undefinierte Einheiten vorgeschrieben. Zufällig war als nächste Stufe in der hierarchischen Struktur eine für die Aufgaben des Quartiers angemessene Größenklasse präjudiziert. Nachdem die Einheiten durch die Anforderungen des täglichen Lebens ein zunächst nicht vorhergesehenes Gewicht erhalten hatten, werden ihre Funktionen

zunehmend wahrgenommen und ausgebaut. Die Einwohnerschaft arbeitet an der Profilierung ihrer kollektiven Identität.

Ähnlich wie in Dakar werden auch in Lusaka deutlich erkennbare Grenzen der Quartiere angestrebt, vorzugsweise entlang von Straßen und Wegen. Außerdem tendieren die Quartiere dazu, sich einen Identifikationspunkt in Form eines Versammlungsortes (unter Dach in Kalingalinga oder offen in Tizibana) zu geben.

Schließlich ist ihnen bewußt, daß besondere Einrichtungen auf ihrem Territorium die Möglichkeit für zusätzliche Identifikationsmerkmale geben.

Sie versuchen deshalb, Einfluß auf ihre Gestaltung und eventuell auch auf ihren Betrieb zu nehmen.

Aus der Beobachtung derartiger Tendenzen zum Beispiel in Kalingalinga ergibt sich die Vermutung, daß die Übernahme von kollektiver Verantwortlichkeit durch Zuerkennung von territorial begrenzter Verfügungsgewalt den a priori vorhandenen Fähigkeiten zur Selbstorganisation ein Feld gibt derart, daß das Kollektiv durch Übung seine Fähigkeiten noch vergrößern kann.

Mathare Valley, Nairobi⁹

Mathare Valley wird ein 4 km langer und zwischen 200 und 400 m breiter Streifen zum Teil steil abfallenden Geländes entlang des Giathuru und Mathare River in Nairobi, Kenya genannt. Er liegt im Anschluß an die mittelständischen Wohngebiete Eastleigh und Pangani nur etwa 5 km vom Stadtzentrum entfernt. Auf der südlichen Schulter des Tals verläuft die Juja Road (eine Ausfallstraße in die Machakos-Region) derart, daß die Sicht in das Tal weitgehend verwehrt ist. Aus diesem Grunde fühlte sich die Stadtverwaltung nicht in dem Maße wie andernorts veranlaßt, ihre Intoleranz gegen Squatter konsequent durchzusetzen.

Das mehr oder weniger periodische Niederwalzen und Anzünden anderer Squattergebiete, wie zum Beispiel *Kaburini*, im-

mer wieder und besonders 1962, 1965, 1969 hat zu Ansiedlungswellen in *Mathare Valley* geführt. Die Besiedlung fand aber nicht breit verteilt statt, sondern konzentrierte sich jeweils auf einige der 9 Siedlungskerne mit zum Teil beträchtlichen freien und ungenutzten Flächen dazwischen.

Trotz solcher, physisch und historisch, aber auch sozio-ökonomisch und ethnisch etwa gleicher Voraussetzungen entstanden auch in ihrer physischen Erscheinung unterschiedliche Quartiere. Im Westen *Village I* und *Village II* und im Osten *Thay V* (das später in *Maberaini* umbenannt wurde) waren kompakt und entlang der Höhenlinien geordnet angelegt, die übrigen der neun Siedlungseinheiten waren eher zufällige Ansammlungen von Hütten. Als Mittelpunkt fungierte in der Regel eine „social hall“. *Village III*

Villages	Mathare Valley								Zustand 1969	
	I	II	III	IVa	IVb	X	Ngei II	Ngei I	Maber.	Summe
Siedlungsfläche (ha)*	5,2	6,6	9,2	2,3	9,1	1,6	4,6	2,07	3,8	45,2
Hütten (Anzahl)*	279	314	320	52	123	73	78	85	147	1.481
Haushalte (Anzahl)**	990	1.170	1.065	170	170	145	100	130	190	4.240
Eigentümer (Haushalte)**	90	100	100	40	100	65	70	75	140	780
Einwohner	4.300	4.900	4.700	800	1.000	800	600	800	1.600	19.500

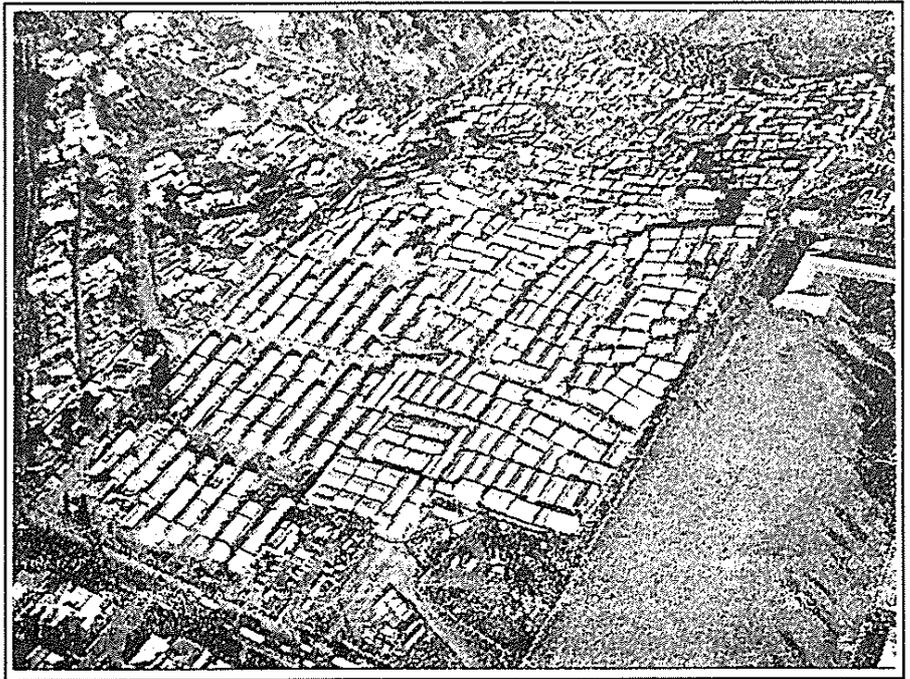
* Quelle Etherton ** Schätzung NCCK

setzte sich seinerseits aus mehreren Kernen zusammen. Die Verschiedenheit läßt sich nur erklären aus den unterschiedlichen Auflagen, die die jeweils zuständigen Quartierältesten (*"local chiefs"*) den Siedlern machten.

Zur Zeit der ersten Untersuchung von Mathare Valley hatte in den *Villages I, II und III* schon eine Verdichtung der Bebauung und eine intensive Vermietung von Wohnraum eingesetzt. Die ursprüngliche Siedlergruppe von jeweils ca. 100 Familien in jedem der Siedlungskerne wohnte weiterhin dort. Im Schnitt hatte nun jeder Eigentümer zwei weitere Häuser neben sein altes gesetzt, um es, wie auch eventuell Teile des selbstbewohnten, zu vermieten. Bereits zu dieser Zeit kamen deshalb in den dichtbesiedelten Quartieren etwa 9 Mieterhaushalte auf einen Eigentümerhaushalt. In den bisher von dem Einwandererdruck unberührten Quartieren dagegen waren fast alle Einwohner auch Eigentümer ihrer Hütten. Dies zeigt die Tabelle auf nachfolgender Seite.

Abgesehen von der hohen Bevölkerungszahl, in Form der Mieter vor allem - für die ursprünglichen Siedler zunächst eine willkommene Quelle für Einkommen - unterschieden sich vor allem *Village I - III* durch das Vorhandensein von Gemeinschafts-Wasser-, Wasch- und Toilettenanlagen und durch „social halls“ von den übrigen. Diese verdankten sie ihren dynamischen *"local chiefs"*, die den Bau teils in Selbsthilfeaktionen organisiert hatten, teils die Stadtverwaltung dazu gebracht hatten, sie einzurichten.

Unter dem administrativen Druck, die Verfügungsrechte über Boden und Gebäude den sonst in Nairobi herrschenden, aus Europa importierten Prinzipien anzupassen - die besiedelten Grundstücke in Mathare Valley gehörten bis dahin zwar formal einigen indischen Geschäftsleuten aus Nairobi, diese setzten ihre Rechte aber nicht durch, so daß sich eine Art de facto Wohnrecht für die Erstsiedler eingezeichnet hatte - erfanden einige Leute in Mathare Valley das Institut der *"companies"*. Diese waren nichts anderes als Grundstücksverwaltungsgesellschaften: Eine mehr oder weniger große Zahl von Individuen fand sich zusammen, um dem einen oder anderen Inder eines der Grundstücke abzukaufen und dann, nach Eintragung in das Grundbuch, untereinander aufzuteilen. Die Käufergemeinschaften setzten sich in der Regel aus Einwohnern von Mathare Valley zusammen. Zunächst versuchten diese, in den Besitz unbebauter Grundstücke zu kommen, später kauften sie auch solche, auf denen die Vorbesitzer Squatter geduldet hatten. Gelegentlich hatten sie sich vordringlich organisiert, um ihre eigenen Wohngrundstücke zu erwerben. Insbesondere das östliche Quartier, Maberaini, fand sich geschlossen zusammen, um, beraten vom NCKK (einer kirchlichen Gemeinweseneseinrichtung), das Land unter ihren Hütten zu kaufen. Als dies gelungen war, einigten sich die Einwohner auf einen Neuordnungsplan, nach welchem das Quartier nach und nach umgebaut und verdichtet wurde



Luftbild von Village I um 1975

Quelle: Etherton (1976)

und zwar so, daß im Schnitt auf jede Eigentümerfamilie vier Mieterfamilien entfallen konnten.

Zum Zeitpunkt einer zweiten Untersuchung des gesamten Stadtteils, 1973, hatten 21 *"companies"* einen Großteil des zugänglichen Grund und Bodens gekauft, aber nur jene, die gut organisiert waren und wenig Probleme mit ihrem Land (zum Beispiel keine Squattersiedlungen) hatten, hatten mit der Verwertung begonnen. Sie bauten einfache, eingeschossige Häuser, die im Grunde nichts anderes als eine Aneinanderreihung von zu vermietenden Zimmern waren. Alle Sanitäreinrichtungen waren außerhalb in Gemeinschaftsanlagen konzentriert.

Der Übersichtsplan von Mathare Valley aus dieser Zeit zeigt, daß in den vier Jahren nicht etwa die bisher lockeren Siedlungskerne aufgeholt hatten, sondern im Gegenteil die „großen“ *Villages I - III* erweitert worden waren. Insbesondere das zum Stadtzentrum hin gelegene Village I war nunmehr vollständig überbaut. Bei einer Einwohnerzahl von über 17.000 betrug die Bruttowohndichte 1.300 EW / ha. Die neuen Eigentümer erhoben auch Anspruch auf das alte Squattergebiet, in welchem die ca. 90 „Ureinwohnerfamilien“ unter Führung des alten *"local chief"* zweifelt um ihre Rechte kämpften. Auf die gleiche Konfrontation, allerdings mit mehreren Parteien, *"companies"* sowohl wie alten Squattergruppen, bewegte sich die Entwicklung in *"Village III"* hin. Nach und nach, mit der Ausbreitung der Mieterkomplexe der „companies“, bildete sich überall das gleiche Muster aus: Die alten „local chiefs“ vertraten vor allem die „Ursquatter“, die Mieter gruppierten sich in Nachbarschaften zu 100 - 200 Hütten um neue *"chiefs"*, und beide Gruppen stritten, allerdings getrennt, mit den Landbesitzern. Diese *"Landlords"* und Teilhaber der *"companies"* blieben größtenteils in Ma-

thare Valley wohnen, nicht zuletzt, um monatlich oder wöchentlich persönlich die Miete zu kassieren.

In Village II bildete der *"local chief"* selbst eine kleine *"company"* und teilte andere kleine Flächen den *"companies"* von Freunden zu. Seine eigene *"company"* verfolgte eine sozialere Politik als die meisten anderen: Es ließ die „Ursquatter“ kostenlos wohnen, ließ deren Mieteinnahmen nahezu unberührt und erhob selbst relativ niedrige Mieten. Dies alles kam jedoch letztlich seinem Ansehen zugute. Langfristig war dies klüger als eine Politik des schnellen Profits, wurde er doch auf diese Weise *"chief"* über ein bedeutendes Quartier von 13.000 bis 15.000 Einwohnern und als solcher am Ende anerkannter Führer des gesamten Stadtviertels.

Bis 1970, so scheint es, hatten die Einwohner der verschiedenen Siedlungseinheiten von Mathare Valley ihre Entwicklung noch weitgehend unter Kontrolle. Darauf weist die Aufteilung in die bereits aus den anderen Beispielen Dakar und Lusaka bekannten Hausgruppen von 100 bis 200 auf einem Territorium von 5 - 10 ha hin. In Mathare Valley waren damals aber die 3 westlichen *"villages"* durch die hohe Zahl der Mieter im Vergleich mit den östlichen bereits überbevölkert. Immerhin gab es noch klare Gesetze, Mittelpunkte und gewisse soziale Einrichtungen, die jedem der Quartiere über die Form der Ansiedlung hinaus eine bestimmte Identität gaben.

Der weiter anhaltende Bevölkerungsdruck zerstörte dann in der Folge das Prinzip der Kontrolle der Wohnumwelt durch die Eigentümer. Über Massen-Mietwohnungen, wie sie von den *"companies"* gebaut wurden, wurde die Einwohnerzahl weiter erhöht. Dies zerstörte die alten Einheiten der Selbstorganisation. Dafür sind anscheinend im wesentlichen drei Gründe maßgebend:

1. Eine Einwohnerzahl von 17.000 bis 20.000 ist in der Regel mit den traditionellen Regeln personeller Verantwortung nicht mehr kontrollierbar.
2. Mieter haben nicht die langfristige Zeitperspektive von Eigentümern.
3. Da in den Siedlungseinheiten Kleingewerbetreibende und Mieter nebeneinander wohnen, ergeben sich entsprechende Konfliktsituationen.

Trotz dieser besonderen Situation ist zu bemerken, daß bestimmte physische Eigenschaften der Quartiere gepflegt werden. So werden, wo immer möglich, Grenzen und Unterteilungen betont und nicht verwischt. Besondere Einrichtungen wie Schulen, Krankenstationen, aber auch Läden und Wasserstellen werden zur Orientierung aus dem übrigen Kontext herausgehoben.

Mit wachsender Wohndauer tendieren selbst Mieter, vor allem in der zweiten Generation, dazu, sich mit der Umwelt zu identifizieren. Sie bilden von sich aus Nachbarschaften als kleine Territorialeinheiten, ordnen sich einem Kollektiv ein. Das ist ein Zeichen dafür, daß sich ihre Zeitperspektive in die Zukunft dehnt. Im Augenblick findet diese Tendenz ihren Ausdruck unter anderem auch in dem Ehrenkodex der Banden verwaelter Jugendlicher, der besagt, daß Kriminalität unter anderem überall erlaubt ist, nur nicht im eigenen Quartier.

Einige Schlußfolgerungen

Die verschiedenen hier vorgestellten Quartiere in West-, Ost- und Südafrika zeigen eine Reihe von Gemeinsamkeiten untereinander, aber auch mit vielen anderen städtischen Quartieren in vielen Erdteilen¹⁰.

Es sind durchgehend Nachbarschaften, deren Entstehungsprozeß, da sie noch relativ jung sind, nachvollziehbar ist. Am Anfang stand jeweils eine Siedlergruppe von etwa 100 bis 200 Familien, die sich nach einem mehr oder weniger tradierten und bewährten Schema von Hausabstand, Parzellengröße, -form und -anordnung, also einem vorgegebenen Siedlungsmuster, auf einem Stück Land verteilten und es so nicht nur individuell sondern auch gemeinschaftlich in Besitz nahmen. Gleichzeitig damit verwirklichte die Gruppe eine tradierte Struktur der Regelung des täglichen Zusammenlebens bis hin zur Gestaltung der Wohnumwelt.

Die Schlüsselinstanz dieser Struktur ist ein örtlicher Führer, der von einem Ältestenrat assistiert wird. Er ist nicht nur Berater bei Problemen, Schlichter bei Streitigkeiten, ihm kommt auch die Oberaufsicht über die Gestaltung der Siedlungseinheit zu. Oft hat er von Anfang an persönlich über die Anordnung der einzelnen Häuser entschieden.

Er ist bei Kontakten der Siedlungseinheit mit der Außenwelt ihr Sprecher. Insbesondere muß er mit den Behörden über Anlage und Betrieb von Infrastrukturanlagen verhandeln. Nach innen kann er die Mitglieder der Gruppen zu Leistungen der

gemeinschaftlichen Selbsthilfe verpflichten, wobei er sich bei der Durchsetzung auf die Sozialkontrolle verlassen kann. Alle diese Funktionen zeigen, daß es innerhalb einer derartigen sozioterritorientierten Einheit nicht konfliktlos zugeht, sondern daß es Mechanismen für die Regelung von Konflikten gibt.

Die Größen der Gruppe und auch des Territoriums sind Veränderungen unterworfen. Wenn die Mitgliederzahl über eine gewisse (noch nicht bestimmbare) Grenze steigt (zum Beispiel durch Veränderung der Familienstruktur, durch Zuzug von Mietern oder durch Einfügen oder Anlegen von weiteren Eigentümereinheiten), versagen die Mechanismen der Selbstorganisation. Es entsteht eine Tendenz zur geographischen Unterteilung.

Die Unterteilung kann auch politisch-administrativ erzwungen werden. Dies ist der Ausdruck eines politischen Klimas, in welchem lokale Selbstorganisation und Selbstverwaltung keinen hohen Stellenwert haben - aus welchen Gründen auch immer.

Jene Siedlungseinheiten, die sich für eine bestimmte Periode ihres Bestehens bewährt haben, manifestieren dies in physischen Merkmalen, die als Zeichen der Identität erkennbar bleiben: Eigenarten der Gebäude, Grenzen, Gemeinschaftseinrichtungen. Auch bleiben besondere Ereignisse der Quartiergeschichte, insbesondere Gemeinschaftsaktionen zur Abwendung von Gefahren, im Gedächtnis der Einwohner verhaftet. Dies alles stellt ein Potential zur Reaktivierung des Quartierbewußtseins dar, aus dem heraus wiederum neue Anstrengungen, auch zur Gestaltung der gemeinsamen Wohnumwelt, unternommen werden können.

Solche Beobachtungen erlauben zumindest eine vorläufige Antwort auf die anfangs gestellten Fragen nach

- a) der Größe: Die Schlüsselzahl ergibt sich aus der Zahl der Eigentümerfamilien, die anscheinend zwischen etwa 100 und 200 liegt;
- b) den Bedingungen des Funktionierens: Diese liegen in tradierten Strukturen und Verhaltensweisen;
- c) den physischen Merkmalen der Identifizierbarkeit: Neben territorialen Grenzen sind dies Gemeinschaftseinrichtungen als foci des Gemeinschaftslebens;
- d) den Wechselwirkungen zwischen physischem Umfeld und sozialen Strukturen: Gruppen und insbesondere ihre Führer versuchen, ihre räumliche Ordnung und die Art und den Grad der Ausstattung mit gemeinschaftlichen (öffentlichen) Einrichtungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beeinflussen. Gegenüber der ökonomischen und politischen Umwelt sind ihre Kräfte jedoch schwach, so daß sie von dieser dominiert werden.

Planer sind in der Regel den übergeordneten ökonomischen und politischen Mächten verpflichtet. Dies mag ein Grund sein, warum sie die schwachen autochthonen Strukturen bisher vernachlässigt haben.

Anmerkungen

1) Über die Konstatierung des Phänomens als solchem hinaus sind theoretische Überlegungen zu Nachbarschaften zu finden bei Verlyn, V., ed. (1974): Stadt- und Sozialstruktur, München
 Klages, H. (1958): Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt, Stuttgart
 Gans, H. J. (1962, 1965): The Urban Villages. Group and class in the life of Italian-Americans, New York / London
 Gans, H. H. (1969, 1967): Die Levittown, Soziographie einer Schlafstadt, Gütersloh / Berlin, (The Levittowners - ways of life & Politics in a New Suburban Community (New York))
 Park, R. E. / Burgess, E. W. / McKenzie, R. D., eds. (1925): The City, Chicago
 Pfeil, E. (1972): Großstadtforschung, Hannover
 Rapoport, A. (1981): Some thoughts on the units of settlements, in: *Ekistics* 291: 448 - 453

2) In der Folge des Gartenstadtkonzeptes
 Howards
 Stein, Ch. (1951): Towards New Towns for America, Liverpool
 Kühn, E. (1957): Vom Wesen der Stadt. In: Kühn, E., Vogel, P., eds., Medizin und Städtebau, München et al.

3) Zum einen wurde das Zentrale-Orte-Schema der Regionalwissenschaften schematisch auf die Stadt übertragen, z.B.:
 Böckmann, D. (1967): Das innerstädtische Zentralitätsgefüge, Karlsruhe,
 zum anderen vgl.:
 Burgess, E. W. ed. (1926): The Urban Community, Chicago
 Hauser, R. u. H. (1971): Die kommende Gesellschaft, München
 Suttles, G. D. (1972): The Social Construction of Communities, Chicago

4) Literatur zu Pikine
 Mack, S. (1978): Urban Challenge and Quarter Routinization in Pikine, Senegal (Columbia Univ., Ph. D. Thesis)
 Oestereich, J. (1987): Self-Controlled Development and Government of urban Local Communities. The Cases of Gounass and Léona in Pikine and Grand Yoff, Dakar, Senegal, in: African Urban Quarterly (im Druck)
 Orstom (1971): Resultats de l'enquête par sondage des îlots de Pikine (Grand-Dakar) 1967 -69, Dakar (Orstom)
 Verniere, M. (1973): Volontarisme d'état et spontanéité populaire dans l'urbanisation du Tiers Monde. Formation et évolution des banlieues dakaroises: Le cas de Dagoudane-Pikine, Paris (These de doctorat de l'Ecole Pratique des Hautes Etudes)

5) Literatur zu Grand Yoff
 Achleitner, W. / Ndione, E. S. (1981): La consommation en milieu infra-urbain. Le cas de Grand Yoff (étude No. 68) Dakar (enda)
 Jaoclin, P. / Ndiaye, A. / Seck, F. (1976): Acteurs et forces sociales: La dynamique du changement dans un quartier de Dakar, in: environnement africain II, 1 - 2, 21 - 36 (Grand Yoff: Arafat)
 Mottin, M. H. et al. (1978): Vers un développement participatif en milieu urbain (Etudes et recherches No. 27), Dakar (enda)
 Ndione, E. S.: L'auto-gestion dans une communauté urbaine, Manuskript
 Oestereich, J.: Anmerkung 4)
 Wade, M. B. / Gallé, M. / Snelder, R. (1976): Habitat traditionnel adapté: un environnement urbain auto-planifié? (Senegal) in: environnement africain II, 1 - 2, 65 - 73

6) Literatur zu George Compound
 Lundgren, Th. / Schlyter, A. u. Th. (1969): Kapwepwe Compound. A study of unauthorized settlements in Lusaka, Zambia, Mimeo
 Rakodi, C. / Schlyter, A. (1981): Upgrading in Lusaka: participation on Physical Changes, Gävle, (The National Swedish Institute for Building Research)
 Schlyter, A. u. Th. (1979): George - the Development of a Squatter Settlement in Lusaka, Zambia, Gävle, (The National Swedish Institute for Building Research)
 Schlyter, A. (1985): Upgrading reconsidered - The George Study in retrospect, Gävle, The National Swedish Institute for Building Research, Bulletin M. 84.4
 Singini, R. E. (1978): George 1978 Primary Survey I and II Comparisons and their Operational Policy Implications, Lusaka (L-HPU-Evaluation Team)

7) Angaben zu Kalingalinga finden sich in van den Berg, L., ed. (1982): *In the shadow of Lusaka: Land and People under Pressure of Urban Growth* (Studies in Zambian Society Vol. VI, Lusaka (Univ. of Zambia))
 Mulenga, St. et al. (1979): *Kalingalinga Integrated Upgrading Project: Report of the Preparatory Mission*, Eschborn (GTS) Mimeo
 Oesterreich, J. (1986): *Community Upgrading in Lusaka: The case of Kalingalinga*, Ratingen
 J. Oesterreich (1967) *upgrading a squatter community: Kalingalinga in Lusaka*, in: TRIALOG 13/14, 30 -35
 Okado, F. E. (ed.) (1967): *A socio-economic survey of Kalingalinga, Lusaka* (Min. of Cooperation, Youth and Social Development (Departm. of Community Dev.) Mimeo

8) Angaben zu Mathare Valley u.a. in Etherton, D., ed. (1976): *Mathare Valley: A Case study of unauthorized settlement in Nairobi*, HRDU, Nairobi
 Hake, A. (1977): *African Metropolis: Nairobi's Self-Help-City*, London
 Illy, H. F. (1983): *Strukturelle Repression und Selbstorganisation: Überlebensstrategien im Squattergebiet Mathare Valley*, Nairobi, in: Hanisch, R., ed.: *Soziale Bewegung in Entwicklungsländern*, Baden-Baden: 157 - 190
 Ross, M. H. (1974): *Conflict resolution among urban squatters*, in: *Urban Anthropology* III / 1; 110 - 136
 Temple, N. W. (1979): *Urban Commitment and Political Demand-Making in Nairobi* (MIT Ph. D. Thesis) Cambridge, Mass.

9) Das interne politische System der zwei benachbarten Squattersiedlungen Dandora und Mji Wa Huruma entspricht dem von Mathare Valley weitgehend, vgl. dazu Mazingira Institute (1982): *Community Participation in Low-Income Urban Settlements*, Nairobi.
 Den Versuch, diese Sicht mittels ausschließlich ökonomischer Daten, die zum Teil ungeprüft übernommen und unkommentiert gelassen werden, zu widerlegen, stellt dar:
 Wetter, M. (1985): *Der Mythos Selbsthilfe: Illegale Siedlungen im informellen Sektor in Nairobi*, Saarbrücken, Fort Lauderdale

10) Die folgenden Studien aus sehr verschiedenen Ländern verzichten oft auf quantitative genaue Angaben, in den qualitativen Aussagen stützen sie jedoch meine These
 Barnes, S. u. T. (1974): *Becoming a Lagosian*, Madison (Ph. D. Thesis, Univ. of Wisconsin)
 Clinard, M. B. (1966): *Slums and Community Development*. New York (The Free Press)
 Eickelman, D. F.: *Is there an Islamic City? The Making of a Quarter (Darb) in a Moroccan Town*, Mimeo
 Gardet, L. (1954): *La cité musulmane, vie sociale et politique*, Paris
 Haeringer, Ph., ed. (1983): *Abidjan, au coin de la rue*, Paris
 Harrel-Brad, B. E./Howard, A. M./ Skinner, D. E. (1978): *Community Leadership and the transformation of Freetown (1801 -1976)*, Paris / Den Haag (Mouton)
 Hourani, A. H. & Stern, S. M. (1970): *The Islamic City* (Colloquium), Oxford
 van der Linden, J. H. (1977): *The Bastees of Karachi: Types and Dynamics*, Amsterdam (Ph. D. Thesis, Free Univ. Amsterdam)
 Marris, P. (1984): *Family and Social Change in an African City*, London
 de Maximy, R. (1984): *Kinshasa: Ville en suspense*, Paris
 Morell, S. u. D. (1972): *Six Slums in Bangkok: Problems of Life and Options for Action*, UNICEF, Bangkok
 Oesterreich, J. (1981): *Stadtplanung in der Dritten Welt: Barfußplanung*. In *Stadtbauwelt* 70; 147 -151
 Payne, G. H. (1977): *Urban Housing in the Third World*. London
 Peattie, L. R. (1968): *The View from the Barrio*, Ann Arbor (Univ. of Mich. Press)
 Skinner, E. P. (1974): *African Urban Life: The Transformation of Ouagadougou*. Princeton

Partizipation als Cargo-Kult?

Philipp Langley

1. Einleitung

Missionare und Händler zunächst, dann die Kolonialmächte und zuletzt die Verwaltungsapparate der selbständig gewordenen Staaten schufen in ihren Ländern besondere Formen der sozialen Verfremdung und Abhängigkeit. Traditionelle Gesellschaften, besonders in der Inselwelt des Pazifik, versuchten, diese Formen mittels religiöser Mythen zu assimilieren, indem sie die Konflikte höheren Mächten zurechneten und damit forklärten. Auf diese Weise verarbeiteten die Einheimischen die Erscheinung des Gütereichtums in der Folge von Entwicklungsinvestitionen psychologisch auf die gleiche Weise wie sie es früher mit dem für sie gleichermaßen unerreichbaren Symbolen des Reichtums der einstigen Machtgruppen gemacht hatten.

„Nur wenige - am ehesten Angehörige der fortgeschrittenen städtischen Klassen - verstanden die mit den Entwicklungsinvestitionen verbundenen politischen und ökonomischen Mechanismen. Die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung faßte sie im Grunde als ein Wunder moderner Zeiten auf ... Da frühere Wunder nicht zum Guten ausgeschlagen waren, bestand die Neigung, die Entwicklungsinvestitionen, wenn nicht als rechtmäßige Zuwendung, so doch als wohlverdiente Wende des Schicksals oder als letztendliche Erfüllung bis dahin ständig durchkreuzter Hoffnungen anzunehmen.“ (Hours 1976).
 Der Mythos gründet sich auf ein früheres Wunder: Die Ankunft der Europäer mit all ihren materiellen Gütern. In sehr vereinfachter Form besagt die Interpretation, daß der Reichtum der Europäer eine Gabe der Götter ist, nicht das Resultat eines Produktionsprozesses. Die meisten Cargo-Kulte glauben, auch wenn sie unterschiedliche Gründe für die ungerechte Verteilung der Güter anführen, daß mehr Gerechtigkeit erreicht werden kann durch entsprechende den höheren Mächten genehme Reden und Rituale der Anbetung. Diese werden die Götter veranlassen, auch dem Volk der Schwarzen (Cargo -privates Eigentum auch im Kamerun-Pidjin) zukommen lassen, d. h. Güter, die per Schiff (oder inzwischen per Flugzeug) ein treffen und allen Wohlstand und Fülle und der Gemeinschaft neue Kraft bringen werden. (Lawrence 1974; Hours 1974, 1976).

2. Partizipation

Partizipation verstehen wir hier als eine Situation, in welcher Mitglieder der unteren Klassen oder ihre Repräsentanten die

Möglichkeit haben und sie wahrnehmen, als aktive und legitime Mitglieder von Institutionen am Diskurs und an Entscheidungen über Dinge teilzuhaben, die nicht nur ihre täglichen Lebensumstände, sondern auch die mittel- und längerfristige Entwicklung ihrer Gesellschaft betreffen. Man kann sagen, daß jeder Diskurs und jede Rede von jenen Gruppen geprägt ist, die die Gesellschaft beherrschen. Dabei ist die damit verbundene Rhetorik nicht notwendigerweise auf die Mitglieder jener Gruppen beschränkt.

Der Diskurs darüber durchdringt die Gesellschaft, und auch die Ausgebeuteten und Beherrschten können nicht davon ausgeschlossen werden, die damit verbundenen Sprachformen zu benutzen.

Das Gebiet unserer Untersuchung ist die Kombone Bakunda Customary Council Area (KBCCA), westlich und südlich von Kumba, dem größten ländlichen Zentrum in Südwest-Kamerun, eine Zone, die 1983 etwa 26.400 Einwohner in 22 Dörfern umfaßte.

Die Feldstudie, auf die sich die folgenden Ausführungen beziehen, war nicht daraufhin angelegt, die Institutionen und noch weniger das Verhalten ihrer Mitglieder zu untersuchen. Dieser Text ist folglich vor allem eine Abfolge von Hypothesen und Fragen. Die Informationen sind eher vorläufiger Natur und vor allem als Grundlage für weitere Diskussionen gedacht.

Frühere Untersuchungen legen nahe, die Existenz von drei interagierenden Gruppen der ländlichen Bevölkerung anzunehmen entsprechend ihrer Stellung im Produktionsprozeß und mit unterschiedlicher Selbsteinschätzung ihrer Identität und sozio-ökonomischen Rolle.

1. Eine ständig wachsende Gruppe, die sich aus drei sich überlappenden Kategorien zusammensetzt, nämlich
 - „unabhängige“ Kleinbauern mit 1 - 2 ha Ackerland, gelegentlich auch bis zu 4 - 5 ha Land für Markterzeugnisse; diese müssen einen Teil ihrer Arbeitskraft verkaufen,
 - jüngere Landarbeiter, die kein Land besitzen und
 - Wanderarbeiter allgemein.
2. Eine im Entstehen begriffene ländliche Elite bessergestellter Bauern, die mit mindestens 5 ha Ackerland bereits Profite akkumulieren und in nicht-landwirtschaftliche Aktivitäten re-investieren können. Das Startkapital mag aus ererbtem Land bestehen, aus Zuwendungen nach dem Klientelssystem oder durch Handelsgewinne oder Korruption zustande gekommen sein.

3. Eine „mittelständische“ Kleinbourgoisie, die eher intellektuell tätig ist: Landwirtschaftliche Berater, Lehrer, Angestellte von Genossenschaften, Gemeinden usw.. Ihre Einstellung zu den beiden anderen Gruppen ist die intellektueller Überlegenheit mit gelegentlich paternalistischen Zügen, gegründet auf den Stolz über die Schulbildung. Sie haben einen starken Glauben an ihre Rolle als Vertreter und Vermittler des Staates, die einer weniger gebildeten Bevölkerung den Fortschritt zu bringen haben (Langley 1982: 11).



Foto: J. Oestereich

Wenn man den Kommentaren der Mitglieder der ersten Gruppe glauben darf, sind die Kontakte mit den landwirtschaftlichen Beratern selten und vor allem auf die besorgten Bauern und die Parteifunktionäre beschränkt. Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß sich langsam eine Allianz zwischen der zweiten und dritten Gruppe herausbildet. Doch gibt es noch keine tiefen Gräben, da familiäre, ethnische und landsmannschaftliche Beziehungen über die Klassendifferenzen hinweg bestehen bleiben. Außerdem sind die Mitglieder der dritten Gruppe in der Ideologie erzogen worden (die deshalb aber nicht praktisch wirksam werden muß), daß der Staat vor allem die breite Basis der Bevölkerung berücksichtigen sollte (eine Nachwirkung des Unabhängigkeitskampfes oder inspiriert von der christlichen Ethik?). Im übrigen besteht, bezogen auf den nationalen Kontext, in welchem andere Gruppen tatsächlich gegensätzliche Interessen verfolgen, trotz aller internen Widersprüche eine gewisse Solidarität zwischen den drei Gruppen. In diesem Sinne werden sie hier als die unteren ländlichen Klassen bezeichnet.

Läßt man diese Hypothesen gelten - welches sind dann die Institutionen, durch welche diese Klassen am Entscheidungsprozeß partizipieren können? In welchem Maße sind sie in den Institutionen reprä-

sentiert? Und wenn sie repräsentiert sind, in welchem Maße beeinflussen sie den Entscheidungsprozeß?

3. Partizipatorische Praxis in den Institutionen

Viele der bestehenden Institutionen bieten sich für eine Partizipation der Basis an. Die endogenen unter ihnen sind in der Regel von geringer geographischer Ausdehnung und eingeschränkter ökonomischer weitere Gruppe, oft für größere Gebiete zuständig, verfolgt ausdrücklich das Ziel,

Partizipation Bedeutung zu stärken oder, allgemeiner, Demokratie einzuüben. Eine dritte Gruppe dagegen, deren Zuständigkeit noch weiträumiger ist, soll sich entweder mit spezifischen Sektoren oder mit allgemeinen Entwicklungsfragen befassen. Für diese wird Partizipation als unerwünscht oder mindestens als unnötige Störung des rationalen Entscheidungsprozesses angesehen.

3.1 Endogene Institutionen

a) Selbsthilfegruppen (Njangi)

Bei diesen lassen sich solche, die eine Art allgemeiner Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens darstellen, unterscheiden von anderen, die im wesentlichen Sparzirkel sind. Beide gründen sich auf Tauschakte, in Form von Arbeit oder - unter dem Einfluß der Städte - von Geld (Delancey 1978). Diese Gruppen vereinen in der Regel Mitglieder der gleichen Einkommensschicht, die Grund haben, Solidarität zu üben. Ein typisches Beispiel ist die „Big time city njanga“ von Geschäftsleuten unterschiedlicher Ethnien, eine vorteilhafte Alternative zu kurzfristigen Bankkrediten (Haggeblack 1978).

Njangi-Gruppen, die Arbeitszeit austauschen, sind bedeutsam für die Landwirtschaft. Die Mitglieder wissen dann, daß sie

Hilfe bei besonders schweren Arbeiten in kritischen Momenten der Produktion erwarten können. Dadurch brauchen sie keine zusätzlichen Arbeitskräfte einzustellen. Gemeinschaftliche Arbeit wird auch als produktiver angesehen, weil unangenehme oder anstrengende Tätigkeiten dann mehr Spaß machen. Als Nebeneffekt wird Solidarität auch in anderen Beispielen geübt.

Njangi-Gruppen sind klein. Ihre Treffen sind regelmäßig und die Teilnahme an ihnen ist obligatorisch. Die Probleme werden anscheinend offen diskutiert und obgleich die Führungspositionen mit den herausragenderen Persönlichkeiten besetzt sind, die sich als Führer oder Anreger profilieren, wird bei Entscheidungen der Gruppenkonsens respektiert. In vielen Fällen wird, um Konflikte zu vermeiden, zum Losverfahren gegriffen. Im übrigen wirkt die Sozialkontrolle als Durchsetzungsmechanismus.

b) Juju-Gruppen oder Geheimgesellschaften

Zu dieser Kategorie, zu der auch Tanz- und Theatergruppen, Jahrgangszirkel, Kirchengemeinden, Chöre, kirchliche Frauen- und Jugendgruppen, Pfadfinder usw. zu rechnen sind, werden als latente Handlungseinheiten, die auf Selbsthilfeprojekte warten, angesehen (Hagan 1978). Über ihre innere Struktur ist wenig bekannt. Von ihnen wird vermutet, daß sie als „traditionelle“ Gruppierungen hergebrachte Verhaltensweisen auf aktuelle Aufgaben anwenden und so die aktive allgemeine Partizipation einschränken. „Moderne“ Gruppen, vor allem solche, die mit den Kirchen verbunden sind, tendieren dazu, wie die unten beschriebenen Herkunftsvereinigungen, mehr dem paternalistischen Prinzip zu folgen, insbesondere im Hinblick auf die unteren Klassen.

c) Herkunftsvereinigungen

Diese sind, als Folge der Migration, auch in der KBCCA aktiv, auch wenn die Wanderungsbewegungen heute abflauen (McBailey, Langley 1982). Diese Gruppen sammeln fast ausnahmslos alle Personen, die einem bestimmten Herkunftsgebiet entstammen. Die örtlichen Gruppen veranstalten jeweils die Treffen, während die Vereinigung selbst oft einen Almanach herausgibt, kulturelle Aktivitäten organisiert und die Bindungen pflegt, insbesondere über Trauerfeiern und andere soziale Ereignisse.

Soweit zu sehen ist, entstammen die Funktionäre, die die Politik bestimmen, der städtischen Elite, die Schulbildung genossen hat. Sie haben oft hohe Stellungen in der Regierung und in Nicht-Regierungs-Organisationen oder sind erfolgreiche Geschäftsleute. Interviews legen nahe, daß sie manchmal eine leicht paternalistische Einstellung gegenüber ihren ärmeren Landsleuten haben. Dies färbt auf die Wahl der Aktivitäten, die Prioritäten und die Methoden bei deren Durchführung ab. Ihr Verständnis von Entwicklung hängt von ihrer Stellung im Produktionsprozeß als Unternehmer, als Geschäfts-

mann oder als Funktionär im Staatsapparat ab. Ihre Rolle ist deshalb mehr oder weniger bewußt darauf gerichtet, sozialen Frieden oder die Produktionsbeziehungen, die die Ausbeutung der Arbeiter erlauben, zu sichern.

Sind aber letztlich diese Leute nicht gewählt wegen ihrer Fähigkeit, auf die Außenwelt Einfluß auszuüben, damit Wohlstand in das Dorf kommt?

d) Traditionelle Dorfräte

Dies sind seit 1977 obligatorische Institutionen. Früher bestanden sie schon in Waldgebieten in Form von dörflichen Ältestenräten oder als Jahrgangszirkel, die dem Dorfältesten zur Hand gingen (Johnson 1970: 46). Das Häuptlingswesen in diesem Gebiet ist eine koloniale Schöpfung auf einer autochthonen Basis. Früher regierten sich die verstreuten Weiler durch den Konsens der Familienoberhäupter. Dann wurden sie entlang der Sklavenpfade gebündelt und die Ältestenrolle dem Vertreter der stärksten Familie zuerkannt, unter der Bedingung, daß er mit der Kolonialregierung zusammenarbeiten würde.

Die politische Struktur der Dörfer der Einheimischen unterscheidet sich von der in den Dörfern der Zuwanderern. In den ersteren besteht der Rat aus Vertretern der Teildörfer, das heißt vermutlich der ursprünglichen Familien. In den letzteren repräsentieren die Ratsmitglieder die verschiedenen Ethnien. Neben dem Ältesten, der auch hier das Land verwaltet und zuteilt, gibt es noch einen gewählten Vorsitzenden.

Insoweit als die Leute sich und ihre Interessen durch die Ratsmitglieder vertreten sehen, kann man vermuten, daß in örtlichen Angelegenheiten Partizipation ausgeübt wird. Andererseits sind aber die Dorfältesten auch Vertreter des Staates. Ihre Leistung wird jedes Jahr benotet, und sie können diszipliniert und abgesetzt werden. Das treibt einen Keil zwischen sie und die Dörfler. Es ist üblich, daß die Dorfversammlungen zugänglich für jeden (männlichen) Einwohner sind, aber gute Gründe legen nahe, daß nicht jeder frei sprechen kann, insbesondere Frauen, junge Leute und Zugezogene ohne Land. In beiden Typen von Dörfern läßt sich auch eine Tendenz feststellen, die Dorfvorsteher unter jenen jungen Leuten auszuwählen, die einen höheren Grad an Schulbildung besitzen. Das bedeutet aber auch, daß sie oft abwesend sind und die täglichen Geschäfte delegieren, obgleich sie vom Gesetz her verpflichtet sind, sich im Gebiet ihrer Zuständigkeit aufzuhalten. Kann die Auswahl der „gebildeten“ Kandidaten aus den „dynamischen“ Familien interpretiert werden als der Versuch, mehr Aufmerksamkeit der Behörden auf das Dorf zu lenken und damit mehr von solchen modernen Dingen heranzuziehen, die es in der Welt draußen gibt? Die häufige Bestimmung von Beamten zu Dorfvorstehern würde dies bestätigen. Könnte es nicht auch der Versuch der in der Stadt wohnenden Söhne des Landes sein, besonderes politisches Prestige zu gewinnen,

etwa in der Art wie sie Gibbal (1974) für die Elfenbeinküste beschreibt?

3.2 Partizipative Institutionen

Von diesen gibt es viele unterschiedliche Formen auf mehreren Ebenen der Hierarchie von den Entwicklungskomitees der Distrikte und der Gemeinden über dörfliche Komitees (vor allem Frauengruppen, die vom staatlichen Community Development Department oder dem Sozialministerium aufgestellt werden) zu Projektkomitees und Produktionsgenossenschaften.

a) Distrikt-Entwicklungskomitee

Versuche, in den frühen sechziger Jahren, die Entwicklungsplanung zu dezentralisieren, führten zu den ländlichen Aktionskomitees. Diese wurden von Praktikern des Community Development (CDD) als politisch voreingenommen eingeschätzt, da sie vor allem aus lokalen Parteifunktionären bestanden und zur Verteilung von Entwicklungsinvestitionen nach Maßstäben des Klientelesystems und der Kirchenturmspolitik führen konnten.

Heute existiert in unserem Gebiet das „Kumba Central Sub-Divisional Development Committee“. Dies vereinigt die knapp 100 Dorfältesten, etwa 300 Ortsvorsitzende der Partei sowie weitere Parteifunktionäre. Es hat kein Entscheidungsrecht über das Budget, noch über Projekte. Sie können Projekte empfehlen, aber auch solche, die nicht empfohlen werden, können über das CDD mit öffentlichen Mitteln unternommen werden.

Provinzbeamte sowie der Vertreter des District Officers sind entschlossen, die Funktion dieses Komitees soweit wie möglich einzuschränken. So wird „... großer Wert darauf gelegt, daß die Anweisungen an die landwirtschaftlichen Berater von den Behörden und nicht von diesen Komitees kommen, damit kein Chaos entsteht.“ (Sawyer 1977).

Während es vielleicht gerechtfertigt ist, Kirchenturmspolitik zu vermeiden, kann dies nicht auch als eine Art von Klasseninteresse verstanden werden?

In der Praxis scheint weder Kontrolle der Basis über die Ratsmitglieder zu bestehen, noch werden diese aufgrund ihrer Repräsentativität ausgewählt, vielmehr ist es ihre Aktivität in der Partei oder eine Funktionärsposition.

Diese Funktionäre aber repräsentieren nicht die Interessen der Mehrheit der Bewohner - vor allem in den Einwandererdörfern. Außerdem sind es ausschließlich Männer, was erklärt, daß die besonderen Probleme der Frauen nicht erwähnt werden.

b) Gemeinderäte

Gemeinderäte haben, in der Folge der Kolonialpolitik nach dem Grundsatz der „indirekten Regierung“, in Kamerun bereits eine etwa 65-jährige Geschichte. Die erste entsprechende Verordnung wurde 1916 in Kraft gesetzt. Da zu dieser Zeit die politischen Einheiten „... selten über die

Dorfgrenzen hinausgingen, befand es der britische Kolonialbeamte oft für nötig, erst einmal „traditionelle Behörden“ einzusetzen, mittels derer er dann „indirekt“ regieren konnte.“ (Johnson 1970).

Die KBCCA ist Teil des „Mbongue Rural Council“, dessen Versammlung aus 35 gewählten Gemeinderäten besteht. Der „Kumba Urban Council“ umfaßt 45 Mitglieder. Diese Volksvertreter sind nach Auskunft der Entwicklungsagenten zum Beispiel Beamte (oft andernorts im Dienst), Lehrer, Geschäftsleute, Vertreter der Kirchen und Bauern, darunter auch Kleinbauern. Alle müssen aktiv in Partei und Entwicklungsprojekten sein und schreiben und lesen können. Demnach ist die Elite zumindest überrepräsentiert.

Der Auswahlprozeß zunächst durch die Partei folgt einem strengen Verfahren. Danach stellt der Sub-District-Officer ein Führungszeugnis aus. Danach wird der politische Sachbearbeiter des Ministeriums der Zentralverwaltung eingeschaltet, bis am Ende die Liste dem Zentralkomitee der Partei vorgelegt wird, das dann die ihm notwendig erscheinenden letzten Modifikationen vornimmt.

Bauern haben nur dann eine Chance gewählt zu werden, wenn sie Arbeiter für sich arbeiten lassen können, sowie über Geld und Verbindungen in die Stadt verfügen, um das Klientelesystem unterhalten zu können. Dazu kommt der Ausschluß der Analphabeten durch die Partei (das heißt 50% der Männer und über 70% der Frauen). Es gibt also strukturelle Gründe, warum die Ratsvertreter vor allem aus den Gruppen zwei und drei kommen, die in Teil 2 oben beschrieben wurden.

Früher waren zwei Drittel der lokalen Beamten, die vom Gemeinderat eingestellt und kontrolliert wurden, Einheimische. Inzwischen wird das Personal von den Ministerien rekrutiert. Dies hat das Ausbildungsniveau usw. angehoben. Ein System könnte eingeführt werden wie in Botswana, wo die Rekrutierung, Ausbildung, Instruierung auf nationaler Ebene mit der Bindung an örtlich gewählte Institutionen verknüpft ist. Das würde, verbunden mit hinreichender finanzieller Ausstattung, die Chance geben, über Entwicklungsprojekte wirksam zu entscheiden und sie durchzuführen.

c) Dorf-Entwicklungskomitees

Diese sind nicht obligatorisch, sondern sind das Ergebnis längerfristiger Aktivitäten des Community Development Department (CDD). Zunächst wurden in einigen Dörfern CD-Komitees gegründet, und die Dorf-Entwicklungskomitees waren konzipiert, ihre Zuständigkeit auf alle Entwicklungsbereiche zu übertragen. Von 32 Dörfern, in denen das CDD tätig ist, haben nur 8 kein Komitee. Andererseits ist die Betreuung durch das CDD eher oberflächlich. 1982 waren zum Beispiel von den 20 Stellen für das Gebiet nur 4 besetzt.

Die Mitgliedschaft im Komitee sollte alle Gruppen umfassen, traditionelle, sowie „moderne“ Gruppierungen, Spazirkel, Frauengruppen, Schulen, religiöse Vereinigungen, Projektkomitees usw. sowie

die Parteizellen. In einem Zuwandererdorf sind dazu noch die Ethnien vertreten. Über den Sozio-ökonomischen Status der Mitglieder der Komitees liegen keine Informationen vor, ebensowenig über ihr Funktionieren. In einigen Fällen jedoch haben Parteifunktionäre die Zusammensetzung der Komitees kritisiert und die Initiative der CD-Agenten als „subversiv“ bezeichnet.

d) Projekt-Komitees

Diese scheinen im Gebiet der KBCCA funktionstüchtiger zu sein als die Dorfkomitees. Sie befassen sich mit Wasserversorgung, Straßen, Brücken, Gesundheitsversorgungseinrichtungen, Schulen, Kirchen usw.. Der Ausgangspunkt ist die Sammlung von Geld, die durch eine entsprechende Verordnung, anzumelden über das CDD, geregelt ist. Doch nicht alle diese Projekte sind angemeldet. Die Komitees hängen von einer Person oder einer kleinen Gruppe Aktiver ab, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die anderen Dörfler zu überzeugen, wobei sie Argumente der Modernisierung und des ökonomischen Vorteils gebrauchen. Da ist zum Beispiel als Komiteevorsitzender ein ehemaliger Händler, jetzt Farmer, der selbst Landarbeiter beschäftigt sowie Läden betreibt oder vermietet. Er strebt den Gewinn sozialen Prestiges an, das ihm auch ökonomisch nutzen wird, abgesehen von der durch die Straße bewirkten Verbesserung der Verkehrslage seiner Läden und die kostenlose Wasserversorgung nach Abschluß der Maßnahmen.

Das Vertrauen der Einwohner in einen solchen Führer beruht auf seinem Geschick, mit der Außenwelt zu verhandeln und seinen Weg durch das Dickicht der Ämter und Verordnungen zu finden. Die Kontakte eines ehemaligen Händlers sind da ein bedeutender Aktivposten.

Im Falle von nicht registrierten Komitees hängt die Führerschaft nicht so sehr von diesen Eigenschaften ab. Vermutlich gibt es hier einen höheren Grad an Teilnahme der Basis an Entscheidungen. Damit verbundene Aufgaben, wie die Einteilung der Arbeiten und deren Beaufsichtigung, die Verhandlungen mit Partnern und die Verwaltung der Finanzen, werden von Mitgliedern der Bevölkerung wahrgenommen. Im Falle der Wasserversorgung ist für diese Funktionen eine Behörde zuständig (unterstützt von einer Schweizer NRO, die nicht unbedingt im Ruf partizipatorischer Praxis steht).

3.3 Andere Gebiete mit partizipatorischen Möglichkeiten

Neben den erwähnten Kategorien von Institutionen, von denen hier nur einige der bedeutendsten erwähnt werden konnten, läßt sich an andere denken. Diese aber, obgleich sie geeignet zur Partizipation wären, besitzen nicht die institutionellen Voraussetzungen.

Im Bezirks- (und das Provinz-) Entwicklungskomitee sind die Parlamentsabgeordneten theoretisch Repräsentanten der

Bevölkerung, außerdem gehören ihm an die Vorsitzenden der Gemeinderäte und die Präsidenten und Sekretäre der Parteilgliederungen. Die anderen Mitglieder sind Behördenvertreter. Zwar sind sie wegen ihrer Größe handhabbarer als die SDDC, dies aber geht auf Kosten nicht nur der Repräsentativität, sondern auch auf Kosten der Kontinuität in den Ausführungsorganen.

Sozialdienste haben keine Maßregeln für Partizipation, weder auf lokaler noch auf höherer Ebene, trotz der ausgedehnten Phraseologie über deren Bedeutung zum Beispiel für den Basisgesundheitsdienst. Im ökonomischen Bereich, in der Landwirtschaft oder sonst scheint es kaum partizipative Ansätze zu geben, außer bei einigen Frauenkooperativen, obgleich das Gesetz über Kooperativen dafür durchaus Raum läßt. Zu diesem Unterthema wären weitere Untersuchungen notwendig.

4. Die Praxis der Partizipation

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß, abgesehen von gewissen Komitees auf lokaler Ebene, weder die Praxis innerhalb der Institutionen wie die Bestimmung der Repräsentanten noch deren Kontrolle durch die Basis partizipatorisch genannt werden kann. Was also ist es, das diesem Handeln und der damit verbundenen Sprache zugrundeliegt?

Aus der Untersuchung der Institutionen ergibt sich ein Bild der Interessenvertretung, welches davon geprägt ist, daß es keine eigenständige Organisation der ländlichen Armen oder der unteren Klassen gibt. Die Funktionen der Vertreter in den erwähnten Institutionen sind der Elite vorbehalten, in dem vorliegenden Fall denjenigen, die über die materiellen Voraussetzungen verfügen, sich wählen zu lassen. Die Folge ist, daß die Anliegen, die verfolgt werden, vor allem im Interesse dieser Elite liegen und nicht notwendigerweise in dem der ärmeren Teile der Bevölkerung. Da eigenständige Organisationen nicht existieren, mag sich das Gefühl der Zugehörigkeit der unteren Klassen im Zwiespalt befinden. Auf der einen Seite neigen sie ethnischen oder landmannschaftlichen Loyalitäten zu (der „primitiven Treue“ nach Achebe, 1966: 7); auf der anderen Seite orientieren sie sich an „modernen“ ökonomischen oder sozialen Klientelebeziehungen, die auf Protektion von oben nach unten im Austausch für Unterordnung, Treue und materielle Zuwendungen in der anderen Richtung (Langley 1982: 44 - 48, 143 - 150) beruhen. Ein weiteres bemerkenswertes Merkmal ist die fast allgegenwärtige Phraseologie, die diesen doppelten Satz von Klientelebeziehungen begleitet: Die Art und Weise, mit der man sich regelmäßig an Personen wendet, die in der Hierarchie höher stehen und die als fähig angesehen werden, ihrerseits auf Personen, die noch höher im Rang sind, einwirken zu können, um von ihnen Gunstbeweise zu erbitten, in der Art etwa, wie sie im Beschwerdebuch des Di-

strict Officers der Kolonialzeit zu finden sind. So werden sie heute noch dem Divisional Officer vorgelegt, in Form einer stilisierten Rede:

Nach dem pflichtgemäßen Lob auf den Präsidenten, auf die Obrigkeit allgemein und auf die angeredete Person im besonderen, werden materielle Güter oder Wohltaten erbeten. In dieser Art wenden sich die Ältesten und der Dorfrat mit ihren Problemen an den Divisional Officer auf seiner Inspektionsreise, an den Direktor der Schule für Ländliche Gemeinwesenarbeit und selbst an unsere Studenten; dem Muster folgen auch die Parteifunktionäre, die ihren Bericht dem Parteikongreß vortragen (CNU, 1981). In Ostafrika wurde diese Bittstellerei zunächst sogar ermutigt aus der Hoffnung heraus, daß Sozialarbeit und lokale Beratungsmöglichkeiten das politische Protestpotential ablenken konnte. „Bittstellerei bringt die Leute dazu, für sich zu bitten, aber nicht für sich aktiv zu werden.“ (Odinga 1968: 77). Sekundärquellen und die Analysen jüngerer Beispiele dieser weitverbreiteten Praxis lassen vermuten, daß

- a) nur solche Objekte erbeten werden, die als Geschenk angesehen werden können;
- b) es sich um Objekte handelt, die, obgleich sie letztlich nützlich sind, vor allem als „modern“ gelten;
- c) das Verfügen über solche Objekte das Fortbestehen der Produktions- und Ausbeutungsstrukturen verschleiert; und
- d) das Vorhandensein dieser Objekte das Interesse der Obrigkeit am Dorf

NAMIBIA	DIN A 2 Querformat Siebdruck	Kalender 1988
	DM 24.80	
	Bestellungen an:	
	medico international	
	Obermain- anlage 7 6000 Frankfurt am Main 1 Telefon 0 69 / 4 99 00 41	
	ISBN 3-92 28 45-01-0	

anzeigt und den wirksamen Einfluß der Mittelsmänner (örtliche oder politische Repräsentanten) im Rahmen des Klientele systems beweist. Die Objekte werden als angemessener Lohn für erwiesene Treue verstanden.

Der Vergleich zwischen dem Ritual des Bittens um materielle Güter im Klientele system und dem des Cargo-Kultes, mit denen man Infrastruktur und politisches Wohlwollen an sich heranzuziehen hofft (Langley 1982: 94), war zunächst nicht die Arbeitshypothese unseres Forschungsvorhabens gewesen. Die Verwandtschaft der Rhetorik der Vertreter der Institutionen mit den Gebeten des Cargo-Kultes drängte sich aber auf. In einem Falle ging es so weit, daß europäischen Gebern das „in ständig-fromme Interesse an den größeren Dingen, die da kommen sollen, - prayerful interest for greater things to come“ - mitgeteilt wurde. Die Antwort der Obrigkeit darauf ist, Gehorsam und Disziplin, Enthaltensamkeit und Arbeitseifer zu predigen.

Die Ähnlichkeiten sind schlagend und verwirrend. Ohne so weit gehen zu wollen, Entwicklung selbst als Cargo-Kult zu betrachten: Könnte es nicht sein, daß sich einige diesem zu Grunde liegende Me-

chanismen auch im Vollzug von Entwicklungsmaßnahmen finden? Hat die Behinderung selbständiger politischer Artikulation - einer der fundamentalen Züge des nicht-partizipativen Ansatzes - diese mythische Interpretation des Wohlstandes hervorgebracht als „magisches Heilmittel, das weiter keine Beziehung zu Geschichte, Technologie, der allgemeinen Entwicklung und dem Weltmarkt hat“ (Hours 1976a), und welches vor allem keine Beziehung zu Produktion, Ausbeutung und Herrschaft hat?

Wäre dies tatsächlich der Fall, ist die Aufgabe schwierig, Personal für die Entwicklungsprozesse auszubilden. Aus der ansatzweisen Analyse der unteren ländlichen Klassen im Text oben ergibt sich die Vermutung, daß es die ländliche Kleinbourgeoisie ist - und insbesondere die Gruppe der Agenten der Entwicklungsverwaltung, die sich als notwendiger Mittler zwischen Staat und Volk sieht - aus welcher die Propheten dieses Neo-Cargo-Kultes kommen werden.

Der Aufsatz ist die von J. Oestereich gekürzte und von ihm übersetzte Fassung des Essays "Popular Participation as a Cargo Cult?" von Philip Langley; erschienen als Nr. 96 - 86 in der Occasional Papers Series von ENDA T.M., Dakar, Senegal.

Literaturhinweise

- Achebe, Ch. (1976): A man of the people (Heinemann). London et al.
- Delancey, M. W. ed. (1978): Savings and Credit Institutions in rural West Africa, in: Rural Africana (New Series) No. 2
- Gibbal, J. M. (1974): Citadins et villageois dans la ville africaine: l'exemple d'Abidjan (Maspero). Paris
- Hagan, G. P. (1978): Zogid Review (PAID) Buea
- Haggeblade, St. (1978): Africanization from below, the evolution of Cameroonian savings societies into western style banks, in: Rural Africana (New Series) No.2
- Hours, B. (1974): Un mouvement politico-religieux Neo-Hebrides, le Nagraimel, in: Cahiers de l'ORSTDM, XI, 3/4: 227 - 242
- Hours, B. (1976): Melanesia: the three miracles, in: South Pacific Bulletin 36 / 1: 35 - 40
- Johnson, W. R. (1970): The Cameroon Federation: Political integration in fragmentary society (Princeton UP) Princeton
- Lawrence, Ph. (1974): Road Belong Cargo (Manch. UP), Manchester
- McBailey, F. et Langley, Ph. (1982): A popular development action in a migrant village, the case of Kwakwa Road Committee, S. W. Cameroon (PAID) Buea
- Sayerr, H. (1977): Report of a ZOGID Seminar (PAID) Buea

Günther Wehenpohl / Anna Lúcia Florisbela dos Santos

Gemeinschaftspartizipation in brasilianischen Favelas - Die Rolle der Bewohnervereine-

Vorbemerkung

Die Associacoes de Moradores¹ (Bewohnervereine) stellen in den Stadtteilen brasilianischer Städte einen wichtigen politischen Faktor dar, dessen Bedeutung insbesondere in den Favelas wächst. Im nachfolgenden Artikel soll die Rolle der Bewohnervereine im Kontext von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation in diesen marginalen Gebieten dargestellt werden.

Hintergrund

Bei den Favelas in Brasilien handelt es sich um Squatter-Siedlungen, also um urbane Gebiete, die für untere Einkommenschichten die einzigen, ökonomisch tragbaren Wohnmöglichkeiten im urbanen Bereich sind. Eine exakte Bestimmung der Gebiete, die zu den Favelas zu zählen sind, ist selten möglich. So wurden bei der Bevölkerungszählung 1980 für den Raum Rio de Janeiro 720.000 Einwohner (ca. 14%) diesen Gebieten zugerechnet, andere Untersuchungen aus dem gleichen Jahr gehen hingegen von 1.750.000

Bewohnern (ca. 35%) aus.² Dieser hohe Prozentsatz allein zeigt, daß die Bedeutung dieser Gebiete und seiner Bewohner bei der Stadtplanung und -entwicklungspolitik nicht ignoriert werden kann. Die Gründung der ersten Favelas erfolgte seit den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts. Die Reaktion des Staates auf sie war bis vor einigen Jahren durch Umsiedlung der Bewohner und anschließendem Abriß der Behausungen bestimmt. Diese ständige Bedrohung verhinderte weitestgehend eine Konsolidierung der Gebiete; Investitionen in Konsumgüter wurde von den Bewohnern der Vorrang gegenüber Verbesserungen im Wohnbereich gegeben.

Umsiedlungen und Abriß stellen jedoch keine Lösungen, sondern lediglich eine Verlagerung des Wohnproblems der Armen dar und verhindern nicht die Land-Stadt-Migration. Die große Anzahl der Neugründungen und die rapide Ausdehnung bestehender Favelas führte gemeinsam mit fehlender Angemessenheit der Abrißpolitik dazu, daß der Staat sich bei seinen Aktivitäten auf Gebiete beschränkte, die für ihn bzw. für Privateigentümer besonders wichtig waren. Die übrigen

wurden weitestgehend sich selbst überlassen, womit eine begrenzte Konsolidierung ermöglicht wurde.

Da seitens des Staates kaum Unterstützung zu erwarten ist (außer kurz vor Wahlen, wenn die Politiker auch die Stimmen



NICARAGUA: DER AUFBAU GEHT WEITER!



Seit 1983 fahren Arbeitsbrigaden nach Nicaragua. Sie wollen

- ihre Solidarität mit der nicaraguanischen Bevölkerung demonstrieren,
- mithelfen, auf dem Land das aufzubauen, was die Contra zerstört hat,
- durch ihre Anwesenheit den Krieg der USA und Contra gegen Nicaragua erschweren.

Die Entführung der 8 Deutschen durch die Contra im Mai sollte die Solidaritätsbewegung davon abhalten, weiter vor Ort zu arbeiten. Die Bundesregierung stützt diese Contra-Taktik, indem sie vor Reisen in diese Kriegsgebiete warnt, statt ihrerseits gegen die Politik der USA zu protestieren. Da die Solidaritätsbewegung weiter mitverantwortung für den Aufbau in Nicaragua trägt, der Contra-Krieg mit unverminderter Schärfe weitergeht, eigene Erfahrungen in Nicaragua nötig sind, um die meist verzerrte Berichterstattung hier zu korrigieren – fahren Brigaden nach Nicaragua, um in den Projekten im Pantasma-Tal und in Jacinto Baca zu arbeiten.

Öffentlichkeitsarbeit und Organisation der Arbeitsbrigaden kosten viel Geld. Wir bitten um Spenden auf das Konto 976738 bei Wuppertal, BLZ 33050000, unter dem Stichwort „Arbeitsbrigaden“ (Spendenquittung möglich).

Informationsbüro
Nicaragua e. V.
Hofane 51
5600 Wuppertal 1

Arbeitsbrigaden

der Favelabewohner benötigen), sondern im Gegensatz eher eine Bedrohung ausgeht, bleibt den Favelados sich entweder

- mit den teilweise unmenschlichen Wohnverhältnissen abzufinden und die ständige Bedrohung (Umsiedlung, Abriß) zu akzeptieren, oder
 - für eine Legalisierung und Verbesserung ihrer Wohnsituation einen langwierigen Kampf auf sich zu nehmen.
- „Die Leute hier führen die ganzen Verbesserungen durch, investieren Geld, verbessern die Häuser, aber wenn es morgen zu einer Umsiedlung kommt, ist es notwendig, daß die Bewohner sehr aufpassen, daß diese Leute (die Regierenden) uns nicht betrügen ... Die Gemeinschaft ist von Tag zu Tag stärker organisiert, bescheidener, besitzt aber das Bewußtsein, um alles was uns interessiert zu kämpfen. ... gemeinsam werden wir uns mit Händen und Füßen wehren, damit wir hier nicht weg müssen. Wir wollen keine Entschädigung, wir wollen hier bleiben.“ (Mitglied der UTP³ - Belo Horizonte).

Selbsthilfe - Partizipation

Die Erkenntnis der Favelados, nur durch eigene Anstrengungen Verbesserungen erreichen zu können, führt im Bereich des Wohnungsbaus überwiegend zu individuellen Selbsthilfemaßnahmen und bei der Erstellung von Infrastruktureinrichtungen zur kollektiven Selbsthilfe und Partizipation⁴.

Die Entscheidung ob Maßnahmen individuell oder kollektiv durchgeführt werden, ist u.a. stark systembedingt. Wohnungsbau und die Erstellung einfacher Infrastrukturanlagen (Latrine, Brunnen) werden überwiegend individuell (unter Einfluß der Familie) durchgeführt. Individuell genutzte Infrastruktureinrichtungen sind in den Favelas jedoch nur begrenzt sinnvoll einsetzbar, da sie auf Grund der hohen Einwohnerdichten (bis zu 1.000 E / ha), sowie auf Grund der Lage dieser Gebiete (Hügel, Sümpfe) schnell an die Grenzen des möglichen stoßen. So muß aus diesen Gründen häufig wegen fehlendem Grundwasser auf dem Bau von Schachtbrunnen oder wegen fehlender Möglichkeiten zum Bau von Straßen auf

eine Erschließung für den Kraftverkehr verzichtet werden. An deren Stelle müßten zusammenhängende Netzsysteme für Wasser- und Stromversorgung sowie für die Abwasserbeseitigung und Regenentwässerung treten. Seiner Aufgabe aber, die notwendigen Infrastrukturen zu bauen, kommt der Staat in den Favelas nur selten nach. Daher müssen die Bewohner selbst initiativ werden.

„Die Regierung kann nur Papiere produzieren, aber wir leben mit diesen Problemen seit vielen Jahren und haben schon viele gelöst, mit ‚Mutirao‘⁵, mit unserem Geld, unserer Arbeitskraft und mit Materialien, die wir in irgendeiner Art und Weise bekommen haben. Wir glauben nicht daran, daß die Regierung Verbesserungen aus eigenem Antrieb macht.“ (Führer der Favela ‚Agua de Ouro‘ - Rio de Janeiro).

Die Gründung von Wohnervereinen

Das fehlende Handeln des Staates einerseits und das Wachsen der Probleme in den Favelas sowie der Wunsch der Bewohner sie zu lösen andererseits führt zu einem wachsenden Engagement, die Favelas zu urbanisieren⁶. Mitglieder vorhandener Gruppen (zum Beispiel Kirche, Sport) und sonstige engagierte Bewohner bilden häufig die Keimzelle der Associação de Moradores.

Die Wohnervereine stellen in der Regel „die Instanz zur Formulierung und Kanalisierung der Bewohnerwünsche in den Favelas gegenüber Politikern und Verwaltungen“⁷ dar. Obwohl ihre Gründung häufig durch staatliche Organe beeinflusst ist⁸, verstehen sie sich als unpolitische, freiwillige Organisationen.

Die starke Abhängigkeit von der externen politischen Situation spiegelt sich in den Neugründungen von Wohnervereinen wider (s. Tabelle 1).

Ein starker Anstieg ist bei der Umsetzung von Staatsprogrammen zur Urbanisierung, bei Bedrohung durch Umsiedlung und bei einer politischen Öffnung zu verzeichnen. Zu einer starken Abnahme, zur Auflösung und Aufgabe der Aktivitäten kommt es bei fehlender Unterstützung durch die Bewohner und bei staatlicher Repression.

Tabelle 1:
Zeitliche Entwicklung der Wohnervereinsgründungen in Rio de Janeiro⁹

Zeitphas der Gründung	Anzahl (%)	Politische Situation
1920 - 1959	7,5	Populismus, Klientelismus: Politiker / Favela
1960 - 1964	18,6	bundesstaatliches Programm zur Urbanisierung der Favelas (SERFHA)
1964 - 1969	21,8	Beginn der Militärdiktatur
1970 - 1974	6,9	Abriß- und Umsetzungsprogramm (Widerstand)
1975 - 1979	19,2	starke Repressalien seitens des Staates
1980 - 1981	26,0	ab 1978 politische Öffnung (‘Abertura’)
		Fortsetzung der politischen Öffnung
		bundesstaatliche Programme zur Verbesserung der Favelasituation

Zur Erlangung staatlicher Unterstützung ist in der Regel die Legalisierung und Registrierung der Bewohnervereine erforderlich. Dies erfordert ein Statut und die Wahl eines Direktoriums.¹⁰ Letzteres rekrutiert sich meistens aus der sozio-ökonomisch besser gestellten Schicht der Favelados. Dennoch stellten DINIZ¹¹ bei ihrer Untersuchung in Rio de Janeiro als auch Somarriba u.a.¹² in Belo Horizonte fest, daß diese Führer von der Mehrheit der Basis getragen und legitimiert sind. Dies schließt nicht die Existenz rivalisierender Gruppen aus. Sowenig wie die Bewohner innerhalb der Favelas homogen sind, so wenig sind auch die Ziele der verschiedenen Favelas homogen.



Foto: A. Carlos S. Pinto

Neben den äußeren politischen Faktoren ist vor allem das persönliche Verhalten der Direktoriumsmitglieder - insbesondere des Präsidenten und anderer Führer, die über die Vereine zu Macht gelangt sind, für die Kontinuität der Vereinsaktivitäten wichtig. Von diesen Faktoren hängt häufig der Erfolg der Forderungen ab, wobei ein rasch eintretendes Desinteresse dieser Führer genauso schnell zur Inaktivität der Bewohner führen kann, wie der Mißbrauch der erlangten Macht.

„Wir haben Kollegen, die sich vor zwei Jahren in der gleichen Situation befunden haben. Heute wählen wir sie, damit sie unsere Repräsentanten im Stadtparlament sind. In Belo Horizonte haben wir drei Abgeordnete gewählt. Aber geh einmal hin und schau nach, ob auch nur ein Favelado ihnen in ihren Büros assistiert ...“.

„Wenn die Bewohner beispielsweise mich morgen wählen würden, würden sie mir damit eine optimale Beschäftigung besorgen, aber eine Person verlieren, die für ihre Interessen kämpft.“

Nachdem sie Abgeordnete geworden sind, verfolgen sie kein einziges Projekt mehr, das den Bewohnern zugute kommt. Sie vergessen ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung, die sie wählte. Ich glaube, daß ich als Mitglied des Bewohnervereins, der Favelaförderung, der Gewerkschaft oder selbst der Partei sehr viel mehr für die Gemeinschaft leiste als als Abgeordneter.“

(Leitendes Mitglied des Bewohnervereins ‚Vila Marcola‘ - Belo Horizonte)

„In all diesen Jahren versucht der Staat die Bewohnervereine zu beeinflussen. Der Einfluß des Staates erfolgt in einer Form, daß einige Vereine zum Sprachrohr der politischen Partei werden. Anders ausgedrückt, sie verlieren ihre Unabhängigkeit und entfernen sich von den Bewohnern.“ (Direktion des Bewohnervereins von ‚Uniao de Del Castilho‘ - Rio de Janeiro)

Bewohnerinitiierte Maßnahmen zur Versorgung der Favelas mit Anlagen der Technischen Infrastruktur

Bewohnerinitiierte Maßnahmen zur Versorgung der Favelas mit technischer Infrastruktur variieren stark hinsichtlich technischem Niveau und Komplexität. Die zum Teil lange Wohndauer der Personen in diesen Gebieten hat zu einer hohen Kreativität in der Selbstversorgung geführt, die sich an den Systemen in den erschlossenen Stadtteilen orientiert. Organisiert vom Bewohnerverein oder auch einzelnen Führern werden illegal, das heißt ohne Erlaubnis der zuständigen Versorgungsgesellschaften, Netze, öffentliche Zapfstellen und Wasserhochbehälter einschließlich erforderlicher Pumpstation erstellt, betrieben und unterhalten. Die notwendigen Gelder für Materialien werden bei den Bewohnern eingesammelt, in manchen Fällen gelingt es auch, Spenden von kirchlichen oder sonstigen Institutionen zu erhalten. Entstehende Unkosten für Strom zum Pumpen des Wassers in die Hochbehälter und in jüngerer Zeit für die in einigen Fällen von den staatlichen Versorgungsgesellschaften gestellten Rechnungen für den Wasserverbrauch werden vom Bewohnerverein auf die angeschlossenen Abnehmer umgelegt. Die dabei erzielten geringen Gewinne kommen dem Verein bzw. der Gemeinschaft insgesamt zugute, nicht jedoch den ehrenamtlich tätigen einzelnen Personen.

„Das Wasser nimmt man von der CEDAE¹³ ... es war eine große Arbeit. In ‚Mutirao‘ gruben wir einen kleinen Tunnel unter den Asphalt der Straße, um die Oberfläche nicht zu zerstören und keine Aufmerksamkeit zu erregen, ... bis wir den Hydranten auf der anderen Strassenseite erreichten ... Das Verteilungsnetz in der Favela zu erstellen war dann ganz einfach.“

(Leitung der Gemeinschaft von ‚Restinga‘ - Rio de Janeiro)

„Nach der ‚Mutirao‘ gründeten wir 1976 eine Kommission für Wasser und konstruierten mit Freiwilligen das Netz, bezahlten einen Techniker der CEDAE, um das Projekt zu planen; und wir selbst machten den Anschluß. Bis heute unterhalten und betreiben wir das Netz.“

(Direktorium des Bewohnervereins ‚Uniao de Del Castilho‘ - Rio de Janeiro)

Zwar gibt es auch vereinzelt private Gruppen innerhalb der Favelas, die aufgrund der Notlage mit dem Wasserverkauf hohe Gewinne erzielen, indem sie privat Wasserbehälter und kleine Pumpstationen erstellen. Unter dem zunehmenden Druck der Gemeinschaft und durch das Angebot von Alternativen wird diese Form der Ausbeutung jedoch zurückgedrängt.

Das steigende Abwasseraufkommen erfordert zunehmend Kanalisationssysteme, da der freie, unkontrollierte Abfluß aus hygienischen Gründen untragbar ist. Einzelne Bewohner versuchen das bei ihnen anfallende Abwasser in offene Gräben aus ihrem unmittelbaren Wohnbereich abzuleiten. So entstehen langsam komplette Stränge in den Straßen, da sich die Nachbarn häufig sukzessive anschließen. Sofern sie über ausreichend Geld verfügen, gehen einzelne Bewohner dazu über, den offenen Gräben in ihrem Grundstücksbereich zu verrohren.

Die durch den offenen Abwasserabfluß entstehenden hygienischen Gefahren und die Unzulänglichkeiten der individuell erfolgten Maßnahmen veranlassen die Bewohnervereine und / oder die Gemeinschaft eines Straßenzuges die durchzuführenden Arbeiten (zum Beispiel Verlegung eines Kanals) zu koordinieren. Erfolgt die Verlegung der Hauptstränge primär aufgrund von Aktivitäten der Bewohnervereine, handeln die Bewohner der Nebenstraßen in ihrem Bereich weitestgehend selbständig. Auch hier gibt es nur vereinzelt Unterstützung durch staatliche Organe.

Alternativ zu den sporadisch durchgeführten individuellen Selbsthilfemaßnahmen im Abfallbereich (vergraben, verbrennen), werden von den Bewohnervereinen organisierte Säuberungskampagnen durchgeführt. Bislang ist es jedoch selten, daß von der Gemeinschaft Müllmänner eingesetzt und bezahlt werden, die den Abfall regelmäßig einsammeln. Aufgrund ständigen Drucks seitens der Favelabewohner stellen die Stadtreinigungsbetriebe Metallcontainer auf, zu denen die Bewohner ihren Abfall bringen können.

Eine Zusammenstellung siedlungswasserwirtschaftlicher Maßnahmen, die in brasilianischen Favelas in Selbsthilfe oder mit Partizipation der Zielgruppen durchgeführt wurden, gibt *Tabelle 2* wieder.

Tabelle 2: Siedlungswasserwirtschaftliche Maßnahmen, die in kollektiver Selbsthilfe oder mit Partizipation der Zielgruppen durchgeführt wurden ¹⁴	
Wasserversorgung	illegales Anzapfen bestehender Leitungen Verlegung von Leitungen Bau von Gemeinschaftshochbehältern Unterhaltung und Betrieb öffentlicher Wasserzapfstellen und Versorgungsnetze
Abwasserbeseitigung	offene Kanalisation geschlossene Kanalisation Bau offener Gräben
Abfallbeseitigung	Reinigungskampagnen Erstellung alternativer Systeme

Motivation der Bewohner

Zu Siedlungsbeginn ist die Motivation der Favelados, sich für Verbesserungen einzu setzen, nur schwach. Der Grund dafür ist die Gefahr der Umsiedlung, die Notwendigkeit eine Arbeit zu suchen und im übrigen die Hoffnung, die Favelas so schnell wie möglich zu verlassen, um in bessere Wohngebiete umzuziehen. Mit zunehmender Wohndauer wächst die Akzeptanz des Wohnstandorts. Favelados, die bereits Jahrzehnte im selben Gebiet leben oder sogar dort geboren wurden, identifizieren sich in zunehmendem Maße mit ihrer Umgebung und sehen die Erfüllung ihrer Hoffnung auf eine bessere Lebenssituation nicht im Umzug, sondern im eigenen Bemühen um Verbesserungen. Bei einer von den Autoren durchgeführten Untersuchung (15, 16), in der u.a. die Vertreter der Bewohnervereine interviewt wurden, wurde als Hauptmotiv für die Beteiligung an gemeinschaftlichen Aktivitäten in siedlungswasserwirtschaftlichen Projekten angegeben, daß hierin die einzige Möglichkeit für eine Erlangung des Anschlusses an dieses System gesehen wird. Andere Gründe waren die Beschleunigung des Prozesses und die Erwartung einer Bezahlung (s. Tabelle 3). Zudem sollte es sich möglichst um dringende Probleme handeln, die gelöst werden müssen.

Auf den Ebenen des Betriebs, der Unterhaltung und der Verwaltung der Systeme besteht eine geringe Bereitschaft zur Partizipation. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem der bereits genannte Grund, daß dies als Aufgabe des Staates angesehen wird.

„Ich glaube, daß die Leute erneut in ‚Mutirão‘ arbeiten würden, sofern es sich um ein dringendes Problem handelt, aber unser Hauptkampf ist, daß die staatlichen Organe ihre Aufgaben erfüllen.“
(Direktorium des Bewohnervereins ‚Agua de Ouro‘ Rio de Janeiro)

„Die Bewohner haben erkannt, daß die offiziellen Stellen nur geringes Interesse daran haben, daß die Dienstleistungen bis hierher kommen, ohne daß wir die ganzen Mühen auf uns nehmen müssen. Deshalb führen wir die Verbesserungen selbst durch. Denn es gibt keine Person oder Organisation, die daran ein Interesse hätte. Wenn wir es nicht machen, werden wir unser ganzes Leben im Dreck leben müssen, und dies darf nicht sein. Da es schon keine fähige Regierung gibt müssen wir es selbst machen.“
(Direktorium des Bewohnervereins ‚Uniao de Del Castilho‘ - Rio de Janeiro)

die Bewohnervereine, da dadurch ein größerer Erfolg bei gleichzeitigem geringem Aufwand der staatlichen Stellen erreicht werden kann.

Die Projektidentifikation erfolgt durch eine Problemformulierung der Bewohner, die dann üblicherweise auf den regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Bewohnervereine besprochen und von den Repräsentanten als Forderung weitergeleitet wird. Zu Versammlungen, auf denen Planungen diskutiert und Durchführungsmaßnahmen besprochen werden, lädt der Präsident des Bewohnervereins ein. Dies geschieht über Anschläge, Lautsprecher oder ein direktes Ansprechen der Bewohner. Tage, an denen konkrete Arbeiten ausgeführt werden sollen (meistens Wochenenden), werden vom Direktorium der Vereine oder auf Versammlungen festgelegt. Anschließend erfolgt die Aufforderung zur Beteiligung mittels Handzetteln (s. Abbildung 1), Lautsprechern und Plakaten.

Tabelle 3: Motivation für gemeinschaftliche Selbsthilfe und Partizipation (N = 26 Favelas; Mehrfachnennungen)¹⁷

Gründe	R.J.	B.H.	Total	%
einzigste Möglichkeit zur Erlangung eines Anschlusses	9	4	13	50,0
Beschleunigung des Prozesses	3	1	4	15,4
Verdienstmöglichkeiten	-	2	2	7,8
Erwartung geringerer Benutzungsgebühren	1	-	1	3,9
Druck von staatlichen Projektträgern	-	-	-	-
andere Gründe	1	1	2	7,8
keine gemeinschaftliche Selbsthilfe	2	3	5	19,2
keine Angaben	1	3	4	15,4

In der Regel sind genügend Bewohner bereit, Maßnahmen auch dann durchzuführen, wenn einzelne Bewohner nicht partizipieren. Ein wichtiger Aspekt für die Motivation ist die Dauer der Maßnahme. Für die Durchsetzung von Forderungen, die sich normalerweise über eine lange Zeit hinzieht, setzen sich primär die Präsidenten der Bewohnervereine ein, die auch gleichzeitig die stärkste Motivation zeigen.

Die Bereitschaft der Bewohner, am Planungsprozeß, das heißt an Versammlungen teilzunehmen und zu diskutieren, ist zu Beginn einer Maßnahme gering, wächst jedoch mit einem erfolgreichen Fortschreiten während der Umsetzung. Eine hohe Motivation ist bei Durchführungsmaßnahmen anzutreffen, bei denen der Zeitaufwand relativ überschaubar ist und Ergebnisse für jeden erkennbar sind.

Organisationsformen und -ebenen

Die Organisation der gemeinschaftlichen Selbsthilfe wird in Brasilien überwiegend von den Bewohnervereinen oder anderen die Gemeinschaft repräsentierenden Gruppen bzw. Einzelpersonen übernommen (s. Tabelle 4). Sofern Initiativen von staatlichen Stellen ausgehen, nutzen sie

Tabelle 4: Organisatoren von gemeinschaftlicher Selbsthilfe / Partizipation (N = 26 Favelas; Mehrfachnennungen)¹⁸

Organisator	R.J.	B.H.	Total	%
Bewohnerverein	9	7	16	61,5
Bewohner / Einzelperson	4	1	5	19,2
staatliches Organ	-	-	-	-
keine gemeinschaftliche Selbsthilfe / keine Angaben	4	5	9	34,6

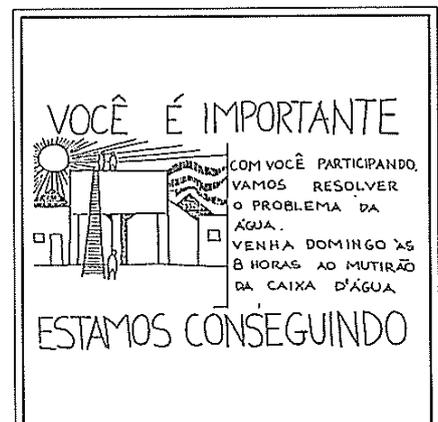


Abbildung 1: Handzettel¹⁹ (Übersetzung: DU BIST WICHTIG; Mit Deiner Beteiligung werden wir das Problem des Wassers lösen. Komm am Sonntag um 8 Uhr zur Gemeinschaftsarbeit am Wasserturm. WIR SCHAFFEN ES.)

Die Bewohnervereine übernehmen ebenfalls die Aufsicht bei den eigenen Projektmaßnahmen - soweit möglich unter Hinzuziehung von Technikern - sowie die Materialverteilung. Dies ist vor allem bei mehreren gleichzeitig stattfindenden Arbeiten notwendig.

Eine neue Erfahrung machte die CEDAE in einem Kanalisationsprojekt, das einen hohen Organisationsgrad der Gemeinschaft erforderte. Zwischen der Gesellschaft und dem Bewohnerverein, der

technische Unterstützung von einer privaten Gruppe erhielt, wurde ein ähnlicher Vertrag wie mit einer normalen Firma abgeschlossen. Die CEDAE stellte für das Projekt die Materialien, übernahm die Oberaufsicht und Kontrolle und zahlte nach Projektfortschritt die Arbeitskosten einschließlich des Teils der Sozialkosten sowie die üblicherweise an Firmen gehenden Verwaltungskosten (ca. 5 % des Volumens). Der Bewohnerverein verwaltete das Projekt und zahlte einen Lohn an die Beteiligten. Da die Verwaltung vom Verein ohne Entgelt erfolgte, stand dieser Betrag für andere Maßnahmen im Favela zur Verfügung.

Die Organisationsebene gemeinschaftlicher Selbsthilfemaßnahmen stellt primär die Nachbarschaft bzw. der Straßenzug dar (s. Tabelle 5). Letzteres ergibt sich aus der weitgehenden Abhängigkeit der Leitungssysteme der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung von Straßen und Wegen. Darüber hinaus finden Maßnahmen wie zum Beispiel Abfallbeseitigungskampagnen auf der gesamten Favelaebene statt.

Tabelle 5:
Organisationsebene der Selbsthilfe- und Partizipationsmaßnahmen
(N = 26 Favelas)²⁰

Organisationsebene	R.J.	B.H.	Total	%
gesamter Favelabereich	3	7	26,9	
Nachbarschaft / Straßenzug	7	3	10	38,5
keine gemeinschaftliche Selbsthilfe / keine Angaben	3	6	9	34,6

„Es kommt vor, daß wir an Samstagen oder Sonntagen ‚Mutiroes‘ gleichzeitig an vier oder fünf verschiedenen Stellen der Favela haben. Zwanzig Freiwillige in der Gasse A, fünf in der Gasse B und zwanzig in einer anderen Gasse. Die Zahl der Personen hängt von der Größe der Baumaßnahme ab ... und um diese durchzuführen holt der Bewohnerverein außer von der PRODECOM (Programm zur Entwicklung der Gemeinschaften in Minas Gerais) weitere Unterstützung. Wir bekommen Unterstützung von der Legiao da Boa Vontade (Private Institution), von Freunden, von anderen Gemeinschaftszentren, von Privatpersonen, aber von keinem einzigen Politiker“.

(Leitendes Mitglied des Bewohnervereins ‚Vila Marcola‘ - Belo Horizonte)

Schlußfolgerungen

Hinsichtlich der kollektiven Selbsthilfe und Partizipation lassen sich folgende wesentliche Schlußfolgerungen ziehen:

1. Die Bewohner der Favelas haben durch ihre Fähigkeit, sich für ihre Ziele zu organisieren, eine politische Macht erreicht, die vom Staat nicht mehr übergangen werden kann.

„Wir glauben, daß die Organisation der Favelas schon ein sehr hohes Niveau erreicht hat. Ein Beweis hierfür war unsere Mobilisierung bei dem Versuch, die Favela Grotao (Rio de

Janeiro) umzusiedeln. In weniger als drei Stunden mobilisierten wir die Führer von mehr als 60 Favelas und verhinderten somit die Umsiedlung.“
(Mitglied der FAFERJ²¹)

2. Das stark gewachsene Selbstbewußtsein der Favelados führt dazu, daß sie bei staatlichen Favelaprogrammen soweit wie möglich einbezogen werden wollen und keine Planung mehr akzeptieren, die über ihre Köpfe hinweggeht.

„...über Verbesserungen für Favelas denken wir, daß die Urbanisierung für die Regierung der einzige Ausweg ist, denn wie wollte sie wohl sonst das Wohnungsproblem für all die Leute lösen. Aber das Problem ist, die Art der Urbanisierung zu akzeptieren, die die Regierung autoritär durchdrücken will, indem sie entscheidet was und wie es gemacht werden muß. Auch müssen wir darüber nachdenken, was die Urbanisierung der Favelas im Kopf von Brizola (Gouverneur von Rio de Janeiro, 1982-86), für die SMDS (Staatssekretariat für Sozialentwicklung) bedeutet und was für uns selbst.“

(Bewohnerverein von ‚Uniao de Del Castilho‘ - Rio de Janeiro)

„Wir können nicht zulassen, daß die Ingenieure die Urbanisierungsprojekte in ihren Büros erarbeiten, nach ihren eigenen Ideen und Theorien. Wir müssen unsere Meinung dazu abgeben.

Als Konsequenz unseres Widerstandes gegen Umsiedlung beschloß die Regierung, das Land zu legalisieren und die Favelas zu urbanisieren. Folglich kamen wir nicht dazu, unsere eigene Vorstellung von einer Urbanisierung zu entwerfen, und wir brachten die Idee ins Spiel, daß alles so am selben Ort bleiben sollte wie es war. ... Wir wollen hier nicht weg, aber wir wollen auch nicht die schlechte Wohnqualität, die wir haben, festschreiben. Wenn wir bis heute unser Gebiet nicht in rationeller Form organisiert haben, ist dies weitgehend eine Konsequenz des Verhaltens des Staates, der das Bestehen der Favelas mit Hilfe von Umsiedlungsdrohungen immer in Unsicherheit beließ.“
(aus: Zeitung der Gemeinschaft ‚Uniao de Maré, No 9 - 1981)

3. Man muß bei der Beurteilung von Gemeinschaftspartizipation vorsichtig sein, denn trotz der hohen Bereitschaft und der von den Bewohnern erreichten Erfolge, Alternativen zur Behebung des Mangels an sozialer und technischer Infrastruktur gefunden zu haben, kann dies nicht eine Lösung für all die unversorgten Gebiete darstellen. ‚Mutirao‘ als Überlebensstrategie

kann zu hoher Mehrarbeit der unterversorgten Bewohner ausarten und dazu benutzt werden, das Fehlen an Dienstleistungen und sozialen Einrichtungen zu verringern; aber es dient auch dazu, die sozialen Ungleichheiten zu verstärken, die Verantwortung des Staates zu verdecken und soziale Veränderungen zu verzögern.

Anmerkungen

- 1) Associações de Moradores / Associações Comunitárias etc. sind auch in Gebieten mittlerer und zum Teil oberer Einkommensschichten anzutreffen.
- 2) Wehenpohl, G.: Selbsthilfe und Partizipation bei siedlungswasserwirtschaftlichen Maßnahmen in Entwicklungsländern - Grenzen und Möglichkeiten in städtischen Gebieten unterer Einkommensschichten; Dissertation, Darmstadt, 1987, S. 114
- 3) UTP - Uniao de Trabalhadores da Prefeitura
- 4) Bei der Benutzung der Begriffe ‚Selbsthilfe‘ und Partizipation wird von folgender Definition ausgegangen:
- Selbsthilfe als das Sich-Selbst-Helfen aus eigener Kraft, setzt die Eigenbestimmung des Betroffenen voraus.
- Partizipation bedeutet aktives bzw. passives Teilnehmen und setzt eine Fremdbestimmung voraus.
(vgl. Wehenpohl, G., S. 59ff)
- 5) Mutirao - organisierte Gemeinschaftspartizipation
- 6) Unter ‚Urbanisierung‘ wird hier die nachträgliche Legalisierung, Zuordnung der Grundstücke zu Bewohnern und Versorgung der Gebiete mit sozialer und technischer Infrastruktur verstanden.
- 7) Diniz, E.: Favela: Associativismo e Participação Social. Boschi, R.R. (Hrsg.): Movimentos Coletivos no Brasil Urbano; S. 27-74; Rio de Janeiro, 1983; S. 29
- 8) Staatliche Programme und Organe, deren Ziel die ‚Urbanisierung‘ der Favelas ist, geben die Unterstützung nur, wenn in diesen Gebieten ein legaler und behördlich registrierter Bewohnerverein existiert.
- 9) vgl. Wehenpohl, G.; ..., S. 154
- 10) So setzt sich beispielsweise das Direktorium der Associação do Bairro Santa Mônica in Belo Horizonte zusammen aus Präsident, 1. und 2. Vizepräsident, Generalsekretär, 1. und 2. Sekretär, 1. und 2. Schatzmeister (vgl. Somarriba u.a.: Lutas Urbanas em Belo Horizonte; Belo Horizonte, 1984)
- 11) vgl. Diniz, E.; ..., 1983
- 12) vgl. Somarriba u.a.; ..., 1984
- 13) CEDAE - Companhia Estadual de Agua e Esgoto
- 14) vgl. Wehenpohl, G.; ..., S. 187
- 15) ebd.
- 16) vgl. Florisbela dos Santos, A.L.: Condições dos Sistemas de Abastecimento de Agua e Esgotamento Sanitário em Favelas e Periferias Urbanas - Rio de Janeiro e Belo Horizonte. Tese de Mestrado. Belo Horizonte, 1985
- 17) vgl. Wehenpohl, G.; ..., S. 197
- 18) ebd. ..., S.200
- 19) vgl. FEEMA: A Favela e o Meio Ambiente da Comunidade. Rio de Janeiro, 1982
- 20) vgl. Wehenpohl, G.; ..., S. 201
- 21) FAFERJ - Federação das Associações de Favelas do Rio de Janeiro

Städtische Sozialbewegungen in Mexiko: Der Fall des „Comité Unión de Colonias Urbanas de Tijuana Asociación Civil“ (CUCUTAC)

1. Chronologie der Ereignisse

Die Entstehungsgeschichte des 'Comité de Colonias Populares de Tijuana Asociación Civil' (CUCUTAC) erklärt sich aus den Veränderungen, die sich aus dem Plan der Regierung Echeverría zur Urbanisierung und Kommerzialisierung der gesamten Region des Rio Tijuana ergaben¹. Der Prozeß der städtischen Entwicklung und Ausdehnung Tijuanas vollzog sich entlang des Flußverlaufs bzw. des Boulevards Agua Caliente, welcher vom eigentlichen Zentrum bis zum Stausee, der Presa Abelardo Rodríguez, führt. Durch den bis in die 70er Jahre hinein unkontrollierten Flußverlauf kam es infolge der alljährlichen Regenfälle zwischen November und Februar immer wieder zu großen Überschwemmungen, welche in erster Linie die seit den 40er Jahren sich ausbreitenden Siedlungen auf beiden Ufern des Flusses in Mitleidenschaft zogen.

1.1 Zur Geschichte der ‚Zona del Río‘

In den 40er Jahren war die Region ein rein landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Es gab relativ wenige Siedler, die jeweils nutzungsrechtliche Abkommen mit der Secretaría de Agricultura y Recursos Hidráulicos, SARH, geschlossen hatten. Ende der 40er Jahre wurde ein großer Teil dieser Grundstücke an aus dem Landesinnern stammende Neuankömmlinge verkauft, so daß eine zweite Gruppe von Siedlern entstand, welche über Kaufverträge für die von ihnen in Besitz genommenen Grundstücke verfügte.

Seit Beginn der 60er Jahre vollzog sich infolge der starken Migration nach Tijuana ein Prozeß der Ausbreitung unkontrollierter Landbesetzungen in der gesamten Region. Diese Besetzungen wurden schnell zum dominierenden Faktor.

Im Jahre 1960 ging nach der Demarkierung des Flußbettes ein Gebiet von 413 ha in den Besitz der Junta Federal de Mejoras Materiales, JFMM, über, welche Vorstudien über eine Kanalisierung des Rio Tijuana und die ‚Urbanisierung‘ der gesamten Region vornehmen sollte. In den ersten Planungen sollten dabei sämtliche infrastrukturellen Leistungen über die Kommerzialisierung des Bodens finanziert werden.²

Eine Intensivierung der ‚illegalen‘ Landnahme fand ab der ersten Hälfte der 60er Jahre statt. Sie hing unmittelbar zusammen mit dem Ende des ‚braccro‘ Programms. Unzählige Migranten aus dem

Landesinnern, welche nicht mehr in die USA gelangen konnten, sowie Tausende von zurückkehrenden zeitweisen Emigranten ließen sich in Tijuana nieder, ein großer Teil von ihnen in der ‚Zona del Río‘. Zu dieser Zeit hatte der Grund und Boden in der ‚Zona‘ noch keinen großen Wert, und es gab kaum eine Politik von seiten des Staates, die Ansiedlungen zu reglementieren. Dies änderte sich zu Beginn der 70er Jahre von Grund auf.

1.2 Das ‚Projekt Rio-Tijuana‘

Im Rahmen allgemeiner regionaler Förderungsprogramme nahm die Regierung Echeverría das infrastrukturelle Großprojekt ‚Rio Tijuana‘ in Angriff. Das Interesse auf Regierungsseite bestand darin, durch die Kanalisierung des Flusses und die Kommerzialisierung der Region Kapital anzuziehen, Arbeitsplätze zu schaffen und so die ‚Zona del Río‘ als Standort für künftige Wirtschaftsaktivitäten interessant zu machen. Die geplante Umgestaltung der ‚Zona‘ bedeutete aber gleichzeitig, daß ca. 20.000 Familien³, die zwischen der US-Grenze und dem Staudamm lebten, umgesiedelt werden mußten.

Die Junta Federal de Mejoras Materiales ging mit den drei Gruppen von Siedlern folgende Vereinbarungen ein: Diejenigen, die im Besitz von Urkunden der SARH oder eines Kaufvertrages waren, sollten eine Entschädigung für ihr Land in der ‚Zona del Río‘ erhalten. Die illegalen Siedler sollten auf einem 90 ha großen Gebiet im Süden des Bezirks La Mesa angesiedelt werden. Die JFMM versprach, dieses Gebiet, das später unter dem Namen Sánchez Taboada bekannt werden sollte, mit grundlegender Infrastruktur zu versorgen. Über die Verteilung und die Feststellung des Anrechts auf ein Stück Land wollte man anhand sozioökonomischer Studien der Betroffenen entscheiden.⁴ Bis 1973 waren 750 Familien aus dem ersten Abschnitt des Projekts, welcher von der Grenze bis zur Eisenbahnbrücke⁵ reicht, umgesiedelt. Insgesamt waren zum gleichen Zeitpunkt bereits 15 - 16% des Gebietes hauptsächlich an Investoren aus Guadalajara, Monterrey und dem Distrito Federal verkauft.⁶

1.3 Zwangsräumungen und Widerstand

Allerdings akzeptierten nicht alle Siedler des Rio Tijuana Gebietes die Angebote der JFMM zur Umsiedlung. So häuften sich die Fälle von Zwangsräumungen unter Zuhilfenahme brutaler Mittel wie Bull-

dozzer oder aber gleich der Polizei bzw. der Armee. Ende 1977 kam ein anderer Umstand der Regierung und der JFMM zur Hilfe. Schwere Regenfälle führten zu einem raschen Anstieg des Flusses und die anschließenden Überschwemmungen verwüsteten die Siedlungen ‚Echeverría‘ und ‚San José del Río‘⁷. Die Bewohner wurden ‚provisorisch‘ in ein Gebiet in Mesa de Otay umgesiedelt, das über keinerlei Versorgungsleistungen verfügte. Die Situation verschärfte sich im März 1978. Der Anstieg des Wasserstandes im Stau-becken der Presa Rodríguez führte zu einer offensichtlich gelenkten Panik unter der Bevölkerung in der Nähe des Sees. Obwohl die Anlage für 137 Mio. m³ Wasser vorgesehen war, begann die JFMM bereits bei Erreichen der 80 Mio. m³-Marke mit massiven Räumungen⁸ aus Sicherheitsgründen.⁹ Die Angaben über die genaue Zahl schwanken. Veana Juárez, gibt mehr als 100.000 Leute an, wovon allein am 7. März 25.000 Personen unter Einsatz des Militärs umgesiedelt worden sein sollen.⁹

Das plötzliche Anschwellen der Bevölkerung in Mesa de Otay führte zu einer Verschärfung der hygienischen Bedingungen in den provisorischen Zeltlagern. Binnen weniger Tage starben 12 Kinder und zwei Erwachsene.¹⁰

Diese unhaltbaren Umstände führten zu schweren Unruhen unter der Bevölkerung in Mesa de Otay, zumal zuvor von der Regierung gemachte Zusagen nicht eingehalten worden waren.

Die Wut der Umgesiedelten entlud sich während des Besuchs des damaligen Staatspräsidenten López Portillo, der im April 1978 in Begleitung des Gouverneurs Roberto de la Madrid die Siedlung aufsuchte. Auf einer Massenversammlung von ca. 3.000 Siedlern mußte López Portillo zugestehen, den Vertriebenen Entschädigungen für den Verlust ihrer Häuser und kleinen Arbeitsstätten in der Zona del Río zu zahlen, sowie dafür zu sorgen, daß ihnen Grundstücke und Baumaterial zu niedrigen Preisen überlassen werden.¹¹ Allerdings wurden diese Zusagen nie eingehalten. Schon im Mai machte sich daher eine Kommission von Vertretern aus Mesa de Otay und der in der Zona del Río verbliebenen Siedler nach Mexiko-Stadt auf, um mit dem Präsidenten zu sprechen. Diese Aktion galt als eine der ersten Manifestationen der Bildung von unabhängigen Einwohnerkomitees in den betreffenden Ansiedlungen. Die Kommission repräsentierte die Siedlungen ‚El Rosal‘, ‚Mesa de Otay‘, ‚San José del Río‘ und ‚San Martín‘. Diese Komitees schlossen

sich Mitte 1978 zum ‚Comité Coordinador de las Colonias del Río Tijuana‘ zusammen, aus dem später die CUCUTAC hervorging.

In einem offenen Brief klagte das Komitee die Regierung de la Madrid an, die Zusagen des Präsidenten nicht zu erfüllen. Gleichzeitig zwänge das Instituto Nacional para el Desarrollo de la Comunidad y de la Vivienda (INDECO), welches mit der Beschaffung neuen Wohnraumes für die Umgesiedelten beauftragt war, eben jene Siedler, überhöhte Kredite für Grund und Boden sowie Baumaterialien zu akzeptieren.¹² Die Bildung der genannten Einwohnerkomitees war auch als Reaktion auf die Politik bereits vorhandener Organisationen in der ‚Zona del Río‘ zu verstehen. Diese Organisationen waren weitgehend von Parteigruppierungen dominiert. Den stärksten Einfluß übte die PRI aus, deren Vertreter sich nicht gegen die Räumung an sich, sondern gegen die Art des staatlichen Vorgehens wandten.¹³

Auch die Kommunistische Partei PCM unterstützte die Argumentation des Staates, indem sie die Besetzungen von Grundstücken in Bundesbesitz verurteilte. Als einzige Partei trat die trotzkistische PRT für ein Verbleiben der Siedler in der ‚Zona del Río‘ ein.¹⁴ Aus dieser Situation heraus wandten sich die Komitees zur Verteidigung der Interessen der Siedler sowohl gegen die PRI als auch gegen die PCM. Mitte 1979 gründete sich die CUCUTAC mit einer Basis in 4 Siedlungen, ‚San Martín‘, ‚San José del Río‘, ‚El Rosal‘ und ‚División del Norte‘.¹⁵ Die Inhalte ihres Kampfes bildeten zu dieser Zeit in erster Linie der Widerstand gegen weitere Umsiedlungen aus der ‚Zona del Río‘, die Denunzierung des Ausverkaufs der ‚Zona‘ an in- und ausländisches Kapital sowie der Einsatz für bessere Wohn- und Lebensbedingungen der Umgesiedelten in Mesa de Otay.¹⁶ Catalino Zavala gehörte von Anfang an zu den Protagonisten der Bewegung.

1.4 Die Katastrophe

Die Ereignisse der Nacht vom 29. auf den 30. Januar 1980 veränderten radikal die ‚Zona del Río‘ wie auch den Kampf der CUCUTAC. In dieser Nacht öffneten sich die Schleusen des überfüllten Staudammes und überspülten weite Teile der ‚Zona del Río‘. Noch am Tage zuvor hatte die Regierung via SARH und CESP¹⁷ erklärt, es bestehe kein Grund zur Beunruhigung, die Situation nach den Regenfällen des Januar sei vollkommen unter Kontrolle. Wenige Stunden später stand die ‚Zona del Río‘ unter Wasser.

„... Das Wasser überraschte die Leute im Schlaf. Wer wie wir das miterlebte, wird es schwerlich vergessen können. Es gibt Leute, die alles verloren, was sie besaßen, bis hin zu ihrem Leben. An diesem Morgen herrschte ein schrecklicher Nebel, man konnte nichts sehen und hörte nur die Häuser, die zusammenstürzten, die Schreie der Leute, welche um Hilfe riefen, ohne daß wir etwas hätten tun können ... Wir baten die Behörden um Hilfe, die Feu-

erwehr, die Polizei, wir gingen zu sämtlichen Behörden, die es zu dieser Zeit gab, um Hilfe zur Rettung der Leute zu erbitten; alle lehnten es ab zu helfen, weil sie keine Ausrüstung hätten, weil sie nicht könnten. Sie sagten uns, daß nur Hilfsmansschaften mit Ausrüstung aus den Vereinigten Staaten (helfen könnten, H. L.); wir sagten ihnen, sie sollten sie anfordern und sie sagten, sie könnten dies nicht. Insgesamt fühlten wir, daß die ganze Sache vorbereitet war, daß es eine Gelegenheit für die Regierung war, uns von hier zu vertreiben und daß es sie nicht störte, daß bei der Besitzergreifung der Gebiete Leute draufgingen. Als der folgende Tag anbrach, war das Panorama verheerend. Zerstörte Siedlungen, zusammengestürzte Häuser, Leute auf der Suche nach Verwandten; einige versuchten, etwas zu retten, ein wenig von ihren Habseligkeiten, die zurückgeblieben waren. Damit hatte die Bundesregierung, hatte die Staatsregierung einen schweren Schlag gegen die Siedler geführt, die das Land der Zona del Río verteidigten. Man weiß nicht genau, wieviele Leute starben, es wurde berichtet, daß einige Körper in San Diego gefunden wurden, aber man weiß nicht genau wieviele ...“.¹⁸

Nach der Überschwemmung wurde das gesamte Gebiet vom Militär abgeriegelt, um eine Rückkehr der Menschen zu verhindern. Über die Vorgänge kurz vor der Schleusenöffnung gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Die Regierung behauptet, man hätte die Schleusen öffnen müssen, da sonst der Staudamm gebrochen wäre. Dies wäre allerdings bei niedrigerem Wasserstand nicht möglich gewesen, da die Motoren nicht funktioniert hätten. Gegen diese Argumentation spricht, daß die Schleusen über ein dreistufiges Sicherheitssystem verfügen, das unmöglich in allen seinen Teilen blockiert haben könne¹⁹, zum anderen der Hinweis von Ingenieuren, der Staudamm hätte selbst bei Überlaufen nicht brechen können. Zudem stellt sich die Frage, warum die Regierung kurz vor der ‚Notöffnung‘ öffentlich erklärt hatte, sie habe die Situation unter Kontrolle. Eine Warnung an die Siedler war nicht ergangen.

Demgegenüber erscheint die Einschätzung, es habe sich um ein geplantes Vorgehen gehandelt, um die Umsiedlung zu beschleunigen und den Widerstand zu ersticken, weitaus plausibler. Darauf deuten sowohl die Umstände vor der Katastrophe hin als auch die konzertierte Weigerung sämtlicher Behörden, Hilfestellung zu leisten, sowie die sofortige Abriegelung des Geländes durch das Militär. Die Regierung hatte ein wesentliches Ziel erreicht: Bis auf 4.000 bis 5.000 Familien war die ‚Zona del Río‘ geräumt.

1.5 Der Kampf um Sánchez Taboada

Nach der Katastrophe des Januar stehen Tausende von Siedlern vor der Frage nach einem neuen Zuhause. Die Regierung bietet Ausweichquartiere zum Kauf in den Vierteln Sánchez Taboada, Guay-

cura und Reforma an. Während die PRI- und PC-dominierten Organisationen sofort einwilligen, fordert die CUCUTAC Garantien für die verbleibenden Siedler in der ‚Zona del Río‘ sowie die kostenlose Überlassung von Grundstücken und Baumaterial. Es beginnt ein langer und zäher Kampf mit den Behörden um die Erfüllung der Zusagen bezüglich Land, Baumaterial und Infrastruktur in Sánchez Taboada. CUCUTAC nutzt jede Gelegenheit, auf die Lage der Umgesiedelten aufmerksam zu machen. Als im Juli 1980 Präsident López Portillo anreist, um die ersten Bauwerke im ersten Abschnitt der neu entstandenen ‚Zona‘ einzuweihen, gelingt es der Regierung trotz massiver Unterstützung durch PRI und CTM sowie anderer regierungstreuer Institutionen nur knapp, eine Massendemonstration von CUCUTAC und anderen unabhängigen Institutionen und Organisationen zu verhindern. Man hatte versucht, durch Einstellung des Busverkehrs in bestimmte Stadtteile und Autoblockaden den Aufmarsch der Demonstranten zu verhindern.²⁰

Seit der Überschwemmungskatastrophe besteht CUCUTAC wieder auf einem Gespräch mit dem Gouverneur, das an dessen Weigerung scheitert.

Bis zum Oktober 1980 werden in Sánchez Taboada 900 Familien angesiedelt. Sie erhalten Grundstücke und Baumaterial für ein Kernhaus. Weiteren 100 Familien wird die Anerkennung als Geschädigte von den Behörden verweigert, da sie in der Zona angeblich nur als Mieter gelebt hätten und deswegen auch über keinen Anspruch auf Entschädigung verfügten.

Anlässlich einer Massendemonstration am Día de la Raza, dem 12. 10. 1980 fordert CUCUTAC von neuem die Anerkennung des Rechts der 100 Familien. Kurz zuvor hatten 65 Familien brachliegende Grundstücke in Sánchez Taboada besetzt.²¹ Diese Entscheidung war auf einer Volksversammlung der CUCUTAC gefallen, um der Forderung nach Anerkennung Nachdruck zu verleihen. Als Reaktion auf die Mißachtung ihrer Situation durch die Behörden besetzten im Anschluß an die Demonstration weitere 25 Familien ein Gelände in Sánchez Taboada.²²

Daraufhin drohen JFMM, INDECO und SAHOPE mit Räumungen.²³ CUCUTAC antwortet mit der Ankündigung weiterer Besetzungen, falls die Behörden nicht einlenken.²⁴ Gegen Ende Oktober steigt die Zahl der besetzten Grundstücke in Sánchez Taboada auf über 100, gleichzeitig geht die Räumung in der ‚Zona del Río‘ im zweiten Abschnitt des Projekts weiter. Betroffen sind diesmal die Siedlungen Chamizal und San José del Río.²⁵

Anfang Februar 1981 wird gegen Catalino Zavala von der JFMM wegen Diebstahl öffentlichen Eigentums anlässlich der Besetzung der brachliegenden Grundstücke im September 1980 Anzeige erstattet.²⁶ Allerdings verweigert die zuständige Bundespolizei die Annahme der Anzeige, nachdem mehrere Abordnungen der Siedler aus Sánchez Taboada sowie Zavala selbst den Beamten die Lage erklärt und

zugleich auf die ablehnende Haltung der Landesbehörden über eine einvernehmliche Lösung hingewiesen hatten.²⁷ Kurz darauf findet eine Massendemonstration verschiedener Organisationen gegen die repressive Politik der Regierung de la Madrid statt.²⁸ Nur knapp eine Woche später denunziert Zavala in der Redaktion der Zeitung ABC Drohungen von seiten der Regierung gegen seine Person und seine Familie. Ihm sei bedeutet worden, daß er des Landes verwiesen würde, wenn er seine Aktivitäten in CUCUTAC und PRI fortsetze. Ähnliches war zuvor im Falle eines Streiks an der UABC geschehen, als zwei Mitglieder des Lehrkörpers entführt und außerhalb des Bundesstaates gebracht wurden.²⁹ Kurz darauf wird ihm durch einen Journalisten ein weiteres ‚Angebot‘ unterbreitet, 30.000 Dollar in bar, wenn er seine Aktivitäten in der CUCUTAC einstelle. Zusätzlich werden die Drohungen gegen seine Familie erneuert.³⁰ Weder Drohungen noch Bestechungsversuche können allerdings Zavala und CUCUTAC einschüchtern.³¹ Deswegen gilt er in den Augen der politischen Polizei als ‚Staatsfeind Nr. 1‘.³² Obwohl sich CUCUTAC zu dieser Zeit ständig bemüht, ein Gespräch mit dem Gouverneur zu vereinbaren, wird dies von Regierungsseite abgelehnt. Das Jahr 1982 bringt institutionelle Veränderungen und eine weitere Verschärfung der Repression. Seit dem 16. 11. 1981 ist die Promotora del Desarrollo Urbano del Río Tijuana Sociedad Anónima - PRODUTSA -, in die das gesamte Vermögen von JFMM und INDECO übergeht, für die weitere Entwicklung des Projektes Río Tijuana und somit auch für die Umsiedlung zuständig.³³ Obwohl CUCUTAC zunächst mit der Anerkennung des Wohnrechts für die 100 Familien in Sánchez Taboada einen Teilerfolg erzielen kann,³⁴ zeigt sich im September, daß die Regierung entschlossen ist, mit allen Mitteln den Aktivitäten der CUCUTAC den Boden zu entziehen. Ein erstes Anzeichen ist das brutale Vorgehen der Polizei im Vorfeld des Besuchs von Präsident López Portillo im September 1982. CUCUTAC hatte eine Demonstration angekündigt, um während des Aufenthaltes von López Portillo in Tijuana mit dem Staatsoberhaupt über die Lage der Umgesiedelten in Sánchez Taboada sowie die unerfüllten Versprechungen der Landesregierung zu diskutieren. Ehe allerdings sich der Zug in Sánchez Taboada formieren kann, wird er von der Polizei noch in der Siedlung auf brutale Weise auseinandergetrieben. Dabei werden verschiedene CUCUTAC-Führer, unter ihnen Zavala, geschlagen und vorläufig festgenommen. Der schlimmste Zwischenfall ereignet sich allerdings, als ein Polizist einer hochschwangeren Frau in den Unterleib tritt, worauf sie ihr Kind verliert. Daraufhin werden die Polizisten von den Bewohnern mit Steinen beworfen, eine Reaktion, die noch Folgen haben sollte. Ein Gespräch mit dem Präsidenten findet nicht statt.³⁵ Mitte November ändert sich die Strategie gegenüber CUCUTAC. Neben

der Repression durch die Polizei greift die Regierung zu anderen Mitteln, um CUCUTAC und die Bewegung der Siedler in Sánchez Taboada zu schwächen. Aufgrund der am 22.10.1982 vom Gouverneur gemachten Zusage, an weitere Siedler in Sánchez Taboada billigen Grund und Boden zu verkaufen, und der Weigerung der PRODUTSA, diese Zusage umzusetzen, besetzt CUCUTAC Grundstücke. Gleichzeitig findet aber noch eine andere Besetzung in Sánchez Taboada statt, in deren Licht die Zusage des Gouverneurs vollkommen anders erscheint. Unter Führung des PRI-Mitgliedes und regionalen Vorsitzenden der CNOP³⁶, Gilberto Portugal, nehmen ca. 800 Leute ein Gebiet von 150 Grundstücken in Besitz. Unmittelbar nach dieser Aktion kündigt PRODUTSA die ersten Kaufverträge mit den Besetzern an.³⁷ Die Besetzer waren zuvor mit Autobussen aus anderen Stadtteilen mit dem Versprechen auf ein eigenes Grundstück in Sánchez Taboada abgeholt worden.³⁸ Mit Hilfe von Technikern und Ingenieuren der PRODUTSA werden ihre Parzellen abgesteckt. Während also CUCUTAC monatelang um grundlegende Infrastruktur und Wohnrecht kämpfen muß, geschieht die Anerkennung der CNOP-Besetzung durch die Behörden binnen weniger Tage. Damit wird auch die politische Stoßrichtung der Aktion klar. Zum einen soll durch die politische Konkurrenz um den Boden in Sánchez Taboada der Konflikt zwischen CUCUTAC und CNOP geschürt werden, zum anderen werden die ‚neuen‘ Besetzer als Marionetten von PRI und CNOP, vor allem von seiten Gilberto Portugals, der bei den bevorstehenden Wahlen zum Landesparlament auf ein Mandat spekuliert, benutzt. Dies zeigt sich unter anderem daran, daß den CNOP-Besetzern für ihr Grundstück und die administrativen Regelungen ‚cuotas‘ abgeknöpft werden, deren Verbleib vollkommen unklar ist.³⁹ Diese neue Situation trifft die CUCUTAC zunächst vollkommen unvorbereitet. Durch den täglichen Zustrom von neuen CNOP-Leuten⁴⁰ sieht sie auch ihre eigenen Grundstücke bedroht. Gilberto Portugal schürt das Mißtrauen ‚seiner‘ Besetzer, er weist immer wieder darauf hin, CUCUTAC wolle den CNOP-Leuten ihr Land wegnehmen. So entsteht bei diesen eine Verteidigungsmentalität gegen CUCUTAC.⁴¹ Neben der Offensive von CNOP und PRI schlägt im Dezember 1982 auch die staatliche Repression wieder zu. Am 13. 12. werden Catalino Zavala und Luz Maria Uribe, die Präsidentin der CUCUTAC, von der Polizei festgenommen.⁴² Anlaß der Verhaftung ist eine Anzeige der Polizei wegen Beschädigung fremden Eigentums und Körperverletzung nach den Ereignissen des September anlässlich des Besuchs von López Portillo. Der formelle Haftbefehl ergeht am 10. 1. 1983. Die Anzeige der CUCUTAC wegen der Ermordung des ungeborenen Kindes war bis dahin nicht bearbeitet worden. Somit werden aus Verfolgten Verfolger und Kriminelle gemacht.⁴³ Die CUCUTAC mobilisiert ihre Mitglieder zu verschiede-

nen Protestdemonstrationen, auf denen auf die zynische Verdrehung der Tatsachen hingewiesen und eine Bestrafung der Schuldigen für den Tod des Kindes gefordert wird. Außerdem stellt CUCUTAC die Verbindung zu den Besetzungen in Sánchez Taboada her und fordert auch die Festnahme von Gilberto Portugal.⁴⁴ Tatsächlich findet zwar nicht die Festnahme Portugals, aber zumindest eine gerichtliche Anhörung statt. Der ständige, von CNOP und PRI gesteuerte Zufluß neuer Wohnungssuchender hatte dazu geführt, daß außer Land in PRODUTSA-Besitz auch privates Land in der Nähe besetzt worden war. Der Eigentümer hatte daraufhin Anzeige erstattet, deren Erfolg allerdings bescheiden bleibt. Nach unzähligen Behördengängen beschließt er, sein Land in Sánchez Taboada an PRODUTSA zu verkaufen!⁴⁵ Verschiedene Faktoren führen Mitte Februar allerdings zu einer Kehrtwendung der Politik gegenüber CUCUTAC. Der wichtigste Grund für diese Änderung dürfte in der Tatsache zu suchen sein, daß die Amtszeit de la Madrids dem Ende zugeht und er mit einem guten Image abtreten will. Zum zweiten hatte die Behandlung des Falles Portugal und die skandalöse Verhaftung der CUCUTAC-Führer Unmut in Bevölkerung und Presse hinterlassen, was zusammengenommen zur Anordnung de la Madrids führt, den Fall Zavala / Uribe nicht weiter zu verfolgen. Die Anklage wird am 14. 2. aufgehoben, das Verfahren eingestellt.⁴⁶ Nicht nur die polizeiliche Repression wird eingestellt, die Regierung signalisiert auch Gesprächsbereitschaft. Schon einige Tage später gewährt de la Madrid Zavala und CUCUTAC die seit Jahren geforderte Audienz, um eine Lösung der Probleme in Sánchez Taboada herbeizuführen. Zusammen mit Vertretern der PRODUTSA einigt man sich auf einen Zahlungsmodus für die noch nicht anerkannten besetzten Grundstücke der CUCUTAC in Sánchez Taboada. Hiernach sollen die Siedler ein Drittel, PRODUTSA ein weiteres Drittel und die Staatsregierung den Rest der Kosten für die Grundstücke übernehmen.⁴⁷ Mit diesem Ergebnis findet der Kampf der CUCUTAC um Sánchez Taboada einen vorläufigen erfolgreichen Abschluß. Allerdings schwelt weiterhin der Konflikt mit den Besetzern der CNOP und der PRI. Die Beharrlichkeit und Unbeugsamkeit der CUCUTAC während der zweieinhalb Jahre des Kampfes um Sánchez Taboada hatte allerdings noch ein weiteres Ergebnis: CUCUTAC wird zunehmend attraktiv als eine unabhängige Organisation von Siedlern, welche Erfolge durchzusetzen imstande ist. Diese Umstände werden wichtig bei den Ereignissen, die seit dem Sommer 1983 bis heute die Aktivitäten der CUCUTAC bestimmen.

1.6 Der Kampf um Mesa de Otay und El Tecolote

Die Ereignisse der zweiten Jahreshälfte 1983 stehen für CUCUTAC unter dem Eindruck des Erfolges in Sánchez Taboada, für die Regierung im Zeichen des bevor-

stehenden Wechsels von Roberto de la Madrid zu Xicoténcatl Leyva M.

Im Juni fordert CUCUTAC von der Regierung, sie solle Land in Regierungsbesitz in Mesa de Otay nahe der Ciudad Industrial der Masse der Wohnungslosen zur Verfügung stellen. Nach einem Gespräch beim Generalsekretär der Regierung, Bolaños Cacho, bietet diese statt dessen ein Gebiet von 30 ha in La Gloria, einem Landstrich auf dem Weg nach Mexicali, an, welches von Zavala als zu klein zurückgewiesen wird.⁴⁸ Nach erfolgreichem Bemühen besetzt CUCUTAC schließlich im Oktober 1983 mit ca. 3.500 Familien 100 ha Land im Gebiet des Ejido Chilpancingo, das teilweise von der Regierung zwecks Erweiterung der Ciudad Industrial enteignet worden war.⁴⁹ Einen Tag später kündigt die CNOP ebenfalls an, Gebiete in dieser Gegend besetzen zu wollen.⁵⁰ Allerdings bleibt in diesem Fall die Regierung hart. Wenige Tage vor der Regierungsübernahme an XLM sollen keine neuen Probleme geschaffen werden. Am 26. 10 räumen 550 Polizeibeamte das Gebiet in Mesa de Otay.⁵¹

In den ersten Tagen nach seinem Amtsantritt räumt XLM, der im Wahlkampf mit dem Versprechen ‚Ein Haus für jede arme Familie‘ angetreten war, CUCUTAC eine Audienz ein, auf der er sich für eine Lösung der Wohnproblematik der ca. 3.000 Familien einsetzen will. Anlässlich eines neuen Gesprächs am 22. 10. 1983 bietet er an, 500 Familien als ersten Schritt seines Regierungsprogramms in El Tecolote, La Gloria, zu niedrigen Preisen anzusiedeln. Innerhalb von drei Monaten soll die notwendigste Infrastruktur wie Wasser, Elektrizität und Straßen eingerichtet werden. Als Teil der Abmachung soll Catalino Zavala eine Liste der bedürftigen Familien zusammenstellen. Danach würde die Regierung die Liste prüfen und in Abstimmung mit den Einkommen der Familien die Zahlungsmodalitäten festlegen.⁵⁴ Übergabetag soll der 22. 2. 1984 sein.

Allerdings kommt es zu Konflikten, als von seiten der SAHOPE bekannt wird, daß die schnelle Einrichtung von Infrastrukturleistungen in El Tecolote aufgrund technischer und topographischer Probleme nicht möglich sei.⁵⁵ Aufgrund dieser Informationen fordert CUCUTAC Grundstücke gleichen Preises in Mesa de Otay, erst dann sei man unter Umständen bereit, über El Tecolote neu zu verhandeln.⁵⁶

Diese Tatsache nimmt wiederum Gilberto Portugal, CNOP-Führer und inzwischen PRI-Abgeordneter im Kongreß in Mexicali, zum Anlaß, CUCUTAC vorzuwerfen, sie diskreditiere das Regierungsprogramm. Die Regierung solle die Grundstücke besser der CNOP zur Verfügung stellen, da sich in ihren Reihen ‚wirklich Bedürftige‘ befänden.⁵⁷ Ende Februar fordert die Regierung Zavala auf, eine Liste der Familien vorzulegen, die in El Tecolote angesiedelt werden sollen.⁵⁸ Am 26. 2. 1984 findet die Übergabe der Grundstücke statt, die Catalino Zavala per Los an die ausgewählten Familien verteilt.⁵⁹

Bereits im März fordert Zavala 500 weitere Parzellen in El Tecolote. Außerdem sollen

in dieser Siedlung keine anderen politischen Gruppen zugelassen werden, da sonst Konflikte entstehen würden.⁶⁰ Dieser Forderung entgegnet Gilberto Portugal im April, die SAHOPE solle feststellen, ob die CUCUTAC-Siedler tatsächlich berechtigt seien, in El Tecolote zu siedeln. Bisher seien die notwendigen Unterlagen nicht beigebracht worden. Demgegenüber verfüge die CNOP über eine Liste von 15.000 Antragstellern, die der Grundstücke ‚dringend bedürftigen‘. Letzten Endes stellte sich heraus, daß nur 30 der CUCUTAC-Familien die notwendigen Unterlagen nicht beschaffen konnten.⁶¹ Mit dieser Auseinandersetzung um El Tecolote, die nicht die letzte sein wird, schließen wir die ‚Chronologie der Ereignisse‘ ab. Es wird im folgenden darum gehen, anhand der Geschichte der CUCUTAC einige strukturelle Fragen zu beleuchten, welche für die Einschätzung der CUCUTAC als städtischer Sozialbewegung in Mexiko eine Grundlage bilden soll. Es bietet sich an, die Untersuchung in verschiedene, in ihren Dimensionen unterschiedliche Komplexe zu untergliedern. Demnach soll zunächst der Bereich der Organisation und der Aktionsformen in Betracht kommen. Danach soll ihr Verhältnis zum Staat zu anderen städtischen Sozialbewegungen beleuchtet werden.

2. Organisation, Inhalte und Aktionsformen der CUCUTAC

Im Unterschied zu den meisten vergleichbaren städtischen Sozialbewegungen gibt es bei der CUCUTAC eine formale Mitgliedschaft, welche in ihrer Rechtsform der ‚Asociación Civil‘ zum Ausdruck kommt. Allerdings lassen die vorliegenden Dokumente und übrigen Quellen keinen Schluß auf die tatsächliche Bedeutung dieser Formalität zu. Anhand der Aktionen ist eher auf eine lockere Handhabung dieses Umstandes zu schließen, was sich unter anderem auch in der unterschiedlich starken Beteiligung an bestimmten Aktionen ablesen läßt.

Über den genauen organisatorischen Aufbau der CUCUTAC gibt es nur spärliche Hinweise. Auf der Ebene einer Siedlung werden pro Häuserblock Repräsentanten gewählt, welche einer Art imperativem Mandat unterliegen. Die Vertreter der einzelnen Häuserblocks bilden einen Vertreterrat, aus dem heraus ein Direktorium benannt wird. Auf einer höheren, die einzelnen Siedlungen übergreifenden Ebene bilden wiederum Vertreter der einzelnen Direktorien einen ‚Aufsichtsrat‘, der den Präsidenten der Bewegung bestimmt.⁶² Die einzelnen Siedlungen gelten als Sektionen der CUCUTAC. Neben diesen Gremien existieren weitere ‚Sekretariate‘, deren genaue Anzahl sich nicht bestimmen läßt. In mehreren offenen Briefen taucht beispielsweise das ‚Sekretariat Presse und Öffentlichkeitsarbeit‘ auf. Wenn auch die Informationen über die Struktur der CUCUTAC vereinzelt und über die Praxis der Entscheidungsfindung, welche bisweilen auf Vollversamm-

lungen des gesamten Viertels zurückgreift, inexistent sind, lassen sich dennoch basisdemokratische Züge erkennen, welche im Aufbau von unten nach oben sowie im imperativen Mandat zum Ausdruck kommen. Diese Struktur darf sicher nicht mit der Elle theoretisch sauberer Demokratiemodelle gemessen, sondern muß den traditionellen klientelistischen und paternalistischen Strukturen städtischer Sozialbewegungen gegenübergestellt werden, die von Cornelius einmal mit dem Begriff ‚städtischer Caziquismus‘ belegt wurden.⁶³ Die CUCUTAC sprengt sowohl diesen hierarchisch und vertikal strukturierten Klientelismus einzelner ‚befähigter Führer‘ als auch den Versuch, von außen, das heißt in erster Linie von seiten des Staates - sei es via PRI oder CNOP - als Bewegung instrumentalisiert zu werden. Über die soziale Zusammensetzung der CUCUTAC lassen sich aufgrund des vorliegenden Materials nur tendenzielle Aussagen über Hilfskonstruktionen treffen. Ein großer Teil der Mitglieder besteht aus lohnabhängig Beschäftigten, welche einerseits im Bereich des Handels und der Dienstleistungen des nahe gelegenen Zentrums sowie andererseits in einer Vielzahl von Kleinunternehmen der nichtkapitalistischen Warenproduktion als auch in kleinen Dienstleistungsbetrieben tätig sind. Ein weiterer Teil rekrutiert sich aus selbständigen Kleinhändlern und Angehörigen der traditionellen Kleinbourgeoisie, vor allem im Handel mit Lebensmitteln, Kleidung etc. Darüber hinaus gehören viele unregelmäßig Beschäftigte und Arbeitslose zu den Trägern der CUCUTAC. Diese Charakterisierung basiert wesentlich auf einer Einschätzung der Sozialstruktur der Bewegung noch innerhalb der ‚Zona del Rio‘. Inwieweit sie sich auf die Verhältnisse in Sánchez Taboada übertragen läßt, muß hier offen bleiben. Eine im Vergleich zu anderen städtischen Sozialbewegungen ähnlich starke Rolle spielt die Beteiligung von Frauen an den Aktionen und in der Führung der Bewegung. Dies spiegelt sich nicht zuletzt darin, daß Luz María Uribe seit Jahren als Präsidentin der CUCUTAC fungiert.

Die Inhalte der Forderungen der CUCUTAC sind einerseits objektiv begründet, andererseits folgen sie der Entwicklung staatlichen Handelns, das heißt den konkreten Aktionen des Staatsapparates als auch der jeweiligen politischen Konjunktur.

Als objektive Forderungen möchten wir diejenigen bezeichnen, welche unmittelbar mit der (fehlenden) Befriedigung des Grundbedürfnisses Wohnen, zusammenhängen. Es handelt sich um den Kampf um billigen, das heißt für die sozioökonomische Lage der Betroffenen erschwinglichen Grund und Boden sowie die Einrichtung von städtischen Dienstleistungen sowohl im Bereich der materiellen als auch der sozialen Infrastruktur.

Ein zweiter Schwerpunkt der Forderungen ergibt sich aus den Folgen der staatlichen Politik, das heißt in erster Linie der Praxis der Umsiedlungen und Zwangsraumungen in der Zona del Rio. Hierbei

handelt es sich um den (vergeblichen) Kampf, die Verantwortlichen in politischen Entscheidungsinstanzen und im Verwaltungsapparat für ihr Verhalten zur Rechenschaft zu ziehen. Unzählige sind dabei die Forderungen nach Absetzung bestimmter Schlüsselfiguren, sei es in der JFMM, im INDECO, in den Consejos de Colaboración⁶⁴, die den Anwohnern für infrastrukturelle Leistungen überhöhte Beiträge abpressen, in der SAHOPE, die sich jahrelang gegenüber den Forderungen der CUCUTAC taub stellte, oder schließlich der PRODUTSA, in deren Fall die Denunzierung von offensichtlichen Korruptionsfällen hinzukommt. Ebenso fallen in diesen Bereich Forderungen nach Bestrafung der Verantwortlichen für die Überflutung der Zona del Rio wie der Schuldigen des Mordes an dem ungeborenen Kind in Sánchez Taboada.

In den dritten Bereich der Forderungen lassen sich diejenigen einreihen, die sich insbesondere nach der plötzlichen Änderung der Politik de la Madrids im Frühjahr 1983 und verstärkt nach dem Regierungswechsel zu Xicoténcatl Leyva M. durchsetzen. Zwar geht es hierbei auch in erster Linie um die Er kämpfung des Wohnrechts, allerdings lassen sich gewisse Nuancierungen feststellen, die sich auf das Verhältnis zu anderen Bewegungen, zum Beispiel der CNOP, beziehen. Anders ausgedrückt: In diesen Forderungen kommt ein feinerer Sinn für die mögliche Durchsetzbarkeit, eine Sensibilität gegenüber der politischen Interessenslage der Herrschenden zum Vorschein.

Die Aktionsmöglichkeiten und Druckmittel der CUCUTAC zur Untermauerung bzw. Durchsetzung ihrer Forderungen sind äußerst begrenzt. Die Realisierung bestimmter Forderungen hängt eher von der politischen Konjunktur im allgemeinen sowie kurzfristigen Opportunitätsabwägungen einzelner Behörden ab als von den Aktionen der Bewegung.

Trotz dieser allgemeinen Einschränkung entwickelt CUCUTAC im Laufe der Jahre eine Reihe von öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Organisation von Massendemonstrationen und den gezielten Einsatz von kleinen Abordnungen, Komitees und Gruppen zur Unterstützung von Gesprächsersuchen oder bei der Übergabe von Petitionsschreiben. Der Einsatz dieser Mittel, das heißt die Forderung nach Gesprächen mit Behördenvertretern bzw. die Eingabe von Petitionen, die bis 1983 regelmäßig abgelehnt wurden, hat in nicht unbeträchtlichem Maße zu einer Aufwertung der Forderungen in der Öffentlichkeit geführt. Das wirksamste Mittel zur Erregung der öffentlichen Aufmerksamkeit stellt allerdings der gezielte Einsatz der Presse, das heißt in erster Linie bestimmter Tageszeitungen oder Wochenblätter dar. Bei fast allen Anlässen zur Unterstützung von Forderungen oder aber der Denunzierung staatlicher Willkür und Repression werden die Medien zumeist durch den Besuch einer Abordnung in der Redaktion miteinbezogen. In diesem Punkt liegt ein wesentlicher Unter-

schied und Vorteil der CUCUTAC gegenüber anderen Bewegungen. Aus dem guten Kontakt zu den ‚bürgerlichen‘ Medien erklärt sich auch, daß niemals ernsthaft der Versuch unternommen wurde, eine eigene Gegenöffentlichkeit über die Herausgabe einer Zeitung zu schaffen.

Als weitere wesentliche Aktionsform der CUCUTAC ist die organisierte Besetzung von brachliegendem Land zu betrachten, sei es aus schierer Verzweiflung oder aus dem Versuch heraus, der Forderung nach Wohnrecht Nachdruck zu verleihen, indem vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Im letzten Jahr des Untersuchungszeitraumes tritt als letzte Aktionsform aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen noch das gezielte Gespräch mit den führenden Repräsentanten von Behörden und Ministerien hinzu.

3. Zum Verhältnis von CUCUTAC und Staat

Die Abhandlung dieses Punktes umfaßt sowohl das Verhältnis der CUCUTAC zum Staat und seinen Apparaten als auch die staatliche Politik gegenüber der Bewegung.

Grundsätzlich lassen sich dabei zwei Phasen unterscheiden:

Die erste reicht von der Gründung der CUCUTAC bis zum Februar 1983, die zweite dauert (noch) an.

Grundlegend für das Verständnis der staatlichen Politik ist in diesem Zusammenhang die Durchsetzung des Projekts Rio Tijuana, die mit allerhöchster Priorität vorangetrieben wurde. Die Zona del Rio hatte im Rahmen der allgemeinen Stadtentwicklung einen Schlüsselcharakter erhalten. Hier sollte nicht nur das neue Verwaltungszentrum Tijuanas entstehen, das Gebiet war ebenso als Standort für Dienstleistungsunternehmen aber auch in geringerem Umfang für Industriebetriebe ausgewiesen. Die Attraktivität der gesamten Zone als Anlageregion für Kapital aus dem ganzen Land erhöhte den Grundstückswert sprunghaft. Die mögliche Nutzbarkeit war mit der tatsächlichen Nutzung, der Existenz ausgebreiteter Elendsviertel nicht mehr kompatibel. Von daher betrieb der Staat zunächst eine Politik der ‚weichen Verdrängung‘ über das Angebot von Entschädigungen, welche zumeist aber nur denjenigen zugute kamen, die einen Bodenbesitznachweis besaßen. Die große Mehrheit der Bewohner der illegalen und spontanen Siedlungen wurde von diesen Angeboten kaum berücksichtigt. Nicht zuletzt darin liegt auch der Grund für die langsam entstehende Widerstandsbewegung gegen die Umsiedlungen. Die meisten Siedler hatten all ihre Habe in die Häuser investiert, wohnten teilweise schon Jahre in der ‚Zona‘ und hatten zum Teil auch ihren Arbeitsplatz hier. Von daher waren sie wenig geneigt, die ‚Zona‘ zu verlassen.

Diese Entwicklung erklärt den in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre repressive Züge annehmenden Charakter der staatli-

chen Politik gegenüber den Siedlern in der Zona del Rio im allgemeinen und natürlich den sich bildenden Organisationen im besonderen. Die repressive Einstellung gegenüber den Bewegungen nimmt dann umso schärfere Züge an, als sie sich, wie im Falle der CUCUTAC, nicht mehr über die staatlichen Kontrollorgane wie PRI oder CNOP manipulieren lassen. Die Zwangsumsiedlungen von 1978, vor allem aber die planmäßige Überflutung eines großen Teils der ‚Zona‘ unter Inkaufnahme von Todesopfern sind ein Ausdruck der zynischen Folgerichtigkeit des staatlichen Handelns.

Die Einschätzung der CUCUTAC als lästige Bewegung oder gar als politisch gefährliche Vereinigung setzt sich in der Auseinandersetzung um Sánchez Taboada fort. Zwar wird als ein Zugeständnis den ersten 900 Familien ein Wohnrecht und das Recht auf Entschädigung zugesichert, doch jedwede weitergehende Forderung trifft auf schroffe Ablehnung oder schlichte Nichtbeachtung. In dem Maße, wie CUCUTAC ihre Basis in Sánchez Taboada konsolidiert und gewissermaßen zum Kristallisationspunkt des Kampfes der Zwangsumgesiedelten wird, verschärft sich die staatliche Repression. Die Führer der CUCUTAC werden einer totalen Überwachung unterzogen, wobei alle Register der Einschüchterung gezogen werden. Dies bezieht sich im einzelnen auf die gewaltsame Auflösung von Protestmärschen in politisch brenzligen Situationen, einem Präsidentenbesuch etwa, wobei auch Todesopfer einkalkuliert werden, auf die planmäßige Bedrohung von einzelnen Führern wie Catalino Zavala und dessen Familie bis hin zu offenen Drohungen über mögliche Deportationen aus dem Bundesland, falls die politische Aktivität nicht eingestellt wird. Die Eskalation der Repression vollzieht sich in willkürlichen Verhaftungen und Anklagen. Zwar wird Catalino Zavala niemals verurteilt, doch versuchen Polizei und Staatsanwaltschaft immer wieder, auf diese Weise die CUCUTAC zu schwächen.

Ein weiteres Hilfsmittel hierzu ist der massive Versuch, die Führer der Bewegung durch Bestechung zur Aufgabe zu zwingen, indem ihnen hohe Geldsummen oder Berufskarrieren versprochen werden.

Diese repressiven Taktiken sind gepaart mit offiziellem Schweigen und Nichtbeachtung. So gelingt es der CUCUTAC über zwei Jahre lang nicht, ein Gespräch mit dem Gouverneur zu führen. Erst als all diese Kunstgriffe die Dynamik der Bewegung nicht aufzuhalten vermögen, gehen die Behörden im Zusammenspiel mit der Staatspartei PRI und ihres verlängerten Armes, der CNOP, dazu über, die CUCUTAC an einer anderen Stelle zu treffen.

Organisierte Landbesetzungen in Sánchez Taboada sollen der CUCUTAC die Alleinvertretung der Interessen der Wohnungslosen und Zwangsumgesiedelten streitig machen. PRI und CNOP bringen Tausende von Bedürftigen nach Sánchez Taboada und erreichen ‚erstaunlicherweise‘ binnen weniger Tage, wofür CUCUTAC seit Jahren erfolglos gekämpft

hatte. Gleichzeitig wird planmäßig der Konflikt zwischen CUCUTAC und CNOP geschürt.

Während dieser gesamten ersten Phase behält und entwickelt CUCUTAC eine Position des unbedingten Konfliktes mit dem Staat und seinen Repräsentanten, seien es leitende Beamte, Polizei, Justiz oder gar der Gouverneur. Diese Haltung ist durch das Verhalten der Institutionen bedingt und trägt zur enormen Steigerung der Legitimität der CUCUTAC und ihrer Aktionen bei.

Den Wendepunkt der staatlichen Politik gegenüber der CUCUTAC stellt die plötzliche Kehrtwendung des Gouverneurs im Frühjahr 1983 dar. De facto stellt dieser neue Kurs gegenüber der CUCUTAC eine wesentliche Aufwertung der Organisation dar. Sie kann ihr jahrelanges Beharren auf den Rechten der Zwangsumgesiedelten nun durch den Erfolg, die Einigung mit den Behörden auf der Grundlage ihrer Forderungen, krönen.

Diese Neuorientierung, die Zavala selbst als ‚apertura‘ (Öffnung) charakterisiert, findet ihre Fortsetzung in der Administration Xicoténcat Leyva M., welche seit Ende 1983 im Amte ist. Nicht nur werden der CUCUTAC bereitwillig Gesprächstermine eingeräumt, auch auf zentrale Forderungen wie der Bereitstellung weiteren Landes für Wohnungslose wird nicht mit Ablehnung, sondern mit Kompromissen reagiert, wie der Fall ‚El Tecolote‘ zeigt. Hier wird die CUCUTAC sogar in die Umsiedlungsaktion miteinbezogen, indem Zavala die Verteilung der Parzellen vornimmt. Insbesondere diese Form staatlicher Politik zwingt die CUCUTAC zum Überdenken ihrer Aktionen und Forderungen. Für sie beginnt die Gratwanderung zwischen Kampf gegen die mangelhaften Reproduktionsbedingungen und dem Kompromiß mit den Behörden, welcher zur Verein nahung führen könnte. Für Zavala allerdings stellt dies weniger ein Problem dar. Das Eingehen von Kompromissen allein sei noch keine Aufgabe grundsätzlicher Positionen. Es gehe um die Frage, wieviel man für die Betroffenen erreichen könne. Wenn sich die CUCUTAC an die Regierung ausliefern, sei dies die Verantwortung von CUCUTAC und ihren Führern selbst.⁶⁵

4. Das Verhältnis von CUCUTAC zu politischen Parteien und anderen städtischen Sozialbewegungen

Bei der Betrachtung des Verhältnisses der CUCUTAC zu den politischen Parteien erscheint es für die Übersichtlichkeit der Darstellung sinnvoll, zwischen PRI und den Parteien der Linken zu unterscheiden. Rechte Parteien wie die PAN spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. Das Verhältnis von CUCUTAC und PRI ist über den gesamten Zeitraum von der Gründung der Bewegung bis zur ‚apertura‘ unter XLM von Spannungen und offener Opposition gekennzeichnet. Die PRI wird grundsätzlich als Dauerregierungspartei für sämtliche Aktionen des Staatsappara-

tes politisch verantwortlich gemacht. Schon in den Anfängen der Bewegung, als sich der Kampf noch hauptsächlich gegen die Zwangsumsiedlungen aus der ‚Zona del Rio‘ richtete, wurde die PRI auf zwei Ebenen von der CUCUTAC bzw. ihren Vorläufern attackiert: zum einen in ihrer Funktion als politisch verantwortlicher Urheber des Rio Tijuana Projekts und damit der Räumungen, zum anderen in ihrer Rolle, die sie innerhalb der verschiedenen Einwohnerkomitees in den Siedlungen der ‚Zona‘ spielte. Diese PRI-dominierten Vereinigungen stellten sich nicht gegen die Räumungen und Umsiedlungen, sondern versuchten lediglich, durch Verhandlungen mit der Regierung Zeit herauszuschlagen, damit die Bewohner der betroffenen Gebiete ihre Habseligkeiten zusammenpacken und einen anderen Wohnort suchen konnten.⁶⁶ Die versöhnliche Haltung der Wahl der ‚weichen‘ Lösung beschwor den Bestand derjenigen Organisationen herauf, welche sich nicht von der Regierungspolitik verein nahmen lassen wollten. Insofern verlor die PRI schnell an Boden innerhalb der ‚Zona‘, was letzten Endes auch bei der Entscheidung über die gewaltsamen Aktionen gegen die Siedler eine Rolle gespielt haben dürfte.

Der vollkommene Rückgang des Einflusses der PRI vollzieht sich in der Phase nach der Überflutung der ‚Zona‘ im Jahre 1980 und der Verlagerung des Kampfes nach Sánchez Taboada. Die fehlende politische Kontrolle über diese Siedlung drückt sich in der verstärkten repressiven Haltung des Staates während der Jahre 1980 bis 1982 aus. Der massive Versuch, diese Kontrolle zurückzugewinnen, spiegelt sich in dem bereits mehrfach analysierten Versuch wider, durch die Ansiedlung regierungstreuer Elemente in Sánchez Taboada der CUCUTAC das Wasser abzugraben. Trotz der verstärkten Präsenz PRI-orientierter Kräfte gelingt es dennoch nicht, die CUCUTAC politisch zu neutralisieren. Als partielles Eingeständnis des Unvermögens, der CUCUTAC zentrale Positionen und Forderungen streitig zu machen, kann das Einlenken des Staates gegen Ende der Regierung de la Madrid gewertet werden. Allerdings treten vor allem seit dem Amtsantritt Xicoténcats auch die Auseinandersetzungen innerhalb der PRI offen zutage. Während der PRI-Gouverneur mit der CUCUTAC über die Übergabe von 500 Grundstücken in ‚El Tecolote‘ verhandelt, stellt Gilberto Portugal, Führer der CNOP und PRI-Abgeordneter, offen die Forderung nach Einstellung dieser Kontakte und Übergabe der Parzellen an seine Organisation, was Zavala veranlaßt, Portugal Verrat am Regierungsprogramm vorzuwerfen.⁶⁷ Er stellt allerdings auch unmißverständlich klar, daß diese neue Politik nicht dazu führen wird, daß die CUCUTAC auf PRI-Kurs einschwenkt, sondern daß es darum geht, die politische Konjunktur zugunsten der Wohnungslosen auszunutzen. Das Verhältnis der CUCUTAC zu den Parteien der Linken, das heißt in erster Linie der PCM und der PRT, hat seine Ursprün-

ge ebenfalls in der Entstehungsgeschichte der Bewegung. Neben der PRI hatten auch diese beiden Parteien einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die bestehenden Organisationen in der ‚Zona del Rio‘. Der grundsätzliche Unterschied, welcher hier -abgesehen von ideologischen Streitigkeiten zwischen einer zwar kritischen, aber dennoch traditionellen kommunistischen Partei und einer offen trotzkistischen Partei, die Mitglied der IV. Internationale ist, - von Bedeutung ist, besteht in ihrer Haltung gegenüber dem Rio Tijuana Projekt und der Frage der Zwangsumsiedlungen. Während die PCM in dieser Auseinandersetzung den Standpunkt der Regierung vertritt und die Umsiedlung der ‚illegalen Siedler‘ in penetrant legalistischer Weise befürwortet, stellt sich die PRT auf die Seite der Betroffenen und unterstützt offen den Kampf der Betroffenen um ihr Existenzrecht in der ‚Zona del Rio‘. Diese Entscheidung bedeutet ein Schlüsselerlebnis für die jungen und bis dahin politisch unerfahrenen Aktivistinnen, welche die CUCUTAC ins Leben riefen, und führt zu einer politischen Festlegung ihrerseits, die sich im Laufe der weiteren Entwicklung nicht grundsätzlich ändert. Catalino Zavala kandidiert mehrmals auf der Liste der PRT anlässlich verschiedener Wahlen.

Ebenso wie zuvor die PRI verliert auch die PCM durch die einseitige Befürwortung des Rio-Tijuana-Projekts und der Umsiedlungen ihre Basis unter den Siedlern.

Welchen Einfluß nun tatsächlich die PRT auf die Aktionen und Forderungen der CUCUTAC ausübte, muß an dieser Stelle offen bleiben, da das vorliegende Material darüber keine Aussagen zuläßt. Zwar hat die PRT verschiedentlich in öffentlichen Aufrufen zur Unterstützung des Kampfes der CUCUTAC Position bezogen, doch scheint ihr Einwirken angesichts der Entwicklung der CUCUTAC eher begrenzt zu sein. Die Dynamik der CUCUTAC erklärt sich aus ihrem alltäglichen Kampf mit den Behörden und um die Erfüllung von grundlegenden Rechten.

Die CUCUTAC stellt bei weitem nicht die einzige städtische Sozialbewegung in Tijuana dar, was die Frage nach ihrem Verhältnis zu diesen übrigen Organisationen aufwirft. Auch hier ist wie bei der Analyse der Beziehungen zu den Gewerkschaften und Parteien wiederum zwischen regierungstreuen Bewegungen, die in der Regel in der CNOP zusammengeschlossen sind oder zumindest von ihr dominiert werden, und unabhängigen Organisationen zu unterscheiden. Die CUCUTAC ist selbst als eine Gegenbewegung zu den traditionellen, klientelistischen und vom Staatsapparat kontrollierten Bewegungen gegründet worden. Dieser Grundkonflikt zieht sich durch die gesamte Entwicklung hindurch und findet seinen Höhepunkt in den Auseinandersetzungen um Sánchez Taboada Ende 1982 sowie um ‚El Tecolote‘ 1984. Wesentlich wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang die Frage des Verhältnisses zu den übrigen ‚unabhängigen‘ Organisationen. Nach den vorliegenden Informationen ist die Suche nach

einem Bündnis mit diesen Bewegungen in Tijuana in den Jahren 1980 und 1981 am stärksten. CUCUTAC veranstaltet mehrere gemeinsame Demonstrationen mit verschiedenen Einzelorganisationen, bei denen es in erster Linie um die Frage der mangelhaften Wasserversorgung geht. Mehrfach tauchen Aufrufe zur Bildung gemeinsamer ‚frentes‘ (Aktionsbündnisse) gegen die Regierungspolitik im allgemeinen bzw. gegen die Machenschaften einzelner Behörden auf. Eine gewisse Bedeutung erlangen in diesem Zusammenhang die überall aktiv werdenden Komitees gegen die Politik der Consejos de Colaboración aufgrund deren willkürlicher Festsetzung der Beitragshöhe für Infrastruktureinrichtungen. Im Jahre 1981 nimmt Catalino Zavala am 11. Nationalen Treffen des CONAM UP teil und unterstreicht so die Bemühungen der CUCUTAC, sich auch überregional in einen Zusammenschluß der ‚unabhängigen‘ Sozialbewegungen zu integrieren. Insgesamt bleiben diese Aktivitäten aber die Ausnahme, was trotz der jahrelangen Mobilisierung gegen die Politik der Regierung auf gewisse Grenzen einer Bewegung wie der CUCUTAC verweist. Die von anderen städtischen Sozialbewegungen teilweise erfolgreich geleistete Verbindung zwischen dem Kampf für die Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse im Wohnbereich bzw. auf der Ebene des Stadtviertels mit dem Kampf der organisierten Arbeiterbewegung oder politischen Parteien ist bisher von der CUCUTAC nicht geleistet worden.

Die Funktion und Bedeutung der ‚neuen städtischen Sozialbewegungen‘ in Lateinamerika hängen von den jeweiligen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ebenso ab wie von bestimmten politischen Konjunkturen. Die städtischen Sozialbewegungen können die ‚traditionellen‘ Organisationsformen wie Gewerkschaften oder Parteien nicht ersetzen. Sie agieren in bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Antagonismus kapitalistisch verfaßter Systeme, die von jenen aus unterschiedlichen Gründen nicht erfaßt werden.

Anmerkungen

- 1) Siehe nebenstehende Karte.
- 2) Maria Rita Veana Juárez: Análisis de las Implicaciones de la Canalización del Río Tijuana, unveröff. Ms., Tijuana 1984, S. 1 ff.
- 3) Entrevista con Catalino Zavala, de Manuel Valenzuela, 8. 2. 1984, unveröff. Ms., S. 4
- 4) Maria Rita Veana Juárez: Análisis ..., a.a.O., S. 3
- 5) Vgl. Karte S.
- 6) *El Mexicano*, 29. 4. 1975
- 7) Rita Maria Veana Juárez: Análisis ..., a.a.O., S. 4
- 8) Ebda., S. 7
- 9) Ebda.
- 10) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 8
- 11) *El Heraldito*, 24. 4. 1978
- 12) *Zeta*, 10. 6. 1978
- 13) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 9
- 14) Ebda., S. 10
- 15) Ebda., S. 11
- 16) *ABC*, 21. 9. 1979
- 17) CESP - Comisión Federal de Servicios Públicos
- 18) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 23 / 24

- 19) *Zeta*, 2. 5. 1980
- 20) *Zeta*, 14. / 15. 7. 1980
- 21) *El Heraldito*, 9. 10. 1980
- 22) *Zeta*, 13. / 14. 10. 1980
- 23) *ABC*, 9. 10. 1980. *Sahope* - Secretaria de Asentamientos Humanos y Obras Públicas del Estado. Ministerium für Siedlungswesen und öffentliche Bauvorhaben.
- 24) *Zeta*, 13. / 14. 10. 1980
- 25) Ebda.
- 26) *Zeta*, 5. 2. 1981
- 27) *Zeta*, 10. 2. 1981
- 28) Ebda.
- 29) *ABC*, 18. 2. 1981
- 30) *Zeta*, 19. 2. 1981
- 31) Ein weiterer Bestechungsversuch bestand darin, ihm eine Universitätskarriere zuzusichern. *Zeta*, 5. 6. 1981
- 32) Ebda.
- 33) Maria Rita Veana Juárez: Análisis ..., a.a.O., S. 9
- 34) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 38
- 35) *El Heraldito*, 20. 9. 1982; *El Heraldito*, 28. 9. 1982; *Zeta*, 24. 9. / 1. 10. 1982; *ABC*, 27. 9. 1982
- 36) *CONP* - Confederación Nacional de Organizaciones Populares
- 37) *ABC*, 17. 11. 1982
- 38) *El Heraldito*, 18. 11. 1982
- 39) *El Heraldito*, 30. 11. 1982
- 40) Ebda.
- 41) *ABC*, 17. 11. 1982; *Baja California*, 19. 11. 1982
- 42) *ABC*, 14. 12. 1982
- 43) *El Heraldito*, 11. 1. 1983
- 44) *ABC*, 14. 12. 1982
- 45) *Zeta*, 11. / 18. 2. 1983
- 46) *ABC*, 15. 2. 1983
- 47) *Zeta*, 11. / 18. 2. 1983
- 48) *ABC*, 21. 6. 1983
- 49) *ABC*, 25. 10. 1983
- 50) *ABC*, 26. 10. 1983
- 51) *El Heraldito*, 27. 10. 1983
- 52) *ABC*, 8. 11. 1983
- 53) *ABC*, 23. 11. 1983
- 54) *El Heraldito*, 23. 11. 1983
- 55) *ABC*, 30. 11. 1983
- 56) *ABC*, 16. 2. 1984
- 57) *ABC*, 14. 2. 1984
- 58) *ABC*, 23. 2. 1984
- 59) *El Heraldito*, 27. 2. 1984
- 60) *ABC*, 20. 3. 1983
- 61) *ABC*, 24. 4. 1984
- 62) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 43
- 63) Wayne Cornelius: El México Contemporáneo: Análisis estructural del caciquismo urbano, in: Luis Unikel, Andrés Necochea V. (Ed.): Desarrollo Urbano y Regional en América Latina, México 1975, S. 567 - 593
- 64) Die Consejos de Colaboración, jetzt Consejos de Urbanización Municipal sind hauptsächlich für die Anlage von asphaltierten Straßen in Wohngebieten zuständig. Dabei werden die Anlieger in einem bestimmten Umfang an der Finanzierung beteiligt.
- 65) *Zeta*, 30. 3. / 6. 4. 1984
- 66) Entrevista con Catalino ..., a.a.O., S. 9
- 67) *ABC*, 3. 4. 1984

Literatur:

Cornelius, W.: 1975: El México Contemporáneo: Análisis estructural del caciquismo urbano. In: Unikel, L.; Necochea, A. V. (Ed.): 1975: Desarrollo Urbano y Regional en América Latina, México, S. 567 - 593

Veana Juárez, M. R.: 1984: Análisis de las Implicaciones de la Canalización del Río Tijuana, unveröff. Ms., Tijuana

Zavala Catalino; Entrevista de Manuel Valenzuela: 8. 2. 1984, unveröff. Ms.

Verschiedene Artikel der Zeitungen:

ABC, *Baja California*, *El Heraldito*, *El Mexicano*, *Imagen*, *Zeta*

TRIALOG

Zeitschrift für
das Planen und Bauen
in der Dritten Welt

TRIALOG

*

erscheint vierteljährlich

*

beschäftigt sich
mit Wohnproblemen und
Verstädterungsprozessen
in der Dritten Welt

*

stellt Lösungsansätze von
Architekten, Bauingenieuren,
Ökonomen, Planern
und Sozialwissenschaftlern vor

*

ist ein Forum für den Austausch
von Praxiserfahrungen
und Forschungsergebnissen

*

regt die wissenschaftliche Diskussion
an und fördert die Kommunikation
mit Kollegen aus der Dritten Welt

*

Lieferbare Schwerpunkthefte:

5 / 85 Ausgrenzungen. Arbeitstitel „Ghettos“

6 / 85 Socialist Housing?
(Doppelheft, englisch)

7 / 85 Raum-Ordnungen

8 / 86 Erneuerung historischer Stadtzentren

9 / 86 Mittelstädte

10 / 86 Frauen

11 / 86 Internationales Jahr der Hilfe
für Menschen in Wohnungsnot 1987
(Doppelheft)

12 / 87 Angepaßte Technologien

13 / 14 / 87 Slum and Squatter Upgrading
(Doppelheft, englisch)

15 / 87 Partizipation

*

Einzelheft: DM 9,-
(Studenten DM 6,- Institutionen DM 12,-)
Doppelheft: DM 12,-

TRIALOG

Aboservice und Vertrieb:
L. N. VERTRIEB
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61
Tel. 0 30 - 693 40 29

Buchbesprechungen

LES METROPOLES DU MONDE ARABE, Bulletin de La Société Languedocienne de Géographie, no.2-3, vol.109, Sept.1986, 322 S., 150 Francs. Bezug: Université Paul-Valéry, B.P.5043, F-34032 Montpellier Cedex)

Die Sondernummer dieser Zeitschrift, die sich regulär nicht mit Dritte-Welt Themen beschäftigt, enthält die Vorträge eines internationalen Kolloquiums über „METROPOLEN IN DER ARABISCHEN WELT“, das im Dezember 1985 in Montpellier abgehalten wurde. Neben einigen überregionalen Vergleichen beschäftigen sich die Beiträge mit den Städten Algier(2) Amman, Beyrouth, Casablanca(3), Ryadh, Tripolis, Tunis(3), und einer Gegenüberstellung Aleppo - Damaskus (in Syrien). Einige Buchbesprechungen ergänzen den Band, doch es wird kein Versuch unternommen, ein Resümee aus den unterschiedlichen Aufsätzen zu ziehen. (K.Mathéy)

Klaus Dunkelberg et al: BAMBUS. IL Serie Band 31, 432 Seiten, 1500 Abb. Herausgegeben vom Institut für leichte Flächentragwerke, Universität Stuttgart, 1985. Bezug: Freunde und Förderer der Leichtbauforschung e.V., Rotebühlplatz 37, 7 STUTTGART 1; DM 60,- Den zentralen Teil dieser deutsch / englischen Veröffentlichung bildet die Dissertation von Klaus Dunkelberg mit dem Titel „Bambus als Baustoff“ - seine elementare handwerkliche Anwendung an Beispielen aus Südostasien“ (240 Seiten), während der zweite Teil mit „Bauen mit pflanzlichen Stäben“ überschrieben wurde und aus der Feder von Freunden und Mitarbeitern des IL stammt (darunter Frei Otto, Gernot Minke, Oscar Hidalgo und - last not least - dem TRIALOG Mitglied Bernd Ciecior). Obwohl die meisten der Einzelbeiträge ohne Bezug aufeinander verfaßt wurden und sich z.T. nicht ausschließlich auf Bambus beziehen, gelang es den Herausgebern mit der Untergliederung: Gerade Stäbe - gekrümmte Druckstäbe - gekrümmte Zugstäbe - gestern, heute, morgen - eine gewisse Logik in die Auswahl und Abfolge der Aufsätze zu bringen. Unbezweifelbar dürfte sein, daß es bis heute kein zweites Buch über den phänomenalen Baustoff Bambus gibt, das das Thema entweder in so vielen Aspekten oder so gründlich abhandelt wie dieses. Die zahlreich wiedergegebenen Illustrationen und Anwendungsbeispiele lassen jedem Tropenbauer das Herz höher schlagen. Vermißt wird ggf. ein Bezug auf die Möglichkeiten einer Anwendung von Bambus in Deutschland, nachdem wir auch über frostsichere Bambussorten verfügen (Baumschule Eberle, Baden-Baden). (Kosta Mathéy)

L'HABITAT GROUPE AUTOGERE AU BENELUX ET EN EUROPE. Ouvrage collectif sous la direction de Dan Bernfeld et Jean-Francois Mabardi. 184 Seiten, Habitat et Participation, Louvain-la-Neuve (B1348, Place du Levant 1) 1984. Die Autorengruppe legt mit dieser Publikation die Ergebnisse ihrer Studie über alternative Wohnformen in Europa vor. Nach einer vergleichenden Analyse im ersten Teil folgen 64 - mit Plänen und Zeichnungen versehene - Fallstudien aus fast allen Ländern Westeuropas. Das Buch lädt zum Schmöckern ein, und sollte getrost auch Nichteuropäern als Anregung und Diskussionsvorlage gezeigt werden. (Kosta Mathéy)

Nsekuye Bizimana, MÜSSEN DIE AFRIKANER DEN EUROPÄERN ALLES NACHMACHEN? 271 Seiten, ISBN 3-88726-014-7, Berlin 1985. Das Buch ist erhältlich vom Autor für DM 24,- (incl. Porto). Adresse: Grainauer Straße 13, 1 BERLIN 30. Ein ehemaliger Stipendiat aus Rwanda beschreibt, wie er für das Studium nach Deutschland kam, und was er dabei alles in der Universität und insbesondere auch im privaten Leben erfuhr. Viele Probleme und Absurditäten unseres Zusammenlebens, die für uns Europäer und Deutsche die Normalität darstellen, weil wir sie nicht anders kennen, werden ohne Haß oder Hochmut entlarvt, wobei der offenerzige Schreibstil des Autors häufig zum Schmunzeln einlädt. Der Desillusionierung über den europäischen Lebensstil folgen Überlegungen zu einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie für das Heimatland des Autors.

Die Publikation ist kein Buch im gewohnten Stil; vielmehr erscheint sie wie eine Niederschrift von Gedanken und Erlebnissen, die in Afrika im alltäglichen Gespräch kommuniziert und verarbeitet werden können, für die es aber in der gesellschaftlichen Vereinzelung und Vereinsamung in Europa - gerade für Ausländer - kein vergleichbares Forum gibt. Abgesehen von seinem allgemeinen Unterhaltungswert sollte das Buch Pflichtlektüre sein für alle Kollegen, die in der Lehre mit Studenten aus Entwicklungsländern zusammenarbeiten. (K. Mathéy)

FCR: FIBRE CONCRETE ROOFING. 185 Seiten A4, ISBN 3-908001-05-6, SKAT, St.Gallen (CH 9000, Varnbühlstr. 14) 1987, 25,- Sfr. Die Entwicklung des Bauens mit naturfaserverstärkten Wellzementplatten ist in den letzten zehn Jahren soweit fortgeschritten, daß wir heute zuverlässige Angaben machen können über das Potential und auch die Schwachstellen dieser neuen Technologie. In dem vorliegenden Band kommen die wichtigsten Spezialisten über dieses Thema (H.E.Gram, J.P.Parry, K.Rhymer, B.Schaffner, R.Stulz, K.Wehrle und H.Wehrli) zu Wort. Ihre Absicht ist dabei, eine Entscheidungshilfe für (oder auch gegen) den Einsatz von FCR anzubieten, - nicht aber, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse im Detail zu erläutern, oder ein Handbuch für die Fabrikation von Faserzementplatten zusammenzustellen. Interessierte Leser finden jedoch ausreichend Literaturhinweise und Kontaktadressen, um sich in die Technologie einzuarbeiten, nachdem sie sich für die Verwendung von Faserzementplatten entschieden haben sollten. (Kosta Mathéy)

Paul Oliver, DWELLINGS. The House across the World. 256 Seiten, 282 Abb, ISBN 0-7148-2443-7, Phaidon Press, Oxford, 1987. Hardcover 30 Pfund Sterling. Paul Oliver war einer der ersten Architekten, der sich für lokale Architekturen in allen Teilen der Welt interessierte und zahlreiche ausgezeichnete Bücher zu diesem Thema herausgab wie „Shelter and Society“ (1969), „Shelter in Africa“ (1971), oder „Shelter, Sign and Symbol“ (1975). Während die genannten Bände jeweils eine Sammlung mehrerer, von Spezialisten geschriebener Aufsätze zu eng eingegrenzten Themen darstellten, versucht Oliver mit diesem Werk als alleiniger Autor eine Synthese der Wohnkultur in dieser Welt zu liefern. Dabei nimmt er Bezug auf unterschiedliche geologische und klimatische Rahmenbedingungen für den Hausbau, zeigt typische konstruktive Lösungen in Abhängigkeit zu den lokal verfügbaren natürlichen Baustoffe geht auf symbolische Bedeutungen und kulturelle Werte, sowie auf deren Ausdruck im Wunsch zur Dekoration ein, bis er schließlich auch die brennenden Probleme einer galoppierenden Verstädterung, der zunehmenden Obdachlosigkeit, oder der Stums und Squattersiedlungen erwähnt. Die in der Publikation zum Ausdruck kommende Wissensfülle des Autors ist genauso beeindruckend wie sein Fundus an faszinierendem Bildmaterial, doch bedauerlicherweise plätschert der Text in Journalismusmanier, liest sich wie das Drehbuch zu einer Fernseh-Fortsetzungsserie. Wie der Klappentext verrät, soll auch der Durchschnittsleser angesprochen werden, und anders ließe sich ein so aufwendig produziertes Buch sicher nicht zu dem noch erschwinglichen Preis anbieten. Wer sich in Mußbestunden gerne seine Sammlerstücke aus der ersten Reihe im Bücherregal vornimmt um zu schmökern, wird an dieser Neuerscheinung sicher seine Freude haben. (Kosta Mathéy)

Design for High-Intensity Development. Tha Aga Khan Program for Islamic Architecture. 90 Seiten, Cambridge Ma, 1986. Erhältlich vom A.K.P., MIT Room 10-390, Cambridge Ma.02139, USA. Konferenzbericht einer Tagung am Malaysian Institute of Architects in Kuala Lumpur 4 - 6. August 1985. Postmoderne und andere Architektur-Berühmtheiten rätönen über Kultur, Klima und Hochhäuser.

Jaime Weelock: Durch die Revolution zur nationalen Unabhängigkeit Nicaraguas: Die kämpferisch-engagierte Universität in Nicaragua. Band 19 der LADOCK-Entwicklungsperspektiven an der GHK, 42 Seiten, ISBN 3-88122-2847, Kassel 1985. DM 4,-. Erhältlich von LADOCK, FB 06, Nora Platel Straße 5, 3500 Kassel. Rede des nicaraguanischen Landwirtschaftsministers zum Vorlesungsbeginn an der Universität. Über Geschichte und Nutzen von Industrialisierung, Landwirtschaft und Wissenschaft in Nicaragua. (Kosta Mathéy)

Grundgesetz für die Landwirtschaft der Landarbeiter und Kleinbauern Boliviens. Entwicklungsperspektiven Band 21, 83 Seiten, ISBN 388122-316-9. Kassel: Gesamthochschulbibliothek 1986, DM 7,50. Erhältlich von LADOCK (s. neben). Resolution der autonomen bolivianischen Bauernbewegung, verabschiedet auf dem nationalen Kongress von Cochabamba 1984. (Deutsche Übersetzung)

Werner Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt. Ein Handbuch von Medico International, 160 Seiten, ISBN 3-88977044-4. Bornheim-Merten: Lamuv 1986. DM 14,80.

„... widerspricht der Autor gängigen Argumentationsmustern; er belegt, daß die These der internationalen Arbeitsteilung - die Entwicklungsländer als Rohstofflieferanten und Reservoir billiger Arbeitskräfte - genausowenig das Investitionsverhalten der Konzerne beschreibt, wie die Gegenthese, daß die Dritte Welt ... durch die modernen Technologien ... an Bedeutung verliert ...“

Wulf Schmidt-Wulffen, Dürre- und Hungerkatastrophen im Sahel: Gesellschaft und Natur. Kasseler Schriften zur Geographie und Planung Heft 37. 256 Seiten, ISBN 3-88122-251-0, Kassel: urbs et Regio (GHK) 1985, DM 24,-. Aufklärung über die von Menschen herbeigeführte Katastrophe und Didaktische Reflexion über die Katastrophe als Unterrichtsthema.

Justin Ellis, Bildung; Repression & Befreiung: Namibia. 142 Seiten, ISBN 3-922981-23-2. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen 1985. Erhältlich vom Herausgeber: World University Service, Kurt Schumacher Ring 18, 6200 Wiesbaden. Aufklärung, Anlage, Perspektiven zum Bildungssystem in Namibia.

Meera Bapat et al, Community Based Development. 112 Seiten, ISBN 906433-013-1, Rotterdam: IHS (P.O.-Box 20718) 1985. Kurzbeschreibungen von verschiedenen Sanierungsprojekten im südostasiatischen Raum. Dokumentation eines regionalen Seminars zum Thema: „The Role of the Community in Housing Supply for the Urban Masses in Southeast Asia“.

H. Deilmann, G. Bickenbach, H. Pfeiffer; Wohnort Stadt / Living in Cities / Habitat Urbain. 142 Seiten, ISBN 3-7828-0615-8, Stuttgart: Karl Krämer 1986, DM 98,-. Die Autoren versuchen der vermeintlichen Idylle vom „Wohnen im Grünen“ in den Stadtanlagen von Städten und Ballungsgebieten die Vorteile innerstädtischen Wohnens entgegenzusetzen. Die Einleitung nimmt ausführlich Bezug auf unterschiedlichste Formen städtischer Behausungen in der Geschichte Europas und anderer Kontinente. Die 43 Projektstudien architektonisch vorbildlichen Wohnens aus den letzten Jahren berücksichtigen dagegen das außereuropäische Ausland fast überhaupt nicht.

Amalia Mauro, ALBANILES CAMPESINOS, Migración temporal de los obreros de la construcción, 136 Seiten, Centro de Investigaciones „Ciudad“ (Casilla 8311), Quito 1986.

Forschungsbericht über die Situation von Saisonarbeitern im Baugewerbe in Equador, mit detaillierten Fallstudien von fünf Familien. Die Studie liefert umfangreiches statistisches Material, das mit dem Computer aufbereitet wurde - bei einer Basis von nur 120 Fällen ein zu diskutierender Aufwand. Das veröffentlichte Ergebnis bestätigt im Großen und Ganzen unsere Erwartungen: Das Einkommen der Wanderarbeiter stellt die wichtigste Einkommensquelle für die betroffenen Familien dar.

Wenn die Bauern noch genügend Land zur Bewirtschaftung besitzen, kehren die Wanderarbeiter spätestens dann aufs Land zurück, wenn sich ihre Arbeitskraft auf dem städtischen Markt nicht mehr verkaufen läßt, Familien ohne Land tendieren dazu, in der Stadt zu verbleiben. Eine erklärende gesellschaftliche Interpretation der empirischen Daten hatte sich die Arbeit nicht vorgenommen, wodurch die Publikation weniger spannend ist als sie hätte werden können. (Kosta Mathéy)

Johan van Lengen, **MANUAL DEL ARQUITECTO DESCALZO. Como construir casas y otros edificios.** 545 Seiten, ISBN 968-405-102-6. Editorial Concepto S.A. (Porfirio Diaz 141-3) 13100 México, DF, 1980 / 1983 / 1985.

Dieses „Handbuch des Barfußarchitekten“ erschien in der ersten Auflage 1980, wurde mehrfach nachgedruckt (Gesamtauflage über 6000 Ex.), und soll demnächst ins Englische übersetzt werden. Geschrieben wurde es für den ausführenden Handwerker, und es behandelt Entwurfsgrundlagen, Materialkunde, Baukonstruktion, Bauen in verschiedenen Klimazonen, und den technischen Ausbau, wobei jede Aussage in Bild und Schrift vermittelt wird. Nach Aussage des Autors wurde die angesprochene Zielgruppe trotz des Erfolgs des Buches nicht erreicht; dennoch gelangt die ‚Message‘ über die Bauherren der Mittelschicht - die typische Käufergruppe dieses Buches (ich sah es zuerst in einer Botschaft in Havanna und bei progressiven Architekten in Managua) schließlich doch an die Adressaten, und wird langfristig vielleicht zu einer qualitativen Verbesserung der Baugewohnheiten und damit auch der Lebensqualität im heutigen Lateinamerika beitragen. Grundlage dazu ist das Geschick des Autors, komplexe Zusammenhänge zu erfassen, auf einfache wie einleuchtende Kausalitäten zurückzuführen, und einer Mystifizierung des Architektenberufes entgegenzuwirken. (Kosta Mathéy)

Schütz, E., **Städte in Lateinamerika, Barrio-Entwicklung und Wohnungsbau, Misereor-Dialog, Aachen 1987** (Bezug: Misereor-Vertriebsges., Mozartstr. 9, 5100 Aachen), 279 S.

Dieses von Eike Schütz, einem seit 1967 für Misereor tätigen Architekten, verfaßte Buch will anhand einiger Beispiele aus Lateinamerika die gängigen Formen des urbanen Wohnens und Siedelns darstellen. Schütz geht es dabei nicht um Theorieentwicklung, sondern um Vermittlung von Erfahrungen und einigen Beispielen, besonders aus Mexico-Stadt, San Salvador, Lima, Santiago de Chile, Guatemala und Kolumbien. Seine Darstellungen verstehen sich als „handlungsorientiert“, sie schildern Umstände und Entwicklungsbedingungen bestimmter Siedlungsverhältnisse und beschreiben Lösungsansätze und ihre Schwierigkeiten. Vorweg stehen eine kurze Einleitung zur präkolumbianischen Stadt und allgemeines, einführendes Material zum Verständnis des quantitativen Stadtproblems in Lateinamerika.

Das Herzstück des Buches umfaßt eine detaillierte Beschreibung der Habitat-Bedingungen der Armen: „Auswege: Andere Wege der Entwicklung“, welche informelle soziale Dienste, Kommunikation, informelles Bauen und Siedeln, informelle Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen, sozio-politische Organisationsformen, die technischen Bedingungen der Barrio-Entwicklung beschreiben sowie die detaillierten, technischen Verhältnisse des Wohnungsbaus. Zur Illustration der jeweiligen Aspekte werden verschiedene Beispiele aus den oben genannten Städten zitiert.

Im Schlußteil des Buches werden erfolgreiche oder richtungsweisende Projekte aus Mexico (Tepito / COPEVI), El Salvador (El Milagro / FUNDASAL), Uruguay (FUCVAM) und Chile (Medlaga) kurz umrissen.

Projekte dieses Typs belegen die Stärke des Ansatzes der kollektiven Selbstorganisation, dessen Unterstützung und breitere Förderung hier von Schütz implizit gefordert wird.

Ein erfreulich konkretes Buch, geschrieben in der Sprache eines Praktikers.

F. Steinberg

Zeitschriften

Zeitschrift für Kulturaustausch, Heft 3 / 1986. Wechselseitige Bilder. Das Eigene im Fremden. Chinesen über Deutsche, Deutsche über Chinesen. Ca. 200 Seiten. Herausgegeben am Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart, Einzelheft DM 7,50. Bezug: I.f.A., Charlottenplatz 17, 7000 Stuttgart 1. Enthält 40 literarische Beiträge deutscher und chinesischer Autoren.

Zeitschrift für Kulturaustausch Jg. 35, Nr. 4: **Die Welt des Islam zwischen Fortschritt und Tradition**, Stuttgart 1985 (Adresse siehe oben). Das vorliegende Heft dieser renommierten Zeitschrift enthält Vorträge des 6. Tübinger Gesprächs zu Entwicklungsfragen über

Themen, die mit dem Islam zusammenhängen. Es ist in drei Abschnitte unterteilt: A) *Recht, Staat und Gesellschaft* (Stellung der Frau, sozialer Wandel etc.); B) *Politik und Wirtschaft* (Revolution und Organisation); und C) *Die arabisch-islamische Stadt: Entwicklung und Probleme*. Der letztgenannte Abschnitt enthält einige Gedanken von H. Kendel über Möglichkeiten der Übertragung traditioneller Entwurfsmerkmale in die moderne islamische Architektur, und einen Aufsatz von Mohammed Scharabi über die diversen Epochen der Stadtplanung in Kairo. Das Heft schließt mit einer ausführlichen Bibliographie. Das Verdienst dieser Aufsatzsammlung liegt in dem gleichzeitigen Ansprechen so vieler unterschiedlicher Aspekte islamischer Entwicklung. Der in das Arbeitsfeld der meisten Triolog-Leser fallende Aspekt des Baulich-Räumlichen wird in den Publikationen des Aga Khan Award zum Beispiel weit ausführlicher berücksichtigt.

Development and Change, vol 16, no 4, 1985. Sage, London. Jahresabo US\$ 30.- Diese Zeitschrift mit dem Schwerpunkt ‚Soziale Fragen in Entwicklungsländern‘ - wird am *Institute for Social Studies* in Den Haag herausgegeben. Housing und Planning kehren als Artikelthemen regelmäßig wieder, doch gibt es keine Schwerpunkthefte. Das vorliegende Probeheft enthält u.a. einen Artikel von Sylvia Chant über alleinstehende Mütter in mexikanischen Slums.

Latin American Perspectives, issue 47, vol 12, no 4, 1985. Sage, Beverly Hills, California. Jahresabo US\$ 18.- Die Zeitschrift wird hauptsächlich an der State University of California in L. A. redigiert, und ist als linksprogressiv bekannt. Die uns überlassene Probenummer widmet sich den Themenschwerpunkten ‚Staat und Militarisierung‘ in Lateinamerika, und die ‚Caribbean Basin Initiative‘. Auch die anderen Hefte des Jahrgangs behandeln sozio-ökonomische Inhalte.

Cuadernos Ciudad y Sociedad. Problemas Urbanos del Tercer Mundo. No 10: Movimientos populares urbanos. 73 Seiten, 1986. Herausgegeben von: Centro de Investigaciones Ciudad, Casilla 8311, Quito, Ecuador. Preis: US\$ 2,00 pro Ausgabe, im Abonnement US\$ 10,00 für 6 Hefte.

Die *Quadernos* sind eine der führenden linken Zeitschriften für städtische Studien. Der jetzt herausgekommene 10. Band knüpft an die von Castells begonnene Diskussion über den Klassenkampf im Reproduktionssektor an, und enthält drei Aufsätze: Vicente Espinoza zeichnet die Widerstandsgeschichte der ‚Pobladores‘ in Chile nach und analysiert deren aktuelle Aktionsfelder. Joëis Luis Coraggion beschäftigt sich mit der Revolution in Nicaragua und thematisiert insbesondere das Verhältnis zwischen Regierung und Massenorganisationen. Lucio Kowarik schreibt über soziale Kämpfe in Sao Paulo, und ihre Position gegenüber der internationalen Wirtschaftsordnung und der Macht multinationaler Konzerne.

Urbana 6, Revista del Instituto de Urbanismo, Universidad Central de Venezuela. 132 Seiten. Jahresabo (2 no) US\$ 20.- Adresse: Apartado Postal 4455, Caracas 1010A, Venezuela.

Die No 9 dieser Zeitschrift mit Buchumfang enthält u.a. Beiträge über die Rolle der Bauindustrie in der Krise (*Irene Layrisse de Niculescu & Luis Palacios*), einen Überblick über verschiedene jüngere Wohnungsbaualternativen in Venezuela (*Leandro Qunitana*) und über Interessenkonflikte in der Planung am Beispiel der Provinz Sucre (*Giulietta Fadda*).

Review of African Political Economy (ROAPE), No 33, August 1985, 128 Seiten. Jahresabonnement (3 Ausgaben) 10 Pounds St., für Institutionen 16 Pfund St. von ROAPE, 341 Glossop Rd., Sheffield S10 2HP, GB. Als anspruchsvolle Zeitschrift über marxistische Analysen aktueller Entwicklungen und revolutionärer Strömungen hat sich ROAPE seit über zehn Jahren im englischsprachigen Raum ein ausgezeichnetes Renomee erhalten können. Jede Ausgabe ist in der Regel einem Schwerpunktthema gewidmet, das etwa die Hälfte des Heftes füllt. Den Rest teilen sich aktuelle Meldungen und Kommentare, Theoriebeiträge, Buchrezensionen und, als besondere Spezialität, eine laufend fortgeschriebene Bibliographie weltweit publizierter Arbeiten (einschließlich Dissertationen) über Afrika. Alle zwei Jahre veranstaltet ROAPE eine thematisch entsprechende Konferenz (siehe Hinweis für 1986 in diesem Heft).

Der vorliegende Band 33 heißt: *War and Famine* und enthält im Thementeil 4 Aufsätze, die Querverbindungen zwischen der Hungersnot in vielen afrikanischen Ländern und internationalem Wettrüsten, multinationalen Investitionsmustern und der Herausbildung nationaler Bourgeoisien aufzeigen. (Kosta Mathéy)

Thomas Heinrich Technologietransfer in der Stadtplanung, Masterplanung In Dar es Salaam/Tansania durch internationale Consultants

Der Transfer von Stadtplanungstechniken aus den Industrieländern in andere Kulturen und gesellschaftliche Verhältnisse ist problematisch. Von den ersten Stadtplanungen aus der deutschen Kolonialzeit bis zum Master Plan 1979 für die Stadt Dar es Salaam ist die Kontinuität eines unangepaßten Planungstransfers festzustellen. Stadtplanung in Dar es Salaam wird nicht problemorientiert vor Ort entwickelt, sondern

- nach den Interessen der jeweiligen nationalen Herrschaftsschicht ausgerichtet,
- am jeweiligen Stand der Planungsdiskussion in den Industrieländern orientiert,
- von latenten Leitvorstellungen der ausländischen Planer bestimmt.

Es wird in einer Fallstudie nachgewiesen, daß die wirklichen Probleme der großen Wachstumsstädte der Entwicklungsländer mit dem umfassenden Anspruch auf staatliche Planungskompetenz und einem darauf ausgerichteten Planungsinstrumentarium aus den Industrieländern nicht wirksam angegangen werden können.

Kritisch wird die Rolle internationaler Consultants im Stadtplanungstransfer beurteilt. Eine Anpassung wird aufgrund der Eigengesetzlichkeiten der "Entwicklungshilfe-Arena" und der Geschäftsgrundlage privatwirtschaftlicher Planungsfirmen nur nach strukturellen Neuorientierungen für möglich gehalten.

Es wird ein alternatives Stadtplanungskonzept für Dar es Salaam zur Diskussion gestellt.

1987
ca. 440 Seiten, 26 Pläne, Luftfotos, Graphiken und Tabellen.
ISBN 3-922981-34-8
48,00 DM

Verlag für wissenschaftliche
Publikationen
Ploenniesstr. 18 • 6100 Darmstadt

English Summaries

Jürgen Oestereich
and Hassan Ghaemi

Participation and Habitat Editorial

The notion of "popular participation" may refer to one of three concepts: one which presupposes co-operation with the government, one which emphasizes the fight for more rights at grass-root level, and one which strives at some sort of re-adjustment of the politico-administrative structure in a given situation. Although all three concepts are not indifferent with respect to the status quo, few governments - and certainly very few of the Third World, openly reject the claim for more participation as advocated for example by certain governments, and non-governmental aid agencies. This may be because

so of the desperate situation of many rural and urban communities, and also because the authorities still have a right to select among the helpers and helped and, finally, because experience has shown that some tolerance for local self-determination does not challenge the political order.

Many theoretical questions concerning the relationship of grass-root communities and political structures seem not yet to be sufficiently tackled. An unsophisticated view finds common characteristics in many places: the concentration on local problems, the oscillation between co-operation and conflict vis-à-vis the authorities. Common is also the notion of a local community as a territorially defined social unit. This idea leads to the claim of a territorial unit to be responsible for shaping its living environment. In this sense participatory development is a basic human right which is more comprehensible and is, therefore, in incorporating the human right for shelter.

The local community's capacity of exercising this right depends on two types of competence: Decision competence based on internal and external legitimation, and implementation competence, based on resources and means mobilized internally and attracted from outside. Consequently, participatory development may trigger off considerable development efforts on the part of the community. But it may also degenerate to a mere ritual.

Florian Steinberg

Bombay's Squatters: The long struggle for the right to housing

The struggle of the squatters and pavement dwellers against eviction and displacement without compensating measures dates back to the 70s. From single cases of auto-defense for a status-quo to issue gained solidarity and support by many NGOs which formed the Bombay Slum Dwellers United Front. After an attempted mass deportation in 1981, the issue was brought to the High Court and later through a petition to the Supreme Court in New Delhi. In 1985 the Supreme Court rejected the claim to have residential security guaranteed, if and as long as there is alternative accommodation made available.

The recent National Housing Rights Campaign picks up the same issue for a "secure place to live in dignity" with the objective to make it a constitutional right which would imply more security for squatters.

In the field of Indian housing policy there are many recent changes and the issue of housing rights will stay as a topic to measure the impact of any new policy for the fate of the urban poor.

Shashikant K. Mohandas

Self-organization and self-development The squatter community of Ganeshnagar, Poona

The study describes the coming into being and subsequent development of an urban fringe slum community. Initially accommodation in form of poor shacks was built and let by landlords or slumlords who ruled high-handedly over their tenants in order to keep them divided and dependant.

However, the Ganeshnagar community managed to unite and oppose the slumlords, stopped paying rent and thus forced the landlords to sell the shanties to them. Then the community went about to improve its living environment. After the first achievements, the authorities no longer refused to provide the most necessary infrastructure. The community in turn, reorganized itself, in order to be able to handle the new responsibilities and to master its own evolution. Nowadays, after 18 years of development, Ganeshnagar can no more, by any standards, be looked upon as a squatter community.

Quaratul Ain Bakhteari

Grass-root organizations in Baldis, Karachi Comments on their role in slum-upgrading and

HIC-Study Group

Community self-help in Sanitation projects in Karachi Slums

In the first study, the vast Karachi squatter settlement of Baldia is depicted as a composition of mosque committees and neighbour-hood groupings. If initially organized along traditional rural patterns, these groups have adapted to urban life and play an important role in satisfying some basic needs of the population. They structure social life, solve internal conflicts, provide refuge against external harassment and fight for security of tenure and the provision of urban services. It is argued that, if the authorities would do more justice to the existing social fabric and adjust their procedures, they could better fulfil their obligations.

The accounts of the Habitat International Coalition study group on Baldia and on the other large Karachi slum area of Orangi support the view that the physical living conditions can only be improved by letting popular participation play an important role. The study depicts these two areas particularly in respect to the two entirely different solutions found to cope with sanitation and public health. Both approaches seem to work due to the high degree of involvement of the communities, and both trigger off further development, in particular concerning the living conditions and the status of women.

Jürgen Oestereich

The urban squatter considered as settlement unit Local self-government in African cities

The paper describes the coming into being and the course of evolution of some local urban communities in Dakar, Lusaka and Nairobi. In Dakar, the political framework was initially favorable for community based leadership insofar as it corresponded with clearly defined territories. Later the political setting was changed and the congruence of political, social and territorial unit disbanded. This led to a reduction of local problemsolving and conflict-settling capacity.

In Lusaka spontaneously created urban settlement units were slightly smaller than in Dakar. The preconceived political structure, however, prescribed much smaller political units, too small to be able to perform the functions attributed to them.

A tendency to disregard the basic unit and to strengthen the next higher level is observed. This level corresponds with the urban quarter.

In the Nairobi case, the original settler communities and with it the community spirit has been destroyed as a consequence of heavy construction of tenant accommodation and subsequent influx of renters. However, a general tendency to reestablish local communities is prevalent.

These examples point at certain regularities in size, function and appearance of an urban quarter as settlement unit and at its inherent capacity of self-government as a territorially defined community. Being small and weak, a local community, however, tends to be overlooked and overruled by economic and political forces of a higher order.

Philip Langley

Participation as cargo-cult?

An analysis of the participatory elements in a wide range of formal and informal institutions in South West Cameroon leads to the conclusion that, while the rhetoric of participation is fashionable, real participation, defined as democratic decision-making, is limited to very few institutions. In the majority of cases, only the well-off, versatile or literate members of the community are involved and even these are dominated by government representatives.

Hence 'participation' often is little more than rhetoric or ritual, resembling the cargo-cult found on Pacific islands. The question arises whether 'development' is viewed on the part of the population as being synonymous with 'goods from abroad', which rather than being obtainable through hard work, can only be procured by following the right type of rituals. So the performance of 'participation' seems to offer a promise to the ruled, and serves, at the same time, as an instrument of the rulers.

Günther Wehenpohl and
Anna Lúcia Florisbela dos
Santos

Participation in Brazilian Favelas

The role of
local settler associations

In Brazilian cities up to one third of the inhabitants have no other alternative than to live in poor and unserviced squatter settlements called 'favelas'. These settlers form associations which fight for official

recognition and the provision of basic infrastructure, particularly water re-circulation and sewerage. In the course of time, the settler associations have become increasingly important in local politics.

From data and verbal informations collected in Rio de Janeiro and Belo Horizonte it is concluded that the associations are particularly active, if connected with official development measures on the one hand or if threatened with eviction on the other hand. Motivation for participation in self-help actions depends on capable local leadership, on the expected duration and results of the operation. The actions seem to be more successful on the level of neighbourhoods than on the level of the entire favela.

The associations have become self-confident to the degree of expecting the authorities to have them involved in planning and implementing any development related to them. Still, the authors see a risk in that the authorities take advantage of the people's involvement and disregard their own obligations. This could reinforce the social inequalities and delay the necessary political change.

Harald Lossack

An urban social movement in Mexico

The case of
CUCUTAC in Tijuana

The study analyses origin and evolution of a squatter association in Tijuana, one of the largest cities of Mexico, right at the border to the USA.

In 1973 the local authorities decided to establish an industrial zone in an area, which was already populated, mainly by re-immigrants from USA. Those of the inhabitants who hold property titles were promised plots in a resettlement area. However, contrary to the promises, the area was not serviced and the people hesitated to move.

The authorities, considering themselves to be under time-pressure, tried to speed up the vacation of the site by using police, bulldozers flooding and the threat of flooding.

The harassed people united and started to fight, under a strong leader, for decent resettlement. Although not playing party politics, the association, because it opposed the authorities backed by the ruling party, became increasingly involved.

As a counter move a prominent figure of the ruling party launched a rival association of squatters, which subsequently became favored by the authorities. In spite of this the first association, CUCUTAC, succeeded in achieving its crucial aim and, consequently, emerged strengthened out of the conflict.

Autorenverzeichnis

Dr.-Ing. Florian Steinberg,
Mitarbeiter des Institute
of Housing Studies, BIE,
Weena 718, NL 3001 JA Rotterdam

Shashikant K. Mohandas,
Mitarbeiter des Centre for Development
Studies and Action, CDSA,
P. O. Box 843, Deccan Gymkhana,
Poona 411 004, India

Quratul Ain Bakhteari,
Lehrer im Department of Social Work,
Karachi University, Karachi, Pakistan
Mitarbeiter von UNICEF.

Jürgen Oestereich, Dr. Ing.,
Architekt und Planer, Sachverständiger
für Siedlungswesen, Am Dickelsbach 10,
D-4030 Ratingen 6

Philip Langley,
Lehrer am Regional Pan African Institute
for Development in Buea, Kamerun

Günther Wehenpohl, Dr. Ing.,
Stadt- und Infrastrukturplaner;
Mitarbeiter bei IDC-Heidelberg,
Beratungsgesellschaft für Stadt- und
Regionalentwicklung. GmbH

Anna Lúcia Florisbela dos Santos,
Ökonomin, freie Gutachterin

Harald Lossack,
Soziologe,
Friedbergstr. 17, D-1000 Berlin 19

Hassan Ghaemi,
Architekt und Raumplaner,
Rhönring 117, D-6100 Darmstadt

TRIALOG

German magazine
for planning and shelter
in the Third World

TRIALOG

- *
is published quarterly
- *
deals with problems of
urbanization and human settlements
in the Third World
- *
is a forum of discussion
for architects, civil engineers,
economists, urban and
regional planners
and social scientists
- *
stimulates the exchange
of experiences
and the development of theory
- *

For further information:

TRIALOG
Ploenniesstr. 18,
D - 6100 Darmstadt

